



Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro

Nr. 40 – 4. Oktober 2019

UNABHÄNGIGE WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE

Aktuell

Wahlsieger Sebastian Kurz hat die Qual der Wahl
ÖVP hat mehrere potenzielle Koalitionspartner **2**

Deutschland

Die Strategie des Cem Özdemir
Wie der Grüne an die Macht strebt **3**

Hintergrund

Kompliziert und ungerecht
In kaum einem Land sind Steuern und Abgaben höher als in Deutschland **4**

Preußen / Berlin

Auf der Überholspur
Beim Wirtschaftswachstum holt Berlin den ersten Platz unter allen Bundesländern **5**

Ausland

Freundschaft mit Hindernissen
China und Kasachstan **6**

Kultur

Barocker Sprachpolizist
Philipp von Zesen zum 400. Geburtstag **9**

Geschichte

Justizirrtum oder Intrige?
Vor 125 Jahren begann die Dreyfus-Affäre **11**



Siegte mit einem Profil klar rechts der Mitte: ÖVP-Chef Sebastian Kurz

Bild: imago images/Photonews.at

Absage an Linksschwenk

Wien: ÖVP hat mit bürgerlichem Profil einen historischen Triumph errungen

Zwischen den Konzepten von Merkel/AKK und dem von Sebastian Kurz liegen Welten. Jetzt zeigt sich, welches erfolgreicher ist.

Schwarz-Grün in Wien – so die Wunschkonstellations des bundesdeutschen Mainstream nach den Parlamentswahlen in Österreich (siehe S. 2) als Blaupause für eine künftige Koalition in Berlin. Die Freiheitlichen (FPÖ) sind im Strudel von Affären tief gestürzt, die Grünen konnten ihr Ergebnis dagegen mehr als verdreifachen. Dies gilt bei den Berliner Kommentatoren als Signal, dass nun auch die über alle Maßen siegreiche christdemokratische Volkspartei (ÖVP) Merkels Weg des Linksschwenks und der schwarz-grünen Annäherung gehen sollte, ja: eigentlich müsse.

Der Sieger des Tages, ÖVP-Chef Sebastian Kurz, ist da bedeutend

zurückhaltender. Er hat das Ausmaß seines Triumphs auch den FPÖ-Skandalen zu verdanken, die mit der Zeit verwunden werden. Und er weiß, dass es bürgerliche Wähler rechts der Mitte waren, die ihm den Sieg geschenkt haben.

Der erst 33-jährige Polit-Star hat die österreichische Schwesterpartei der CDU/CSU mit einem Profil zum besten Ergebnis ihrer Geschichte geführt, das sich von dem der Merkel-Union kaum schärfer unterscheiden könnte.

Innere Sicherheit und Steuerentlastung, strenge Kontrolle und Begrenzung von Einwanderung und Asyl, eine liberale Wirtschaftspolitik – wer dies der Politik von CO₂-Steuer und offenen

Grenzen gegenüberstellt, spürt den Graben zwischen beiden Konzepten.

Seit diesem Sonntag ist nicht mehr zu übersehen, welches Konzept das erfolversprechende ist und welches in den langsamen Niedergang führt. Auch hat die

ÖVP nach anfänglichem Zögern die Scheu vor der Bildung eines bürgerlichen Blocks mit der FPÖ abgelegt, welche als

Pendant der deutschen AfD gesehen wird. Das hat der ÖVP offensichtlich nicht geschadet.

Die Zeichen von Wien bergen daher für Kanzlerin Angela Merkel wie für ihre bislang blass gebliebene Nachfolgerin im CDU-Vorsitz, Annegret Kramp-Karrenbauer, die den Merkel-Kurs in der Partei bis-

lang fortsetzt, einige Probleme. Der konservative Flügel um die „Werte-Union“ dagegen sieht sich deutlich bestärkt durch den Erfolg von Sebastian Kurz, in dem sie einen Bruder im Geiste erblickt.

Hinzu kommt die personelle Komponente: Während Kurz die ganze Frische und Geradlinigkeit eines fulminanten Neuanfangs verkörpert, tritt „AKK“ von Beginn an auf wie eine ausgelagte Kopie von Merkel. Damit wird der Neustart nicht gelingen.

Für die AfD bergen die Resultate aus Wien den Rat, an ihrem bürgerlich-seriosen Auftritt zu arbeiten und das Frühstadium des „gärrigen Haufens“ (Alexander Gauland) hinter sich zu lassen. Selbst die sehr viel gefestigtere Schwester FPÖ hat erleben müssen, wie sehr das Bild mangelnder Seriosität in fatale Wahlschläppen umschlagen kann. *Hans Heckel*

Auch für die AfD birgt das Wiener Resultat eine klare Botschaft



Leipzig, 9. Oktober 1989

Einer der bedeutendsten Tage der deutschen Geschichte – Unwürdige Erinnerung an die Montagsdemonstration vor 30 Jahren

Es waren mindestens 70 000. Auch die Zahl von 100 000 oder mehr Montagsdemonstranten wird genannt, die am 9. Oktober 1989 in Leipzig auf der Straße waren. Mit so vielen Menschen, die gegen das SED-Regime aufbegehren, hatten die DDR-Machthaber nicht gerechnet.

Die Leipziger Montagsdemonstrationen nach dem Friedensgebet hatten immer mehr Zulauf gefunden. Die Staatsführung scheute sich nicht, gewaltsam gegen die von ihr kriminalisierten Demonstranten vorzugehen, die friedlich Reformen einforderten.

Spürbar geworden war dies unter anderem am 2. Oktober, als in Leipzig bereits 10 000, nach an-

deren Angaben bis zu 20 000 Menschen auf die Straße gegangen waren. Am 7. Oktober hatten Honecker und Genossen – offenbar fernab jeden Gespürs für die Realitäten – mit großem Aufwand den 40. Jahrestag der DDR gefeiert.

Entschlossen richtete man sich gegen die am 9. Oktober erwartete Demonstration ein, um dem Ganzen ein Ende zu bereiten. Drohgebärden gab es reichlich. So wurde in der „Leipziger Volkszeitung“ ein – natürlich bewusst platzierter – „Leserbrief“ eines Kampfgruppenkommandeurs veröffentlicht, der zur Unterbindung der „konterrevolutionären Aktionen“ ein Vorgehen „mit der Waffe in der Hand“ in Aussicht stellte.

Die SED war eifrig bemüht, die Plätze an den Orten der Friedensgebete, allen voran in der Nikolai-kirche, mit eigenen Leuten zu besetzen. 8000 bewaffnete Einsatzkräfte standen bereit. Hauseingänge wurden demonstrativ abgeschlossen, um Fluchtmöglichkeiten einzuschränken. Gerüchte verbreiteten sich, Krankenhäuser hätten zusätzliche Blutkonserven angefordert und seien angewiesen, Betten freizuhalten.

Die Gefahr, dass die DDR ein Blutvergießen unter ihren eigenen Bewohnern anrichten würde, um ihre Diktatur weiter aufrechterhalten zu können, war äußerst groß. Eine Erklärung, warum an diesem 9. Oktober dennoch so immens

viele Demonstranten in Leipzig zusammenkamen, lässt sich nicht finden. Beteiligte sprechen bis heute von einem „Wunder“. Die vorher wirksame diktatorische Angst vor Konsequenzen und Staatssicherheit sei plötzlich abgefallen.

Die Demonstration verlief äußerst diszipliniert und völlig gewaltfrei. Ob der unerwarteten Masse schreckten die Machthaber dann doch vor einem Eingreifen zurück. Dabei hatte niemand die Demonstration „einberufen“, eine „Führung“, auf die die DDR-Sicherheitsorgane hätten einwirken können, gab es nicht.

Mutiger Protest fand auch andernorts in der DDR des Herbstes 1989 statt. Aber die Demonstration

in Leipzig am 9. Oktober war der Genickbruch für das SED-Regime – und zwar ausschließlich im metaphorischen Sinne –, ohne den viele der dann in schneller Folge ablaufenden Ereignisse so nicht möglich gewesen wären.

Zum 30. Mal jährt sich nun dieser entscheidende Tag. In der deutschen Geschichte ist er als Tag der friedlichen Revolution positiv besetzt wie wohl nur wenige andere. Durch ein „Lichtfest“ wird auch in diesem Jahr an den denkwürdigen 9. Oktober erinnert. In seinem Grußwort zum „Lichtfest“ schreibt der Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD) zu Recht: „Das Erbe von 1989 ist die Gewaltlosigkeit.“

MANUEL RUOFF:

Schlussstrich?

Man mag über den Altbundespräsidenten Joachim Gauck denken, was man will. Aber die gemeinhin nach ihm als erstem Leiter benannte Behörde des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) gehört zweifellos zu den Errungenschaften der friedlichen Revolution von 1989. Sie wurde von der Bürgerrechtsbewegung der DDR erstritten, hat Maßstäbe gesetzt und diente vielen ehemaligen Ostblockstaaten als Vorbild. Ausgerechnet 30 Jahre nach der Revolution soll die Gauck-Behörde nun abgewickelt werden.

Hubertus Knabe, der erste Direktor der Stiftung Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen, hat den Verdacht geäußert, dass der aktuelle Chef der Gauck-Behörde, Roland Jahn, am Ende seiner Behörde aktiv mitarbeite, da seine zweite Amtszeit Anfang 2021 auslaufe, eine dritte nicht möglich sei, die als Ersatz geplante Stelle eines Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur ihm aber offen stehe.

Auch ohne diesen bösen Verdacht hat die geplante Abschaffung der Gauck-Behörde ein Geschmäcke. Sie passt einfach zu gut in die politische Landschaft. In einer Zeit, in der nach der SPD auch Politiker der anderen (ehemaligen) Volkspartei Koalitionen mit der umbenannten SED nicht mehr ausschließen, erscheint eine Historisierung und Relativierung der Verbrechen des SED-Staates sowie ein „Schlussstrich“ unter der Aufarbeitung der Verbrechen der DDR und ihres Inlandsgeheimdienstes Stasi manchem Politiker der Großen Koalition zweifellos mehr als überfällig.

Erik Lommatzsch

MELDUNGEN

Bundesfirmen ohne Tarif

Berlin – Gut die Hälfte der Unternehmen, an denen der Bund eine Mehrheitsbeteiligung hält, zahlt keinen Tariflohn. Wie die „Welt am Sonntag“ unter Berufung auf eine Kleine Anfrage der Linke-Bundestagsfraktion berichtet, sind nur 18 von 37 Unternehmen mit einer unmittelbaren Bundesbeteiligung tarifgebunden. N.H.

Kein Klimanotstand

New York – In einem offenen Brief an UN-Generalsekretär Antonio Guterres und das UN-Klimasekretariat warnen 500 Wissenschaftler vor einer „sinnslosen Verschwendung von Billionen Dollar auf der Grundlage unwissenschaftlicher Annahmen und unausgereifter Klimamodelle“. Die Wissenschaftler fordern in ihrem offenen Brief, auch die Arbeiten von Forschern zu berücksichtigen, die den derzeit dominierenden Klimamodellen kritisch gegenüber stehen. Die Unterzeichner des offenen Briefs formulierten zudem sechs Thesen zum Klimawandel. Darin weisen die Forscher unter anderem darauf hin, dass die Erwärmung erheblich langsamer verläuft als ursprünglich prognostiziert wurde. N.H.

»Fridays for Hubraum«

Berlin – Als Gegenstück zur „Fridays for Future“-Bewegung hat sich eine Facebookgruppe namens „Fridays for Hubraum“ gegründet. Bereits innerhalb weniger Tage nach der Gründung ist die Gruppe auf über 400 000 Mitglieder angewachsen. Nach Angaben eines der Mitbegründer setzt sich die Gruppe für eine „alternative, vernünftige CO₂-Vermeidungspolitik und eine vernünftige Umweltpolitik“ ein. Die Gründer von „Hubraum for Future“ kündigten die Veröffentlichung eines Manifests an. N.H.

Zweite Welle der Immigration

Hannover – Laut einer Antwort der niedersächsischen Landesregierung sind über die Möglichkeit des Familiennachzugs seit Anfang des Jahres 2016 insgesamt 91 000 Angehörige von Asylbewerbern nach Niedersachsen gekommen. Allein vom 1. Januar bis zum 31. Juli 2019 folgten 17 500 Angehörige vorausziehenden Familienangehörigen. Anlass für die Anfrage der AfD-Landtagsfraktion war die Wohnraumproblematik in Niedersachsen. N.H.

Rechenzentrum ausgehoben

Mainz – In einem Großeinsatz haben Einsatzkräfte in Rheinland-Pfalz ein illegales Rechenzentrum ausgehoben und sieben Tatverdächtige festgenommen. Nach Angaben des LKA-Rheinland-Pfalz wird gegen die Festgenommenen wegen des Verdachts des Waffenhandels, der Kinderpornografie und des Drogenhandels ermittelt. Diese Geschäfte sollen über das Darknet, einen abgeschirmten Teil des Internets, abgewickelt worden sein. Für den Betrieb des Rechenzentrums soll ein ehemaliger Banker an der Mosel genutzt worden sein. N.H.

Wahlsieger Kurz hat die Qual der Wahl

Nach der Parlamentswahl in Österreich könnte die ÖVP mit der SPÖ, den Grünen oder der FPÖ koalieren

Österreich wird künftig wieder von Sebastian Kurz regiert. Seine Österreichische Volkspartei (ÖVP) erreichte ein historisches Hoch, während die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) dramatische Verluste einstecken musste.

Norbert Hofer ließ lange auf sich warten. Erst im Laufe des Wahlabends trat der neue Vorsitzende und Spitzenkandidat der Freiheitlichen vor die Kameras. 8,7 Prozentpunkte verlor die von der sogenannten Ibiza-Affäre und einem internen Spesenkandal ihres ehemaligen Frontmannes Heinz-Christian Strache gebeutelte Partei und landete mit 17,3 Prozent nur noch knapp vor den Grünen. Da tröstete es wenig, dass auch die Sozialdemokraten mit 21,5 Prozent schwach abschnitten. Zu deutlich war der Wahlsieg des alten und wohl auch wieder neuen Bundeskanzlers Sebastian Kurz, dessen christdemokratische Volkspartei mit 38,4 Prozent einen furiosen Wahlsieg einfuhr. Beachtlich auch die 7,4 Prozent, auf welche die kleine liberale Partei „NEOS – Das Neue Österreich und Liberales Forum“ kam. „Wir haben das Ergebnis mit Demut zur Kenntnis zu nehmen“, sagte Hofer, „wir werden uns bemühen, das Vertrauen der Menschen zurückzuerobieren.“ Generalsekretär Harald Vilimsky forderte einen Neustart der FPÖ – kommunikativ wie im Controlling der Partei. Man müsse nun „neue Gesichter in verantwortungsvollen Rollen holen“ und sofort eine „Wählerrückholaktion“ starten, die sicher nicht wieder zehn Jahre dauern werde.

Noch eine Woche vor der Wahl lag die FPÖ in den Umfragen bei rund 20 Prozent. Die in den letzten Tagen bekanntgewordene Spesenaffäre rund um Strache dürfte der Partei aber offenbar mehr zugesetzt haben als die Ibiza-Affäre, die letztlich zur Neuwahl geführt hatte. Mit der Causa Strache setzten sich die Parteigremien am Dienstag auseinander, eine politische Renaissance von „HC“ ist mittlerweile so gut wie ausgeschlossen. „Es enttäuscht mich auf der einen Seite“, kommentierte



Bekam durch die Wähler einen Regierungsauftrag: ÖVP-Spitzenkandidat Sebastian Kurz Bild: pa

Vilimsky die Verluste für die Freiheitlichen. Allerdings zeige es auch, dass die „rot-weiß-rote Wählerburg uneinnehmbar“ sei, und spielte damit auf das stabile Stammwählerreservoir an. Hofer und der geschäftsführende Klubobmann (Fraktionsvorsitzende) Herbert Kickl hätten sich als Doppelspitze „hervorragend bewährt“.

Während zahlreiche FPÖ-Funktionäre in den Tagen vor der Wahl noch mit einer Neuauflage der schwarz-blauen Koalition geliebäugelt hatten und auch Volkspartei-Chef Kurz diese Option nicht ausgeschlossen hatte, stehen die Zeichen nun auf Opposition. „Der Wähler hat uns die Rechnung präsentiert – völlig zu Recht – da gibt es kein Jammern von mir, sondern wir müssen die Ärmel hochkrempeln und es sind natürlich die Konsequenzen zu ziehen“, sagte der Landesparteiobmann von Oberösterreich Manfred Haimbuchner. In vielen Dingen sei durchaus eine Neugründung möglich, er sei optimistisch, dass das

gelingen. „Ganz klar. Es wird der Weg in die Opposition beschritten. Es wird keine Regierungsbeteiligung der FPÖ geben“, so Haimbuchner, der auch stellvertretender Bundesparteiobmann der FPÖ ist. Der Burgenländer FPÖ-Chef Johann Tschürtz glaubt, dass Kurz mit den Grünen oder mit der Sozialdemokratischen Partei Österreichs (SPÖ) koalieren werde. Kurz wolle „natürlich mit dem

das Gelbe vom Ei.“ Polit-Analyst Wolfgang Bachmayer hat vor der Wahl das FPÖ-Debakel in einem Gastbeitrag für die Wiener Tageszeitung „Kurier“ vorhergesagt. „Bilder von Gucci-Taschen und Chanel-Kostümen wirken beim ‚kleinen Mann‘ noch stärker als die ‚normalen‘ Skandale“, meint Bachmayer. „Nach der Wahl werden dort die Schuldzuweisungen und Rachefeldzüge erst richtig ausbrechen.“

Genot Blümel, Chef der Wiener ÖVP, zeigte sich hingegen verständlicherweise gegenüber dem Österreichischen Rundfunk (ORF) zufrieden, dass das Ergebnis „so aussieht, wie es aussieht“. Es seien jene Parteien abgestraft worden, die Kurz im Nationalrat abgewählt hätten. Der im Zuge der Ibiza-Affäre abgewählte und designierte neue Bundeskanzler konnte das Ergebnis „kaum fassen“. Seine Partei habe mit einem guten Ergebnis gerechnet, aber dass es so hoch ausfallen würde, habe man nicht erwarten können. Kurz bedankt sich

Die dramatischen Verluste der FPÖ sprechen gegen eine Neuauflage von Schwarz-Blau

Wahlsieg das Innenministerium zurückhaben und somit ist für mich glasklar, dass die Geschichte erledigt ist“, so Tschürtz. Gefragt, ob aus seiner Sicht die Causa Ibiza maßgeblich zum schlechten Abschneiden der FPÖ beigetragen habe, meinte er: „Ibiza war es nicht, es war die Spesengeschichte in den letzten Tagen.“ Viele FPÖ-Wähler seien „quasi etwas wütend“ gewesen und hätten gesagt: „Diesmal nicht“, weil diese Spesenaffäre war nicht wirklich

Im Würgegriff eingewanderter Kriminalität

Zunehmend werden in Europa Einheimische Opfer von Unterwelt-Streitigkeiten zwischen Immigrant-Banden

Morde durch Immigranten auf offener Straße treiben die Öffentlichkeit in etlichen europäischen Ländern um. In Deutschland hat im Juli ein Syrer einen Russlanddeutschen auf offener Straße vor dessen Familie mit einem Schwert ermordet. 2015 erschütterte Amsterdam eine Mordserie durch muslimische Einwanderer, damals sprachen die Medien von einem Krieg in der Unterwelt der niederländischen Hauptstadt. Drogenbanden rechneten miteinander ab. Der Drogentourismus ist in Amsterdam seit Generationen ein Geschäft. 2015 hatte ein Streit zwischen rivalisierenden Drogenbanden um eine verschwundene Ladung Kokain die Mordserie ausgelöst. Bandenchefs brachten damals ihre Rivalen um, nur aus Angst, selbst Opfer zu werden.

Jetzt hat es in Amsterdam an einem Tag den farbigen Ex-Fußballprofi Kelvin Maynard und einen Anwalt erwischt. Noch ist unklar, warum gerade der Sportler den Drogenbanden ein Dorn im Auge war. Zwei Männer auf einem Motorroller hatten das Feuer auf den Wagen des 32-Jährigen eröffnet, teilte die Polizei mit. Die Täter konnten fliehen.

Während die Polizei beim Motiv des Auftragsmordes gegen den Fußballprofi noch im Dunklen tappt, ist es bei dem Mord an dem Rechtsanwalt klar. Er vertrat in einem viel beachteten großen Strafprozess gegen Bandenkriminelle den Kronzeugen. Die Täter sollen laut Polizei sehr jung gewesen sein, sie flüchteten zu Fuß. Wie der Fußballer wurde auch der Anwalt vor den Augen seiner Familie ermordet, um Terror und Angst zu steigern.

Der Rechtsanwalt verteidigte den Kronzeugen Nabil B., der gegen die Bande des meistgesuchten Kriminellen der Niederlande aussagen wollte. Der Bruder des Kronzeugen war schon im März 2018 ermordet worden, nachdem der Kronzeugendeal abgeschlossen worden war. Nabil B. will in 13 Fällen von Mord und Mordversuch belastende Aussagen gegen die Bande um Ridouan T. machen. Hintergrund ist offenbar ein Machtkampf zwischen alteingesessenen marokkanischen Banden und Gangs, die sich erst in jüngster Zeit aus eingewanderten Nordafrikanern

gebildet haben. Diese neuen Banden gelten als extrem brutal, es kam zu Enthauptungen und zu fast einem Dutzend Morden im Milieu pro Jahr. Die Gewerkschaft der Polizei spricht angesichts vermuteter Einflussnahmen auch auf Politiker schon von den Niederlanden als einem „Narko-Staat“, also einem Land, dessen politische Institutionen in illegalen Drogenhandel verstrickt oder an diesem aktiv be-

der Suche nach den Ursachen für derartige Morde wird klar, dass die bisherige liberale Politik des Landes eine Mitschuld am Untergang des Rechtsstaates und am unbeschränkten Wuchern der organisierten Kriminalität hat. Eine Antiterrorreinheit wurde nun nach Amsterdam beordert, um den Rechtsstaat zu retten. Amsterdamer Anwälte wollen einen stillen Protestmarsch durch die Stadt organisieren. Es ist nicht klar, ob sich der Marsch gegen die gut organisierten Clans richtet oder gegen die Regierung, die

das alles zugelassen hat. In diesem Falle würden auch die Rechten mitmarschieren wollen, aber dagegen haben sich die Anwälte bereits verwehrt.

Amsterdam ist in Europa keine Ausnahme. Ein weiterer sattsam bekannter Brennpunkt ist das schwedische Malmö. Auch dort werden vermehrt Morde von Immigrantbanden auf offener Straße verübt. Die Kriminologen warnen vor einem heißen Herbst. In Malmö wurde

für das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler: „Wir nehmen dieses Vertrauen demütig an.“

Es wird damit gerechnet, dass Bundespräsident Alexander von der Belen Kurz mit der Regierungsbildung beauftragen wird. Theoretisch kann die Volkspartei mit FPÖ, Grünen oder SPÖ regieren. SPÖ-Chefin Pamela Rendi-Wagner wollte eine Koalition nicht ausschließen, sieht aber Kurz am Zug. „Wir haben ein Ergebnis. Es ist nicht das, wofür wir wochenlang gekämpft haben. Wir sind nicht zufrieden damit, so ehrlich muss man sein.“ Als Demokraten nehme man eine Einladung zum Gespräch an, aber bei einem Verlust von fünf Punkten sei es vermessend, von einem Regierungsauftrag zu sprechen. Wir reden mit allen, die mit uns reden wollen“, erklärte der SPÖ-Abgeordnete und Ex-Verkehrsminister Jörg Leichtfried. Mit einer Ausnahme: „Mit der FPÖ reden wir aus den bekannten Gründen nicht.“

Kurz selbst wollte sich am Wahlabend nicht an Spekulationen über eine mögliche Koalition-Optionen beteiligen. Es sei eine Frage des Respekts, sich mit allen Mitbewerbern auszutauschen. Mehrere Medien hätten zuvor berichtet, Kurz hege Sympathien für eine schwarz-grüne Regierung. Dabei muss man wissen, dass die Grünen in Österreich bei Weitem nicht so gefestigt sind wie in der Bundesrepublik. Vor zwei Jahren scheiterten sie sogar noch an der Vier-Prozent-Hürde. „Wir rennen natürlich nicht davon“, sagte die Grünen-Politikerin Sigrid Maurer. Für eine Koalition mit der Kurz-ÖVP brauche es aber eine 180-Grad-Wende. „Das zeichnet sich überhaupt nicht ab“, kommentiert Grünen-Chef Werner Kogler die Frage, was sich ändern müsste, um in eine Koalition mit der ÖVP zu gehen. Man müsse erst einmal die Parteistrukturen wieder aufbauen. Zudem habe er den Eindruck, Kurz habe bis Sonnabend mit einer Neuauflage von Schwarz-Blau geliebäugelt. Für die Grünen sei der Wiedereinzug in den Nationalrat das Wichtigste. Peter Entinger

Amsterdam ist in Europa keine Ausnahme.

Ein weiterer sattsam bekannter Brennpunkt ist das schwedische Malmö

teilt sind und damit die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der Drogenhandel sich zu einem wesentlichen Wirtschaftsfaktor des Landes entwickelt. Eines der wenigen durchgehenden Tatkenneichen ist, dass die Opfer Einheimische und die Täter junge Zugewanderte sind.

Der Justizminister der Niederlande sprach davon, dass „das Fundament unseres Rechtsstaates“ angegriffen worden sei. Bei

Die Strategie des Cem Özdemir

Wie der grüne Machiavellist trotz verlorener Fraktionsvorsitzenden-Wahl an die Macht strebt

Die Grünen haben sich bei der Wahl ihrer Fraktionsführung für Kontinuität entschieden. Doch hinter den Kulissen schwelt der Machtkampf weiter.

Die Grünen-Bundestagsfraktion hat mit Katrin Göring-Eckardt und Anton Hofreiter ihre bisherige Doppelspitze bestätigt und ließ die Herausforderer Kirsten Kappert-Gonther und Cem Özdemir scheitern. Doch die 58 Prozent, die Hofreiter gegen den früheren Parteichef erzielte, sind mager. Es stellt sich die Frage nach dem Wohin mit dem knapp Geschlagenen. Der „anatolische Schwabe“ oder „schwäbische Türke“, wie er sich selbst gerne nennt, gilt nicht gerade als Mannschaftsspieler, aber dafür als einer der besten Wahlkämpfer. Und so ist der Achtungserfolg, den er mit mehr als 40 Prozent erzielte, auch als Wink mit dem Zaunpfahl zu verstehen. Reiht er sich ein und lässt die eher blasse Fraktionsführung ebenso in Ruhe wie das alles überstrahlende und von Umfragerwerten beflügelte Spitzenduo Annalena Baerbock und Robert Habeck, könnte Özdemir eine Machtperspektive haben.

2021 tritt der dann 73-jährige Ministerpräsident Winfried Kretschmann nochmals in Baden-Württemberg an. Fünf Jahre später bräuchten die Südwest-Grünen einen neuen Spitzenkandidaten. Es wäre Özdemirs Chance, der dann gerade das 61. Lebensjahr vollendet hat. Doch Geduld war noch die Stärke Özdemirs. Und sein Scheitern bei der Fraktionsvorsitzenden-Wahl zeigt die Probleme der Grünen auf: Hofreiter ist der letzte verbliebene Linke in vorderster Front, er könnte einem Bündnis mit der Union nach der nächsten Bundestagswahl zum Opfer fallen, was die linken Stammwähler der Grünen verprellen könnte.

Baerbock und Habeck sind gute Verkäufer, aber keine Fachleute. Wirtschaftliche Kompetenz sucht man in den grünen Reihen vergeblich. Denn die Wirtschaftsexpertin und frühere stellvertretende

Fraktionsvorsitzende Kerstin Andreae ist auf dem Absprung. Vor einigen Jahren wollte die heute 50-Jährige Fraktionsvorsitzende werden, nun wechselt sie als Chefin zum Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft.

Für Entsetzen in den Reihen der Grünen sorgte eine Interview-Panne des sonst so eloquenten Parteivorsitzenden Habeck. Kaum war das Klimapaket der Bundesregierung verabschiedet, da wus-

gesprochen, dass die Pendlerpauschale für alle Verkehrsmittel gelte, kam der Grünen-Chef ins Stottern: „Dann ist es ja nur die Erstattung des Bahntickets, und die ... oder wird die dann ... das weiß ich gar nicht.“

Es ist die erste große Niederlage für den Mann aus Schleswig-Holstein, den einige Parteifreunde gar schon im Kanzleramt gesehen haben. Arbeits- und Sozialminister Hubertus Heil (SPD) spottete

müssen – dafür, wie sich die ökologische Transformation unserer Volkswirtschaft machen lässt, wenn die Staatseinnahmen nicht mehr so sprudeln“, sagte Özdemir in einem Gespräch mit baden-württembergischen Regionalzeitungen. Der Grüne kennt den Politikbetrieb wie kein anderer in der Partei. Vor Ort scheint der Ober-Realo Kretschmann eine gesunde Balance zwischen grünen Befindlichkeiten und Industrie-

Noch muss er sich hinten anstellen, der ehrgeizige Grüne. Doch auch er weiß, dass sich die Umfragerwerte wieder ändern können. In den Fluren der Berliner Parteizentrale geht bereits die Angst um, ein wirtschaftlicher Abschwung und Arbeitsplatz-Debatten könnten den Klimawandel wieder in die Hinterzimmer grüner Zirkel verbannen.

Özdemir malt bereits den Teufel an die Wand. Er spricht von

Nach der Wahl der neuen Vorsitzenden der grünen Bundestagsfraktion: Parteivorsitzende Annalena Baerbock, Fraktionsvorsitzende Katrin Göring-Eckardt, Herausforderin Kirsten Kappert-Gonther, Fraktionsvorsitzender Anton Hofreiter, Parteivorsitzender Robert Habeck und Herausforderer Cem Özdemir (v.l.)

Bild: pa



ste der Medienliebling die Gunst der Stunde nicht zu nutzen. In der ARD-Sendung „Bericht aus Berlin“ offenbarte er eine Wissenslücke, was Wirkung und Ausgestaltung der Entfernungspauschale angeht, über die Berufspendler Steuern sparen können. Die Erhöhung der Pauschale sei ein Anreiz, „möglichst weite Strecken zu fahren“, sagte Habeck. „Wenn man den Benzinpreis um drei Cent erhöht, die Pendlerpauschale aber um fünf Cent erhöht, dann lohnt es sich eher, mit dem Auto zu fahren als mit der Bahn.“ Darauf an-

auf Twitter: „Der Grünen-Chef, die Berufspendler und das Klima: Viel Meinung, wenig Ahnung“, und CSU-Generalsekretär Markus Blume äußerte sich ähnlich: „Hauptsache dagegen, aber keine Ahnung gegen was.“ AfD-Fraktionsvize Leif-Erik Holm stellte fest, Habeck würde „am liebsten alles verbieten“ und „uns ‚Land-eiern‘ die Welt erklären wollen“, obwohl er „keine Peilung“ habe.

In diese Kompetenz-Lücke versucht Özdemir zu stoßen. „Die Konjunktur trübt sich ein, sodass wir Grüne eine Lösung bieten

Interessen gefunden zu haben. Und die sich abzeichnenden Koalitionen im Osten gelten als nicht so wichtig. Doch auf Bundesebene gehen die Uhren anders. Jede Regierung sieht sich unterschiedlichen Interessen ausgesetzt, ökologische Utopien könnten als Rohrkrepierer enden. Und so warnt Özdemir schon mal vor politischem Gegenwind in der Klimapolitik, falls seine Partei an die Regierung kommen sollte, da „der notwendige ökologische Umbau der Gesellschaft manchen Menschen zu schnell gehen“ werde.

drohenden Handelskriegen, dem Konflikt mit dem Iran und dem schwierigen Verhältnis zu den USA sowie zu Russland: „In dieser außenpolitisch heiklen Lage gehen wir zugleich innenpolitisch schwierigen Zeiten entgegen.“ Es werde in den nächsten Jahren „bockelhart, wie wir auf Schwäbisch zu sagen pflegen“.

Offen lässt er allerdings, dass er sich für den einzig Richtigen hält, der die Grünen durch dieses Minenfeld manövrieren kann. Aber das muss er auch gar nicht aussprechen. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

Mehr Geld für Infrastruktur

Potsdam – 20 Städte und Gemeinden Brandenburgs haben ein Positionspapier verfasst, in dem sie vom Land mehr Unterstützung beim Ausbau der Infrastruktur aufgrund steigender Einwohnerzahlen fordern. Die Nähe zu Berlin bereite „Wachstumsschmerzen“. Der „Speckgürtel“ um Berlin wachse ständig, aber über die entstehenden Probleme sei jahrelang nicht gesprochen worden. Massiver Erweiterungsbedarf bestehe beim Bau von Schulen und Kitas sowie beim Schienenausbau. Städte wie Potsdam, Bernau, Königs Wusterhausen, Rangsdorf und Wandlitz wollen eine Ringverbindung bauen, um die Umlandgemeinden miteinander zu verbinden. Auch an eine Verbindung mit Brandenburg ist gedacht. Im Berliner Umland leben fast eine Million Menschen, wobei einige Kommunen Rekordwachstumsraten verzeichnen. *MRK*

Deutsche fühlen sich vereint

Bielefeld – Das Meinungsforschungsinstitut Kantar Emnid führte im Auftrag des Nachrichtenmagazins „Focus“ eine Umfrage unter 1016 Personen zum Thema „Deutsche Einheit“ durch, um zu erfahren, ob die Befragten diese 30 Jahre nach dem Mauerfall für gelungen halten. Insgesamt äußerten sich die Teilnehmer positiv: 57 Prozent der Befragten gaben an, dass Deutschland vereint sei. 37 Prozent hielten dagegen die Einheit für nicht gelungen. Skeptisch äußerten sich vor allem die Bürger der fünf neuen Bundesländer. 50 Prozent von ihnen halten die Einheit für nicht vollzogen, 47 Prozent beurteilen sie als erfolgreich. Größer war der Unterschied in der Bewertung zwischen den Geschlechtern. Während 68 Prozent der Männer die Wiedervereinigung positiv sehen, halten 54 Prozent der Frauen sie für nicht vollzogen. *MRK*



Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 144 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name/Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Der Versand ist im Inland portofrei. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.preussische-allgemeine.de.

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

BIC: _____

Datum, Unterschrift: _____

Preussische Allgemeine Zeitung

**Woche für Woche
Orientierung in der Medienflut
Klartext für Deutschland**

vertrieb@preussische-allgemeine.de
Telefon 040-41 40 08 42
Fax 040-41 40 08 51

Zeitzeugen



Bild: Martin Kraft

Malu Dreyer – Die kommissarische Mitvorsitzende der SPD stellte jüngst ein Konzept zur Wiedereinführung der Vermögensteuer vor. Sie begründete dies mit dem Umstand, dass viele Menschen wegen schlechter Entlohnung kein eigenes Vermögen aufbauen könnten. Eine Entlastung dieser Bürger plant die SPD indes nicht. Die aus der Steuer erzielten Mehreinnahmen sollen erklärungsgemäß in den Ausbau der Infrastruktur fließen.

Reiner Holzner – Der Chef des Bundes der Steuerzahler wendet sich scharf gegen die Infragestellung der Haushaltsdisziplin und die von vielen Politikern geforderte Aufnahme neuer Schulden. Der Ende August bekannt gewordene Haushaltsüberschuss von 45 Milliarden Euro sollte vielmehr in die Infrastruktur investiert werden.



Bild: Gerd Seidel

Svenja Schulze – Die stets um Geltung bemühte Bundesumweltministerin wirbt seit Wochen für die Einführung einer Klimasteuer. Wärme und Energie sollen belastet werden. Der Wissenschaftliche Dienst des Bundestages hatte das Vorhaben der Sozialdemokratin bereits als verfassungswidrig eingestuft.

Olaf Scholz – Der Bundesfinanzminister hat im August einen Entwurf zur Teilabschaffung des 1991 eingeführten Solidaritätszuschlages vorgelegt. Damit soll ein jahrzehntelanges Versprechen deutscher Politiker eingelöst werden, die einst zur Finanzierung der mitteleuropäischen Länder eingeführte Sondersteuer zumindest überwiegend wieder zurückzunehmen. Doch der Vorschlag ist unausgereift. Kleinsparer, Aktionäre und Unternehmer sollen auch für geringe Einnahmen weiter zahlen.



Bild: ministero dell'interno

Matteo Salvini – Der ehemalige italienische Innenminister hat im Mai Pläne zur Einführung eines einstufigen Einkommensteuertarifs (Flat-Rate Tax) in Höhe von 15 Prozent in seinem Heimatland vorgestellt und sich angesichts der angeschlagenen Haushaltslage des südeuropäischen Staates den Unbill der EU zugezogen. Dieses bereits in Osteuropa praktizierte Erfolgsmodell der Wirtschaftserfolge konnte enorme wirtschaftliche Kräfte freisetzen.

Kompliziert und ungerecht

In kaum einem Land ist die Abgabenlast höher als in Deutschland

Müsste man die wesentlichen Kennzeichen des deutschen Steuersystems in wenigen Worten zusammenfassen, so wären die beiden Adjektive kompliziert und ungerecht bereits ausreichend, um zu einer hinlänglichen Charakterisierung zu gelangen.

Dabei sind diese Merkmale durchaus nicht unabhängig voneinander, sondern die enorme Komplexität ist eine der Ursachen der Ungerechtigkeit. Zwar ist eine Vereinfachung des Steuerrechts schon seit Jahrzehnten in der Diskussion, geschehen ist indes bislang nichts. Politiker, die sich diesem Anliegen in besonderer Weise verschrieben hatten, wurden erfolgreich ausgebootet.

Um das Murren gegen eine im internationalen Vergleich hohe Abgabenlast nicht allzu laut werden zu lassen, haben sich deutsche Regierungen ein krudes Dickschicht von Regel-Ausnahme-Tatbeständen einfallen lassen. Als beispielsweise 2007 die Umsatzsteuer in einem historisch einmaligen

Schritt um drei Prozentpunkte erhöht wurde, schuf man zugleich die Möglichkeit, im Rahmen der Einkommensteuererklärung Handwerkerleistungen in bestimmter Höhe absetzen zu können. Viele Bürger schielen nur auf die speziell ihnen zugedachte Subvention, ohne jedoch die steuerliche Gesamtbelastung zu betrachten. Wer für die beim Finanzamt eingereichte Rechnung seines Klempners ein paar hundert Euro absetzen kann, der übersieht leicht, dass er zuvor ein Vielfaches der ihm zuteilwerdenden Entlastung an Steuern zu zahlen hatte.

Die Zahl der hierzulande abzuführenden Steuern ist immens. Ob Hunde-, Prostitutions-, Kino-, Alkopop- oder Lotteriesteuer, überall greifen Bund, Länder und Kommunen zu. Die anhaltende Diskussion um den Solidaritätszuschlag zeigt zudem, dass selbst zweckgebundene Steuern nach

Erreichung des mit ihrer Erhebung verfolgten Zieles nicht ohne Weiteres verschwinden. Auch über 100 Jahre nach dem Untergang des Kaiserreiches zahlen die Deutschen noch die Schaumweinsteuer, die einst zur Finanzierung der kaiserlichen Hochseeflotte eingeführt wurde.

Die hiesige Steuerpolitik ist dabei zu einem wirtschaftlichen Hemmschuh geworden. Wer sich innerhalb der EU umschaute, der muss feststellen, dass diejenigen

Mitgliedstaaten das größte Wirtschaftswachstum aufweisen, die über ein attraktives Steuersystem verfügen. Dabei handelt es sich nicht primär um Länder wie Irland oder Luxemburg, die internationalen Großkonzernen fiskalische Sonderkonditionen einräumen, sondern um solche Nationen, die primär ihre Bürger im Blick behalten. In Ungarn beispielsweise zahlen alle Steuer-

pflichtigen einen Einheitstarif von nur 15 Prozent auf ihr Einkommen. Damit wird der Faktor Arbeit entlastet, auf dem in Deutschland eine vergleichsweise hohe Abgabenlast ruht. Während hierzulande Kapitaleinkünfte mit maximal 25 Prozent Abgeltungsteuer zuzüglich des Solidaritätszuschlages zu versteuern sind, werden gerade besser verdienende Angestellte und Selbstständige erheblich stärker zur Kasse gebeten. Für gut qualifizierte Fachkräfte ist dies nicht selten ein Grund, dem Land den Rücken zu kehren.

Auch im historischen Vergleich lassen sich die fatalen Folgen deutscher Steuerpolitik gut erkennen. Während das Deutsche Reich um 1900 mit einer Steuerquote von deutlich unter zehn Prozent eine der führenden und innovativsten Wirtschaftsnationen der Welt war, ist die Bundesrepublik von heute mit einer Steuerquote von 23 Prozent und einer allgemeinen Abgabenquote von über 40 Prozent längst in die Zweitklassigkeit zurückgefallen. Dirk Pelster

Wer das Steuerrecht vereinfachen wollte, wurde ausgebootet



Nur die wenigsten Steuerzahler verstehen es, ihre Rechte voll auszuschöpfen: Einkommensteuererklärung

Bild: Sven Teschke

Germanen kannten keine Steuern

Die Beitreibung von Steuern kann in Deutschland auf keine besonders feststehenden Traditionen zurückblicken. Die germanischen Stämme der Antike kannten diese Form der Abgabe gar nicht. Als die Römer sie hierzulande einführen wollten, kam es zu erheblichem Widerstand, der schließlich in die Schlacht am Teutoburger Wald mündete.

Auch die deutschen Herrscher des Mittelalters bestritten ihre Einnahmen größtenteils aus der Verleihung von Rechten und Privilegien. Lediglich die Kirche konnte mit dem obligatorisch abzuführenden Zehnten so etwas wie eine frühe Steuer erheben. Die wichtigsten der heute bekannten Steuerarten wurden in Deutschland erst spät eingeführt.

Die erste Einkommensteuer erhob man 1811 in Ostpreußen. Ihr folgte eine Klassensteuer, die ab 1851 wieder zu einer Einkommensteuer entwickelt wurde. Andere deutsche Staaten folgten dem preußischen Vorbild im weiteren Verlauf der

Weltkriege waren Steuertreiber

Zeit. Zum Ende des Ersten Weltkrieges lag der Einkommensteuersatz für Otto Normalverbraucher bei 0,6 Prozent und für Spitzenverdiener bei maximal vier Prozent des Verdienstes.

Die heute bedeutsame Umsatzsteuer ist ein Kind des späten Kaiserreiches. Zur Kriegsfinanzierung wurde 1916 eine Stempelsteuer in Höhe von 0,5 Prozent der erzielten Warenumsätze eingeführt. Sie wurde 1920 zur Umsatzsteuer umgewandelt und stieg in der Folge vergleichsweise moderat. Zum Zeitpunkt der Gründung der Bundesrepublik lag sie bei drei Prozent – um bis heute auf 19 Prozent zu klettern.

Die Einführung neuer und die Erhöhung bestehender Steuern war in Deutschland eng mit den immensen Ausgaben für die beiden verlorenen Weltkriege und den Folgen von Krieg und Niederlage verknüpft. Doch auch nach Bewältigung dieser Aufgaben wurde die Steuerlast für den Bürger nie wieder substanzial zurückgefahren. D.P.

Die umstrittenste Steuer

Inwieweit darf der Staat die Hand aufhalten, wenn ein Bürger erbt?

Sieht man einmal von der aktuellen Debatte um den Solidaritätszuschlag ab, so ist wohl kaum eine Steuer in Deutschland so umstritten wie die Erbschaftsteuer. Im Jahre 2014 hatte das Bundesverfassungsgericht die Erbschaftsteuerreform von 2008 teilweise kassiert, weil der Gesetzgeber die Erben von Unternehmen unzulässig privilegiert hatte.

Von ihrer Bedeutung für die öffentlichen Haushalte her ist die Abgabe auf den Nachlass eines Verstorbenen insgesamt eher von untergeordneter Bedeutung. Etwas mehr als sechs Milliarden Euro fließen jedes Jahr in die Kassen der Bundesländer. Immer wieder gibt es politische Vorstöße, die Abgabe zu erhöhen. Zumeist kommen diese Initiativen aus dem linken politischen Spektrum. Zuletzt empfahl der Sozial-

demokrat und ehemalige Bundesfinanzminister Peer Steinbrück in einem Interview mit der Zeitung „Die Zeit“ im Mai dieses Jahres eine solche Ausweitung.

Mehrheitsfähig sind solche Vorschläge kaum, denn hier geht

Bereits versteuerte Einnahmen werden erneut versteuert

es für viele Deutsche tatsächlich ans Eingemachte. Die bloße Aussicht, irgendwann einmal eine weitere steuerliche Verpflichtung in Omas kleines Häuschen einzuziehen zu können, verleiht vielfach den unbestimmten Blick auf die Schlüsselstellung, die einer Erhöhung der Erbschaftsteuer

er bei der Lösung zentraler gesellschaftspolitischer Fragen zukommen könnte.

Eines der Hauptargumente der Gegner einer solchen Anhebung ist der Einwand, dass es sich um eine erneute Heranziehung bereits versteuerter Einnahmen handelt. Dies ist zwar richtig, trifft aber auch auf andere Abgaben zu. Wer beispielsweise einer Privatperson ein Einfamilienhaus abkauft, zahlt ebenfalls erneut die Grunderwerbsteuer, die auch der Voreigentümer bereits entrichten musste. Beim Kauf eines Gebrauchtwagens oder eines anderen Vermögensgegenstandes zwischen Privatleuten ist dies hingegen nicht der Fall. Eine Ausweitung der Erbschaftsteuer wäre vor allem geeignet, das immer weiter auseinander klaffende Gefälle zwischen Arm und Reich einzudämmen. D.P.

Preussische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Vi.S.d.P.:

Dr. Sebastian Husen

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit; Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimarbeit: Christiane Rinser-Schurt; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – ISSN 0947-9597.

Die Preussische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbe-

stellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.

Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0

Telefon Redaktion (040) 4140 08-32

Fax Redaktion (040) 4140 08-50

Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32

Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42

Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:

www.ostpreussen.de

Bundesgeschäftsstelle:

lo@ostpreussen.de

Auf der Überholspur

Beim Wirtschaftswachstum holt Berlin den ersten Platz unter allen Bundesländern



Trotz aller Verfehlungen der Politik zieht Berlin neue Unternehmen an: Der Potsdamer Platz im Herzen der deutschen Hauptstadt

Bild: pa

Im bundesweiten Vergleich der Wirtschaftskraft galt Berlin lange Zeit als abgehängt. Nun deuten neue Daten aber darauf hin, dass gerade einige Bundesländer mit einer starken Industriestruktur zunehmend Probleme bekommen. Sehr viel besser läuft es dafür in den beiden Millionenstädten Berlin und Hamburg.

In beiden Stadtstaaten lag das Wachstum der Wirtschaft in der ersten Jahreshälfte vier- bis fünfmal so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Preisbereinigt legte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Vergleich zum Vorjahreszeitraum in Berlin im ersten Halbjahr um 1,9 Prozent und in Hamburg um 1,6 Prozent zu. Im Schnitt wuchs die Wirtschaftsleistung bundesweit im Jahresvergleich dagegen nur noch um 0,4 Prozent.

Auffallend schlecht schnitten einige Bundesländer ab, die in den vergangenen Jahren meist gute Zahlen vorlegen konnten: In Rheinland-Pfalz etwa ging das BIP im Vergleich zum ersten Halbjahr 2018 um 0,9 Prozent zurück. Die Wirtschaft in Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Sachsen stagnierte nur noch oder wuchs nur minimal.

Zu spüren bekommen immer mehr Bundesländer neben einer generellen Abkühlung der Weltkonjunktur und den Streitigkeiten im Welthandel auch die Probleme der Automobilindustrie.

Hamburg und Berlin profitieren dagegen derzeit davon, dass hier die Industrie weniger wichtig ist, dafür aber der Bau- und Immobilienbereich und auch die Dienstleistungen eine höhere Bedeutung haben. In Berlin wuchsen beispielsweise die Bereiche Information und Kommunikation, Finanz- und Versicherungsdienstleistungen und auch das Gastgewerbe überdurchschnittlich.

Immer stärker tragen Neugründungen im Technologiebereich, die sogenannten Start-ups, in beiden Millionenmetropolen zum Wirtschaftswachstum bei. Dazu kommt der Faktor demografische Entwicklung: Hamburg hat vergangenes Jahr erstmals in seiner Geschichte die Marke von 1,9 Millionen Einwohnern erreicht. Für die Bundeshauptstadt meldet das Statistikamt Berlin-Brandenburg zuletzt den Stand von 3,75 Millionen Einwohnern. Berlin hat damit in den vergangenen 15 Jahren mehrere hunderttausend Bewohner hinzugewonnen. Von den zusätzlichen Einwohnern profitieren ganz direkt die Baubranche, Handel und Dienstleister.

Einige Ökonomen sehen in der Entwicklung bereits einen generellen Zukunftstrend, bei dem sich Wachstum immer stärker in den Dienstleistungsbereichen und dafür weniger im verar-

beitenden Gewerbe abspielt. Profiteure einer solchen Entwicklung wären Großstädte und ganz besonders Deutschlands Millionenmetropolen.

Tatsächlich gelingt es insbesondere Berlin immer öfter, große Investitionen an Land zu ziehen. Bereits vergangenes Jahr kündigte Siemens an, am historischen Standort in Siemensstadt 600 Millionen Euro investieren zu wollen.

Konzerne sehen in der Hauptstadt viel Potenzial

Vor Kurzem gab auch der Softwarekonzern SAP bekannt, dass er im Laufe der nächsten zehn Jahre mehr als 200 Millionen Euro in die Hauptstadt investieren will. Unweit des Berliner Hauptbahnhofs will das Unternehmen im „Quartier Heidestraße“ 30 000 Quadratmeter für einen Digital-Campus anmieten. Dort sollen dann 1200 SAP-Mitarbeiter an Themen wie der Blockchain-Technologie und künstlicher Intelligenz arbeiten. Schon jetzt beschäftigt der Softwarekonzern in Berlin und Potsdam rund 1000 Menschen. Die Planungen von SAP sehen auch vor, bislang genutzte Büros in der Rosenthaler Straße aufzugeben. Unterm Strich wird der neue Digital-Campus aber Platz für 450 neue Arbeitsplätze in Berlin bieten.

Noch eine ganz andere finanzielle Dimension als das Vorhaben von SAP

haben die Berlin-Pläne des österreichischen Signa-Konzerns. Insgesamt will die Signa-Gruppe des Unternehmers René Benko in der deutschen Hauptstadt 3,5 Milliarden Euro investieren. Der Deutschland-Chef des Konzerns, Timo Herzberg, erklärte mit Blick auf die Pläne, Signa schätze die wirtschaftlichen Perspektiven Berlins positiv ein.

Signa ist nach der Übernahme der Karstadt-Warenhäuser und der Fusion mit Kaufhof zum Eigentümer von mehreren zentral gelegenen Einzelhandelsimmobilien in Berlin geworden. Zum Bestand gehören unter anderem das Nobel-Kaufhaus KaDeWe und der Kaufhof am Alexanderplatz. Im Fall des Karstadt-Gebäudes am Hermannplatz hat Signa einen Plan vorgelegt, der einen Neubau im Stil des Art-Deco vorsieht. Dabei soll die Gesamthandelsfläche im Vergleich zum alten Kaufhaus in etwa gleich bleiben, hinzukommen sollen aber Büros, Wohnungen, ein Hotel und lokale Einzelhändler. Dahinter steht die Idee, über eine Nutzungsvielfalt die klassischen Innenstadtkaufhäuser wieder mit neuem Leben zu füllen.

In der Berliner Innenstadt plant der österreichische Konzern zudem an mehreren Stellen Hochhausprojekte. So will Signa auch den Kaufhof am Alexanderplatz zu einem bis zu 130 Meter hohen Hochhaus umbauen.

Norman Hanert

Verwaltung überfordert

Mietendeckel: Förderbank soll Berliner Bürokratie unterstützen

Nach dem Auslaufen des geplanten Mietendeckels in der deutschen Hauptstadt öffnet sich für Vermieter eine neue Chance für Mieterhöhungen, dies belegen Recherchen des Senders RBB. Hintergrund ist eine Regel zum Berliner Mietenspiegel.

Wie eine Sprecherin der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen auf Nachfrage des RBB bestätigt, dürfen beim Mietenspiegel keine Verträge berücksichtigt werden, wenn bei ihnen die Miethöhe gesetzlich festgelegt wurde. Genau dies ist bei den Senatsplänen aber der Fall. Als Folge kann es Jahre dauern, bis in Berlin nach dem Auslaufen des Mietendeckels wieder ein rechtssicherer Mietenspiegel vorliegt. Laut dem RBB kann diese Übergangszeit von Vermietern genutzt werden, um Mieterhöhungen beispielsweise mit einem Sachverständigengutachten zu begründen.

Nach den Plänen des rot-rot-grünen Senats soll ab Januar 2020 für fünf Jahre bei Neuvermietungen von Bestandswohnungen und bei bestehenden Verträgen ein Stopp für Mieterhöhungen gelten. Nicht betroffen sind Erstvermietungen von Neubauten und auch

Härtefallregeln machen das Vorhaben noch komplizierter

der soziale Wohnungsbau. Für Letzteren gilt ohnehin Spezialrecht.

Weitere Ausnahmeregelungen haben in den Berliner Bezirken Ängste vor einer Antragsflut geweckt. So sollen Mieter etwa die Möglichkeit erhalten, Mietsenkungen zu beantragen, wenn die Wohnkosten 30 Prozent ihres Nettoeinkommens übersteigen. Auch Vermieter können wirt-

schaftliche Härtefälle für sich geltend machen.

Nach Schätzungen der zwölf Bezirke sind 120 Stellen und ein Jahr Zeit zur Schaffung der dafür nötigen Verwaltungsstrukturen nötig. Offenbar sieht auch der Senat die Bezirke überfordert. Laut einem Bericht der „Berliner Morgenpost“ ist in einem Entwurf aus dem Hause der Stadtentwicklungssenatorin vorgesehen, die Investitionsbank Berlin (IBB) insgesamt mit der Umsetzung des Mietendeckels zu beauftragen.

Die CDU-Fraktion im Berliner Abgeordnetenhaus wies angesichts solcher Pläne auf den vorrangigen Auftrag der landeseigenen Bank zur Wirtschaftsförderung hin. Vor diesem Hintergrund kritisierte Christian Gräff, der CDU-Fraktionssprecher für Bauen und Wohnen, die Investitionsbank solle mit ihren Mitarbeitern als „Ausputzer“ das leisten, „wozu die Bezirke mangels Personal nicht in der Lage sind“. N.H.

7500 Mal für das Leben

Abtreibungskritiker zogen durch Berlin – Grußwort vom Papst

Am 15. „Marsch für das Leben“ am 21. September in Berlin nahmen 7500 Menschen teil, 2000 mehr als im Vorjahr. Initiator ist der Bundesverband Lebensrecht. Seit 2008 ist der Marsch Ziel von Störungen – so auch dieses Jahr.

Papst Franziskus und zahlreiche katholische Kardinäle und Bischöfe unterstützten die Kundgebung, ebenso Bischof Hans-Jörg Voigt von der Selbstständigen Evangelisch-Lutherischen Kirche.

Erstmals sandte auch der evangelische Landesbischof von Sachsen, Carsten Rentzing, ein Grußwort. Der Landesbischof der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische-Oberlausitz, Markus Dröge, hatte bereits 2018 seine Teilnahme mit der Begründung verweigert, die Kundgebung sei „rechtspopulistisch unterwandert“.

Der Passauer Bischof Stefan Oster sagte in Berlin: „Die am tödlichsten bedrohte Gruppe von

Menschen in unserer Gesellschaft ist heute aber das ungeborene Kind mit Behinderung ... Am Tag werden durchschnittlich knapp 300 ungeborene Kinder getötet.“ Die Vorsitzende des Bundesverbandes Lebensrecht, Alexandra Linder, erklärte, jeder Mensch ha-

»Am Tag werden knapp 300 ungeborene Kinder getötet«

be, „von der Zeugung bis zum Tod die gleiche personale Würde“.

Einige Linksextremisten mischten sich unter den Aufzug, ließen sich weiße Kreuze aushändigen und warfen sie anschließend in die Spree. Linke Medien feierten eine Blockade durch 40 Personen. Sie hatten sich ebenfalls unter die Demonstranten gemengt und eine Sitzblockade veranstaltet, die den Marsch eine Stunde aufhielt. Die

Polizei musste Gewalt anwenden, um die Blockierer zu entfernen. Die Teilnehmer mussten sich ohnehin die gesamte Zeit über Pöbeleien anhören, wie: „Hätt Maria abgetrieben, wärt ihr uns erspart geblieben!“

Die Polizei hat nach eigenen Angaben 140 Personen festgenommen und elf Strafanzeigen gestellt. Die Strafverfolgungsverfahren wurden wegen Körperverletzung und Störung der Religionsausübung eingeleitet. Eine Person wurde leicht verletzt.

Lili Kramer vom „What-the-fuck-Bündnis“ meinte: „Wir freuen uns, dass die Protestaktionen heute so erfolgreich waren und der ‚Marsch für das Leben‘ seine reaktionären und antifeministischen Inhalte nicht ungestört verbreiten konnte. Auch in diesem Jahr fanden sich in den ersten Reihen wieder zahlreiche AfD-Mitglieder, unter anderem Beatrix von Storch. Aber wir waren lauter!“ Frank Bücker

Klimaschutz radikal

Von VERA LENGSELD

Berlin ist in vielen Punkten Spitze. Der Umgang mit Drogendealern ist geradezu liebevoll zu nennen. In Kreuzberg bekommen sie sogar in den Parks die Plätze markiert, die sie einnehmen dürfen. Nirgends wird das Dealen so gepflegt wie in der Hauptstadt. Auch bei Angriffen auf Polizisten lassen sich die politisch Verantwortlichen nicht den ersten Platz streitig machen. In der berühmten Rigaer Straße, in der die Linksradikele ihre Hochburg haben, gehören Attacken auf Uniformträger zur Folklore.

Nun hat sich durch „Fridays for Future“ den Linksradikele ein völlig neues Betätigungsfeld eröffnet. Sie fühlen sich jetzt berechtigt, Anschläge auf die Mobilität der Berliner zu verüben. Die harmlosere Variante sind Straßensperrungen, an denen SUVs angehalten werden und von den Fahrern Rechenschaft gefordert wird, warum sie es wagen, einen solchen Klimakiller zu fahren. Die Aktion hat den Nachteil, dass immer wieder grüne Klimaschützer ins Visier geraten, denn in Berlin fahren die rot-grünen Besserverdiener gern mit einem bequemen und sicheren Auto ihren Nachwuchs zur Schule oder in den Kindergarten. Dabei müssen oft größere Strecken zurückgelegt werden, denn in Kreuzberg, wo man wohnt, möchte man seinen Kindern nicht die allzu bunten Schulen zumuten, wo kaum noch deutsch gesprochen wird.

Den radikalen Klimaschützern ist das Klima ganz egal. Es bietet ihnen den Vorwand, endlich das verhasste System zu stürzen, indem sie wirkungsvoll Sand ins Getriebe streuen. Kürzlich mussten die Fahrgäste der S-Bahnlinie 3 auf dem Weg zur Arbeit stundenlange Verzögerungen hinnehmen. Eine Gruppe namens „Vulkangruppe OK“ hatte einen Brandanschlag auf die S-Bahn verübt. Im Bekennerscheiben, das auf einer verbotenen, aber munter weiter betriebenen linksradikalen Internetseite veröffentlicht wurde, hieß es: „Menschen, die nicht pünktlich zur Arbeit, zur Schule, zur Universität kommen, verursachen einen wirtschaftlichen Schaden. Deshalb haben wir heute sowohl arbeitende Pendler_innen auf dem Weg zur Arbeit ausgebremst als auch den Reiseverkehr zum Flughafen gezielt angegriffen“.

Diese linksradikale Gruppe hat schon mehrere ähnliche Anschläge verübt, ohne dass es der Berliner Polizei gelungen wäre, Mitglieder der Gruppe aufzuspüren und dingfest zu machen. Wahrscheinlich ist die Polizei mit dem Kampf gegen Rechts so ausgelastet, dass sie sich kaum um etwas anderes kümmern kann. Zwar sind vergleichbare Anschläge von Rechtsradikalen nicht bekannt, aber die politischen Prioritäten stehen felsenfest. Als die Grünen gegründet wurden, waren sie bald von Mitgliedern kommunistischer Splittergruppen unterwandert. Das wiederholt sich jetzt bei den Klimaschützern.

MELDUNGEN

Benimmregeln für Touristen

Riad – Das Königreich Saudi-Arabien unternimmt den Versuch, sich für ausländische Touristen zu öffnen. Besucher aus 49 Ländern können künftig ein Online-Visum beantragen, das sie bei der Einreise am Flughafen erhalten. Plan der Saudis ist es, die Zahl der Besucher bereits bis zum Jahr 2030 zu verdoppeln. Nach Angaben einer Tourismus-Kommission sollen für Besucherinnen nicht die strengen Kleidungs Vorschriften gelten, die saudische Frauen beachten müssen. Ein Anstandskatalog des Innenministeriums sieht dennoch Bußgelder von umgerechnet bis zu 1500 Euro für Fehlverhalten von Touristen vor.

N.H.

London–Sydney mit Mach 5

London – Großbritanniens Raumfahrtagentur UK Space Agency will im Laufe der 2030er Jahre einen Antrieb entwickeln, der Flüge mit fünffacher Schallgeschwindigkeit erlauben soll. Mit dem neuen Antrieb soll sich beispielsweise die Flugzeit von London nach Sydney auf viereinhalb Stunden verringern. Ermöglicht soll diese Reisegeschwindigkeit ein neuartiges Triebwerk namens Synergetic Air-Breathing Rocket Engine (SABRE). Nach den Vorstellungen der Forscher soll die Technik bei Flugzeugen und auch bei Raketen eingesetzt werden. Entwickelt werden die Triebwerke von der Firma Reaction Engines aus Oxford. An dem Unternehmen haben sich inzwischen auch der US-Flugzeugbauer Boeing, BAE-System und Rolls Royce beteiligt. Weltweit forschen derzeit ein Dutzend Unternehmen an einer neuen Generation von zivilen Überschallmaschinen. Die Concorde, eine britisch-französische Gemeinschaftsentwicklung, fliegt seit 2003 nicht mehr.

N.H.

Freundschaft mit Hindernissen

Seidenstraße im Blick – China und Kasachstan suchen Gemeinsamkeiten trotz ethnischer Spannungen

Der erst im Juni 2019 gewählte kasachische Präsident Kassym-Schomart Tokajew hat vor Kurzem Peking besucht. Damit kehrte er zurück an den Ort, an dem er 1983/84 Hochchinesisch gelernt und von 1985 bis 1990 an der sowjetischen Botschaft gearbeitet hatte.

Tokajew und Chinas Präsident Xi Jinping möchten eine strategisch und historisch einzigartige Partnerschaft festigen, deren Grundlagen Nursultan Nasarbajew, der postsowjetische Gründungsvater des modernen Kasachstans und Vorgänger Tokajews, in seiner fast 30-jährigen Herrschaft legte. Nazarabajews Bedeutung erkennt man daran, dass noch vor seinem Ableben die Hauptstadt Astana ihm zu Ehren umbenannt wurde.

Genau dort verkündete Xi im September 2013 das globale Projekt einer Neuen Seidenstraße (BRI), das sich mit dem im November 2014 verkündeten Nuryl-Zhol-Plan zur Stimulierung der kasachischen Wirtschaft durch die Modernisierung des Erziehungs-, Nachrichten- und Transportwesens und der Dienstleistungen ergänzt. Im Herzen Eurasiens gelegen, hat das neuntgrößte Land der Welt keinen Zugang zum Meer, teilt sich jedoch entlang einer 1782,75 Kilometer langen gemeinsamen Grenze mit China 24 Flüsse. über deren Nutzung seit 2010 gemischte Kommissionen beraten. Mit 18,3 Millionen liegt die Gesamteinwohnerzahl allerdings unter der Pekings. Durch das Absacken der Ölpreise betrug das Wirtschaftswachstum 2015 und 2016 lediglich ein Prozent. Dank der zwischen 2016 und 2018 um 6,6 Prozent gestiegenen chinesischen Direktinvestitionen waren es 2017 beachtliche 3,3 Prozent und das bilaterale Handelsvolumen erreichte 11,07 Milliarden US-Dollar: 16 Prozent aller Importe stammten aus China und zwölf Prozent aller Exporte gingen dorthin. 1995 waren es noch ein beziehungsweise 5,5 Prozent.



Demonstrierten Harmonie bei ihrem Treffen in Peking: Chinas Staatschef Xi Jinping (l.) und sein kasachischer Amtskollege Kassym-Schomart Tokajew

Bild: pa

Die Volksrepublik ist somit nach Russland zu Kasachstans zweitgrößtem Markt avanciert. So kauften die Chinesen 2005 für 4,18 Milliarden US-Dollar die ehemals größte sowjetische Ölgesellschaft und investierten danach weitere 700 Millionen US-Dollar in eine Pipeline. Bereits im April 2016 kontrollierte man so bis zu 30 Prozent der gesamten kasachischen Ölförderung. Dank neuer internationaler Transportkorridore, unter anderem bis zum Kaspischen Meer, benötigt Fracht aus den südöstlichen Provinzen Chinas per Zug nur noch 15 Tage nach Europa – dreimal weniger Zeit als per Schiff. Zu den Rückschlägen zählte vergangenes Jahr die Einstellung der Finanzierung der Metro im Regierungssitz Nursultans durch die Chinesische Entwicklungsbank wegen Zweckentfremdung eines Großteils der bereits

gezahlten Summe. Das fast zwei Milliarden US-Dollar teure Projekt soll nun mit eigenen Mitteln phasenweise zu Ende geführt werden. Heutzutage besuchen mehr als 14 000 kasachische Studenten chinesische Universitäten, die gezielt

Furcht vor Invasion chinesischer Immigranten

um weitere werben. Gleichzeitig gibt es in Kasachstan sechs Konfuzius-Institute. Aber es besteht durchaus die Furcht vor einer „Invasion“ chinesischer Immigranten, die Einheimischen Arbeitsplätze wegnehmen oder sogar Gebietsansprüche stellen könnten.

Als die Behörden es 2016 versäumten, bei einer später verworfe-

nen Landreform von Anfang an deutlich zu machen, dass Ausländer kein Land in Kasachstan besitzen dürfen, kam es zu heftigen Protesten. Durch das Grenzabkommen mit China 1995 waren nämlich lediglich 43 Prozent der umstrittenen Landfläche bei Kasachstan verblieben. Nur etwas über drei Prozent der Kasachen heißen Investitionen aus China gut und fast die Hälfte der Bevölkerung hat ein negatives Bild von der BRI. Auch die Internierungslager in der überwiegend von Moslems bewohnten ostchinesischen Provinz Xinjiang, in denen einige der ethnischen zirka 1,5 Millionen Kasachen mit chinesischem Pass inhaftiert sein sollen, sind im zu 70 Prozent muslimischen Kasachstan zu einem heiklen innenpolitischen Thema geworden. Doch die dagegen protestierende kasachische Chinesen Sairagul Sauytbay musste mittler-

weile Asyl in Schweden beantragen, nachdem man es ihr im Oktober 2018 in Kasachstan mit Rücksicht auf China verweigert hatte. Der im Rahmen eines „Rückkehrerprogrammes“ eingebürgerte Kasache Serikschan Bilasch, der im Frühjahr 2017 die Organisation „Freiwillige des Vaterlandes“ gegründet und zum „Dschihad“ gegen Chinesen aufgerufen hatte, gab kürzlich erst nach Androhung von sieben Jahren Haft auf.

Trotz der markanten Worte der Führungsriege ist eine echte Freundschaft zwischen beiden Völkern aufgrund der ethnischen Spannungen daher unwahrscheinlich. Als Erbe des Zarentums und der Sowjetunion bleibt Kasachstan Teil der russischsprachigen Sphäre und die Annäherung an das Reich der Mitte eine wirtschaftliche Notwendigkeit.

Markus Matthes

Moselgebiet will EU-Statut

50 Gemeinden fordern per Petition gleiche Regelung wie im Elsass

Nachdem die französische Nationalversammlung für das Elsass vor einigen Wochen ab 2021 ein eigenes Europa-Statut verabschiedet hat, melden sich jetzt auch die Vertreter des Moseldepartements zu Wort und wollen ein ähnliches Modell für ihre zweisprachige Region südlich von Luxemburg und dem Saarland, die nicht weniger europäisch sei als das Elsass.

Am Sonntag, dem 11. August, haben Anhänger der ICAM (Initiative Citoyenne pour l'Avenir de la Moselle/Bürgerinitiative für die Zukunft des Départements Moselle) aus der Nähe von Pflanzburg eine Aufkleber-Aktion durchgeführt und Aufkleber „in Lothringen (57)“ an Ortsschilder von etwa 50 Gemeinden des Raums Saarburg-Pflanzburg angebracht (Alle französischen Départements sind – in weitgehend alphabetischer Reihenfolge – durchnummeriert und 57 entspricht dem Département Moselle, das 1918 aus dem ehemaligen deutschen „Bezirk Lothringen“ entstand). Damit soll die Zugehörigkeit dieses Gebietes zum Département Moselle sowie zum deutschsprachigen Raum hervorgehoben werden.

Die positiven Reaktionen der Öffentlichkeit bestätigen, dass ICAM mit der Aktion den Nerv der örtlichen Bevölkerung getroffen hat,

allerdings äußerten sich auch einige Bürgermeister negativ und ließen die Aufkleber entfernen. Anhänger aus anderen Teilen des Départements Moselle haben bereits ähnliche Aktionen angekündigt.



Metz, die größte Stadt im Département: Blick auf die Mittelbrücke

Bild: Sebcaen

Im französischsprachigen Teil des Départements wird ein Aufkleber „en Moselle (57)“ angebracht.

Als politisch unabhängige Bürgerinitiative hat die ICAM eine Bürgerdebatte über die institutionelle Zukunft des Départements Moselle in Gang gebracht. Im Sinne von Patrick Weiten, dem Präsident des Départementrats, befürwortet die Bürgerinitiative die Gründung einer Europäischen Gebietskörperschaft Mosellothringen (Collectivité européenne de Moselle) nach elsässischem Vorbild und lehnt den Vorschlag einer Fusion der Départements Moselle und Meurthe-et-Moselle (in Welsch mit der Aktion den Nerv der örtlichen Bevölkerung getroffen hat,

Region Lothringen streng ab. Eine solche Fusion würde die Mosellothringer Eigenschaften (Zweisprachigkeit, Lokalrecht) noch stärker abschwächen. Auch Mosellothringen grenzt wie das Elsass,

das an Deutschland und die Schweiz grenzt, an zwei deutschsprachige Länder, nämlich an Deutschland und Luxemburg. Luxemburg sei jedoch ein Gründungsmitglied der EU, die Schweiz dagegen ist nicht einmal Mitglied der EU, wird argumentiert.

Die ICAM startete eine Petition, die bis heute von etwa 2000 wahlberechtigten Menschen unterzeichnet wurde. Aus Gründen der Glaubwürdigkeit hat ICAM auf eine Internetpetition verzichtet und sammelt ausschließlich Unterschriften mit Einzeleinheiten der Unterzeichner. Einige Gemeinden haben die Petition durch Beschluss des Gemeinderats unterst. Bodo Bost

Ende einer goldenen Epoche

Jacques Chirac kämpfte gegen Rechts bis über den Tod hinaus



Jacques Chirac: Frankreichs Präsident von 1995 bis 2007

Jacques Chirac ist tot. Nicht nur das offizielle Frankreich trauert und überschlägt sich geradezu in Lobeshymnen, auch das Volk trauert. Trotz strömenden Regens erwiesen ihm Tausende Franzosen am Sonntag nach einer interreligiösen Zeremonie die letzte Ehre. Chiracs Tod symbolisiert das Ende einer goldenen Epoche.

Doch das Fundament aller heutigen gesellschaftlichen Verwerfungen wurde damals von niemand anderem als Chirac gelegt: Als Premierminister (1974–1976) unter Giscard d'Estaing ließ er 1975 die

Abtreibung legalisieren und autorisierte 1976 den Nachzug der Familien der Gastarbeiter. Chirac inthronisierte damit den „Großen Austausch“: Mehr als 200 000 jährlich abgetriebenen französischen Babies (2018 eine Abtreibung auf drei Geburten) stehen seither jährlich mehr als 200 000 legale Einwanderer gegenüber (2018: 255 000). Dadurch legte Chirac auch die Axt an das französische Sozialsystem. Durch die Einführung der Berufssteuer 1975 ruinierte Chirac die französische Industrie nachhaltig und dauerhaft.

1981 führte sein Verrat an d'Estaing zur Wahl des Sozialisten Mitterrand und zu 14 Jahren sozialistischer Herrschaft.

Als Pariser Bürgermeister (1977–1995) veruntreute Chirac öffentliche Gelder und benutzte seine Stellung zur Vorteilsnahme und zum Vertrauensmissbrauch. Dafür wurde er 2011 nachträglich zu einer zweijährigen Freiheitsstrafe auf Bewährung verurteilt.

Als Präsident (1995–2007) beendete Chirac 1996 die französischen Atomtests und bereitete so Frankreichs Wiedereingliederung in die NATO vor. Innenpolitisch bescherte er sich selbst durch Ungeschicklichkeit eine Cohabitation mit den Sozialisten, in deren Folge die wirtschaftlich tödliche 35-Stunden-Woche eingeführt wurde. Chirac war vom Kampf gegen Rechts besessen. 1995 verurteilte er Frankreich pauschal und wider historischer Tatsachen für den Genozid an den Juden. 2002 ließ er sich mit sozialistischer Hilfe gegen Jean-Marie Le Pen als Präsident wiederwählen. Als radikaler Laizist verhinderte Chirac die Erwähnung der christlichen Wurzeln Europas in der Präambel der Europäischen Verfassung.

Am Montag wurde Chirac in einem Staatsakt beigesetzt, zu dem sämtliche Politiker außer Marine Le Pen geladen waren. E. Michels

Airbus gibt sich hoffnungsfroh

Das Fluggeschäft boomt, und Konkurrent Boeing setzen die Probleme mit der 737 MAX zu

Während die Bundesregierung mit ihren Klima-Gesetzen das Fliegen unattraktiver machen will, boomt das Geschäft über den Wolken. Der europäische Konzern Airbus schickt sich an, Weltmarktführer zu werden.

Nach einer kürzlich von Airbus vorgelegten neuen Langfristprognose hält das Wachstumstempo beim Flottenausbau praktisch unverändert an. Die Anzahl der Passagierflugzeuge mit mehr als 100 Sitzen werde danach von derzeit knapp 23 000 bis 2038 auf fast 48 000 steigen. Der Luftverkehr werde im jährlichen Schnitt voraussichtlich um 4,3 Prozent wachsen, glaubt Airbus-Marketing-Manager Bob Lange.

Hintergrund sei die rasant wachsende Mittelschicht in Weltregionen wie Asien. „Wenn die Menschen mehr verdienen, werden sie mehr reisen.“ Die größte Nachfrage für neue Flugzeuge wird aus Asien und dem Pazifikraum sowie von Billig-Airlines erwartet. Der asiatische Markt werde mehr neue Flugzeuge benötigen als Europa und Nordamerika zusammen. In China werde es dann mehr Inlandsflüge geben als Verbindungen innerhalb der USA oder Westeuropa.

Luftfahrtexperten sehen in den asiatischen Ländern ebenfalls einen riesigen Nachholbedarf in Sachen fliegen, während die Klimademonstranten in Deutschland zumindest die Inlandsflüge am liebsten abschaffen würden. Allerdings machen auch in Deutschland Mittel- und Langstreckenflüge zu ausländischen Zielen das Gros des deutschen Luftverkehrs aus. Von 3,5 Millionen Flügen deutschlandweit entfallen im Jahr nur 230 000 Flüge auf das Inland. Das entspricht gerade einmal 6,5 Prozent.

Daher reagieren die Flugzeugbauer auch relativ gelassen auf die Klimadebatten in (West-)Europa. Lange betont zwar, „dass der regionale Markt auch wichtig“ sei. Aber längst schauen die Konzern-Lenker voller Spannung auf die Entwicklung in Asien. Allein in Indien werde sich der Flugverkehr bis 2038 verfünffachen, glaubt Lange. Gerade Indien und China als zwei der

bevölkerungsreichsten Länder der Erde gelten als große potenzielle Absatzmärkte für Luftfahrzeuge.

Die aktuelle Airbus-Prognose gibt interessante Einblicke. Selbst wenn in Europa auf das Flugzeug als Transportmittel zunehmend verzichtet würde, können die Passagierzahlen weltweit trotzdem jährlich um 4,3 Prozent zunehmen. „Aktuell beträgt das Flugzeug als Transportmittel zunehmend verzichtet würde, können die Passagierzahlen weltweit trotzdem jährlich um 4,3 Prozent zunehmen.“



Erfolgreicher Konkurrent vom Boeing-Problemflieger 737 MAX im Segment der Mittelstreckenjets: Der A320neo von Airbus

zent jährlich bedeutete dies, dass sich das Fluggast-Aufkommen in 20 Jahren auf acht Milliarden verdoppeln wird“, heißt es laut Studie.

Um den Bedarf zu decken, bedarf es einsatzfähiger Flotten. Der Großteil der derzeit produzierten Maschinen entfällt auf die Mittelstreckenjets wie den Airbus A320neo oder die 737 MAX des US-amerikanischen bisherigen Weltmarktführers Boeing. Sie stehen auch für gut drei Viertel der prognostizier-

ten Nachfrage. Allerdings darf die neue Boeing nach zwei Abstürzen bis auf Weiteres nicht abheben, eine Rückkehr auf die internationalen Flughäfen ist derzeit nicht absehbar. Davon könnte Konkurrent Airbus profitieren.

Die indische Billig-Airline SpiceJet überlegt, mindestens 100 Airbus-Flugzeuge zu bestellen. Um die geplante Flotten-Expansion zu stemmen, könnte SpiceJet bald eine beträchtliche Anzahl an Fliegern der Typen

Europa geführte Diskussion über Flugscham wegen der Klimabelastung „sehen wir nicht als Sorge, sondern als eine Chance“, betont Scherer gelassen.

Im ewigen Duell zwischen Airbus und Boeing verschieben sich die Kräfteverhältnisse durch die Krise bei den Amerikanern. Die Probleme bei der 737 MAX macht Boeing bei den Auslieferungszahlen schwer zu schaffen, die Neubestellungen gehen zurück. Bei den größeren Marktsegmenten

Ruhestand gegangene langjährige Vorstandsvorsitzende Tom Enders sagte zu seinem Abschied, „dass in zehn, 15 Jahren die Zeit von teilelektrischen Flugzeugen im Passagiergeschäft gekommen“ sei. „Unser Ziel ist, in 15 Jahren nicht nur Flugzeuge zu haben, die eine Stunde durchhalten, sondern wir sollten dann 100-Sitzer haben, die elektrisch-hybrid fliegen.“

In den asiatischen Wachstumsmärkten setzt man allerdings auf Altbewährtes. Die International Air

MELDUNGEN

Land kauft Wohnungen

Berlin – Das kommunale Unternehmen Gewobag kauft knapp 6000 ehemalige Sozialwohnungen vom Immobilienkonzern Ado Properties zurück. Nach Angaben der Gewobag beträgt der Kaufpreis 920 Millionen Euro. Die Wohnungen waren in den 1960er bis 1990er Jahren von der landeseigenen GSW als Sozialwohnungen gebaut worden. Im Jahr 2004 hatte das Land Berlin den Wohnungsbestand an Finanzinvestoren verkauft. Berlin hatte durch den Verkauf der GSW seinerzeit Einnahmen von etwa 405 Millionen Euro Erlösen können. *N.H.*

Finnen wollen Fusion

Essen – Das finnische Unternehmen Kone hat ThyssenKrupp eine Beteiligung an dessen Aufzugssparte ThyssenKrupp Elevator angeboten. Eine Fusion mit dem finnischen Aufzughersteller würde es dem Essener Konzern erlauben, auch weiterhin von seiner Ertragsperle zu profitieren. Im Gegenzug müsste Kone bei einer Fusion nur einen geringeren Kaufpreis stemmen. Analysten schätzen den Kaufpreis der ThyssenKrupp-Aufzugssparte auf bis zu 17 Milliarden Euro. Die Börsenkapitalisierung des ThyssenKrupp-Konzerns ist insgesamt auf nur noch 7,3 Milliarden Euro gesunken. *N.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:

1.918.514.537.206 €

Vorwoche: 1.925.749.880.556 €

Verschuldung pro Kopf:

23.109 €

Vorwoche: 23.196 €

(Dienstag, 1. Oktober 2019, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Handel mit Pseudo-Geld

Stuttgarter Börse macht umstrittene Cyberwährungen salonfähig

Kryptowährungen wie Bitcoins gelten als die Zukunft des Geldwesens. Börsen-Experten waren lange Zeit skeptisch, doch nun ist der Handel an der Stuttgarter Börse gestartet. Mit der Anwendungssoftware Bison für die Währungen Bitcoin, Ethereum und Co. wagt sie jetzt den ersten Versuch.

Die Internet-Homepage der BSDEX, des neuen Segments der Börse Stuttgart, enthält allerdings eine deutliche Warnung: „Kryptowährungen wie Bitcoin werden in einem globalen, dezentralen Rechnernetzwerk geschöpft und verwaltet. Sie unterliegen starken Preisschwankungen, sodass Anleger ein erhebliches Marktpreisrisiko tragen. Auch ein Totalverlust des investierten Kapitals ist bei einer Anlage in Kryptowährungen möglich.“

Und man ist auf Abgrenzung bedacht. Das Wort Börse wird im Zusammenhang mit dem Handel von Digitalwährungen vermieden. „Wir sind keine Börse. Dieser Begriff ist vom deutschen Recht klar definiert im Hinblick auf den Handel mit verschiedenen Arten von Wertpapieren wie Aktien“, sagt Dirk Sturz, Geschäftsführer der Stuttgarter Betreiber-gesell-

schaft. Kryptowährungen seien eine neue Anlageklasse. Bislang gebe es eigentlich nur Handelsplätze, an denen viele unterschiedliche Unternehmen in verschiedenen Ländern mitwirkten.

Aktuell gibt es mehr als 2800 Cyberdevisen mit einem Gesamtkapital von rund 266 Milliarden US-Dollar, die bekannteste ist Bitcoin. Mit dem Bitcoin-Handel wurde in Stuttgart gestartet, weitere Cyberwährungen sollen nach

Warnung vor Totalverlust bei Anlage in Kryptowährung

und nach folgen. 2020 folgt dann die eigentliche Revolution: der Handel von sogenannten tokenisierten Wertpapieren. Dabei handelt es sich um die digitalisierte Abbildung eines (Vermögens-) Wertes inklusive der in diesem Wert enthaltenen Rechte und Pflichten sowie dessen hierdurch ermöglichte Übertragbarkeit.

Das können im Fall der Stuttgarter Börse Anleihen auf Blockchain-Basis sein, wie sie die Bundesregierung noch 2019 ein-

A321LR und XLR bestellen, sagte der Verwaltungsratschef der indischen Fluglinie, Ajay Singh.

„Wir erwarten, dass wir in diesem Segment einen Marktanteil von mehr als 50 Prozent halten können“, sagt Airbus-Verkaufsvorstand Christian Scherer zuversichtlich. Dabei rechne er nicht damit, dass neue Wettbewerber – etwa aus China oder Russland – eine nennenswerte Rolle im Markt spielen werden. Die vor allem in

haben die Amerikaner, zumindest was die Auslieferungen angeht, immer noch die Nase vorn.

Die Auftragsbücher beider Konzerne sind voll, auch wenn die Bestellzahlen zuletzt etwas rückläufig waren. Doch das wird nicht als Problem gesehen, Airbus-Verkaufschef Scherer warnt sogar vor einem „grenzenlosen Wachstum“. In Europa befindet sich der Konzern ohnehin in der Experimentierphase. Der im Frühjahr in den

Transport Association (IATA, Internationale Luftverkehrs-Vereinigung) prognostiziert 44 Prozent mehr Passagiere für die nächsten 20 Jahre allein in den bevölkerungsreichsten Ländern China und Indien. Das dortige Klima sei außergewöhnlich flugfreundlich. Die dortigen Flughafen-Betreiber müssten sich auch deutlich weniger Gedanken um Bauvorschriften, Anwohnerbedenken und Nachtflugverbote machen. *Peter Entinger*

Gefährliche Scheintote

Resultat von Negativzinsen – Zahl sogenannter Zombie-Firmen steigt

Der Minuszins legt die Hand an die Grundfesten unserer Gesellschaft. Ohne Zins ist die Funktionsweise des Kapitalismus fundamental gestört. Die Situation könnte sich bald noch verschärfen, wenn im Oktober die Europäische Zentralbank den Zins noch weiter ins Minus drückt. Dann könnten Banken gezwungen sein, nicht nur von Großkunden, sondern auch von ganz normalen Kunden Verwahrgeld für ihnen anvertrautes Geld zu verlangen. Aber auch auf dem Gebiet der Realwirtschaft zeigen die Negativzinsen absurde Folgen.

Eine davon sind die so genannten Zombie-Firmen. Dieses sind Unternehmen, die nicht rentabel arbeiten, das heißt ihre Kosten nicht mit ihren Gewinnen decken können. Von diesen Firmen gibt es infolge des Zinsverfalls immer mehr, wie die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) berichtete. Die hochverschuldeten Unternehmen sind nicht nur unproduktiv, sondern auch eine Gefahr für die Wirtschaft. Bundesweit haben etwa 300 000 Unternehmen mit finanziellen Problemen zu kämpfen und könnten bald in die Insolvenz rutschen.

Niedrigzinsen haben viele Firmen zur Aufnahme hoher Kredite verleitet, die auch den Schulden- und Zinsdruck reduziert. Die Kredite benötigen die Zombie-Firmen, um mindestens einen Teil ihrer Rechnungen zu begleichen und sich so mittelfristig bei Hochkonjunktur über Wasser halten zu können. Erst in den kommenden Jahren droht diesen Zombie-Firmen bei abflauernder Wirtschaftslage die Pleite.

Billigkredite halten Pleitefirmen einige Zeit über Wasser

Zwischen 1980 und 2016 hat der Anteil der Zombie-Firmen im Schnitt um zehn Prozent zugenommen. Wegen ihrer geringen Produktivität hemmen sie nicht nur die Beschäftigung, sie verhindern auch Investitionen in anderen, produktiveren Unternehmen. Gefährlich wird es für die Zombie-Firmen allerdings erst bei einem Zinsanstieg. Dann können viele der finanziell belasteten Unternehmen ihre Kredite nicht mehr bedienen. Im schlimmsten

Fall führt dies zu einem Zusammenbruch der Firmen und zu steigender Arbeitslosigkeit.

Zombie-Firmen gibt es in allen Bereichen, sie treffen aber die Branchen besonders hart, die vom Abschwung besonders betroffen sind. Gerade bei den Autozulieferern, von denen es in Mitteldeutschland besonders viele gibt, ist nun das Ende des Aufschwungs spürbar. Die Autoindustrie leidet unter der Diesel- und Klimadebatte und sinkender internationaler Nachfrage. Auch der Wandel zur Elektromobilität macht vielen Autozulieferern zu schaffen. Gleichzeitig fehlen vor allem in Mitteldeutschland oft die über Jahrzehnte gewachsenen Familienbetriebe, die Schwächeperioden besser durchstehen können.

Langfristig kann das Sterben der Zombie-Firmen jedoch auch positive Aspekte haben und zu besseren Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt führen. Deshalb ist das Zombie-Sterben auch ein gesunder Prozess, der regelmäßig zu beobachten ist. Anfang der 2000er Jahre traf es das Baugewerbe, später fast die gesamte deutsche Solarindustrie. Beide Branchen haben sich relativ schnell wieder erholt. *Bodo Bost*

Wetterfahne

Von Erik Lommatzsch

Manfred Weber hat sich gerade wieder zu Wort gemeldet. Für diejenigen, die es schon vergessen hatten: Der CSU-Politiker war Spitzenkandidat der Europäischen Volkspartei (EVP) bei der Europawahl im Mai. Folgte man den großen Medien und seinem Parteiemfeld, so galt er als aussichtsreicher Anwärter auf die Nachfolge von Jean-Claude Juncker. Tatsächlich besetzt die EVP den Posten des neuen EU-Kommissionspräsidenten allerdings nicht mit Weber, sondern mit Ursula von der Leyen. Der Spitzenkandidat wurde mit seiner Wiederwahl als EVP-Fraktionsvorsitzender abgefunden.

Weber, um den es medial einige Wochen schon fast funktill geworden war, erklärte nun gegenüber der „Welt“, nur „ein Bündnis von Union und Grünen“ könne „die gesellschaftlichen Konflikte, die wir in Deutschland haben, befrieden“. Die Grünen hätten „eine große Wandlung vollzogen – von einer oftmals ideologisierten Partei zu einer Partei, die weiß, dass man in der Verantwortung steht“.

Jetzt umarmt Weber die Grünen überschwänglich. Was halten diese wohl von seinen Diskussionssendungsansagen vom November letzten Jahres, dass die EU-Außengrenzen umfassend geschützt werden müssten und von dem Satz: „Die illegale Migration nach Europa muss mit aller Härte bekämpft werden“? 2009 wollte er sogar noch zurück „zu den Wurzeln, zu den Tugenden, die die CSU über 60 Jahre stark gemacht haben“. Einverstanden wären die Grünen wahrscheinlich mit Webers Forderung vom Frühjahr, die AfD solle „kein Geld mehr erhalten aus europäischen

Töpfen“. Das wiederum entspricht auch ihrem Demokratieverständnis.

Sind da irgendwo Zusammenhänge erkennbar? Wohl weniger. Weber ist ein herausragendes Beispiel für einen bestimmten Politikertypus. Bei diesem werden die Ursachen von Handlungen und Verlautbarungen selten offenbar, nur eines ist ganz sicher: Innere Überzeugungen und Prinzipien gehören definitiv nicht dazu.

Fündig wird man bei der Suche nach Ursachen eher im Bereich persönlicher Karriereopportunitäten und der Gier nach – jeweils zeitgeistbedingtem – Beifall. Oder, für einen Politiker fast noch erschreckender, im Bereich einer ihm selbst nicht so recht bewussten Indienstnahme durch andere. Für Letzteres steht die EU-Spitzenkandidatur. Dass der in Regierungssämtern

unerfahrene Weber Präsident werden würde, hatte außer ihm selbst wohl kaum jemand geglaubt. Möglicherweise war er von Anfang an als „Platzhalter“ für eine andere Lösung im Falle eines Wahlsieges vorgesehen. Für Webers Persönlichkeit spricht die peinliche Art und Weise, in der er sich nahezu widerspruchsfrei in seine alte Position zurückstellen ließ. Der Frau, durch die er ersetzt wurde, konnte er gar nicht schnell genug öffentlich seine Unterstützung zusichern.

Wetterfahnen, die sich bei Bedarf auch einholen lassen, sind auf der politischen Bühne gar nicht so selten. Sie tragen erheblich dazu bei, dass der Wähler sich nicht ernst genommen fühlt und anderweitige Neigungen entwickelt, sobald ihm eine Alternative geboten wird.

Manfred Webers Opportunismus

T ränenfluss und hemmungslose Emotion vor den Vereinten Nationen, einer der Bühnen der Weltöffentlichkeit – das war der Auftritt der Greta Thunberg, Ikone der Klima-Bewegung und verkörperte Irrationalität im Dienste einer Sache, die sie als die Zukunft der Welt begreift. Man könnte sagen – ein junges, etwas zurückgebliebenes und offenbar gestörtes Mädchen hat solche Anwendungen, und das stimmt ja auch.

Es stellt sich die Frage, wer sie, wenn man denn gewusst hat, wie Greta funktioniert, vor die UN geschickt hat, damit sie dort ihr Inneres preisgibt. Wenn dieses Mädchen Angst und Panik predigt, ist das eine Sache, Merkmal ihres Zustandes, doch wenn sie damit auf tausendfachen Jubel trifft, dann liegt das Problem tiefer. Bei näherem Hinsehen wird man einer kühlen Strategie gewahr, die sich derselben Irrationalität bedient, die Greta kennzeichnet.

Es ist ein Handlungs-Duo aus überlegter Strategie und grenzenlosem Gefühlsüberschwang im Hintergrund, bei Gretas Regisseuren und Finanziers, erkennbar. Die Diskussion um das Klima hat sich mittlerweile zu einem Billionen-Geschäft entwickelt, klug geführt und basierend auf dem guten Willen besorgter Ahnungsloser. Dass die grundlegende Annahme der allgemein geltenden Theorie gegen zwei Hauptsätze der Thermodynamik verstößt, eines der Grundgesetze der Physik, und dass es ohne das als „Schadgas“ beschimpfte Kohlendioxid keinen Sauerstoff und damit kein Leben auf der Welt gäbe, spielt keine Rolle. Den Politikern ist es egal, die meisten Bürger wissen es nicht, und willfährige Wissenschaftler, ihrer Besoldung aus öffentlichen Geldern eingedenk, sehen darü-

Gegenwind



Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der PAZ. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

ber hinweg. Andere kommen ohnehin nicht zu Wort.

Was man also – an dem allzu prominenten Beispiel dargestellt – erlebt, ist eine Renaissance des Irrationalen. Die eine große Zahl von Vernunft hat für Menschen und in weiten Bereichen ihren Anspruch auf die Leitfunktion im abendländischen Denken verloren. Das Gemüt meldet sich mit ungeahnter Stärke zurück, und es ist nicht nur die Klimadebatte, in deren Verlauf dies deutlich wird.

Das Gemüt also und ein damit innig verbundenes und für den Erfolg unerlässliches Vehikel, nämlich die Taktik, Fakten aus ihren sachlichen Zusammenhängen zu lösen und in den Bereich des Moralisierens zu leiten. Naturwissenschaftliche Tatsachen, und seien sie in Bronze gegossen, können so mit einem scheinbar ethischen Verdikt belegt und so ihrer Anerkennung vor einer an der Nase entlang geführten Masse beraubt werden.

Das Moralisieren versteht sich als übergeordnete Instanz, die sich als dafür zuständig hält, der Vernunft ihre Grenzen aufzuweisen. Denn diese wird nur insofern als uneingeschränkt wirksam anerkannt, als sie nicht der Heilslehre widerspricht. Damit wird offenbar, dass

Je länger die EU an ihren Sanktionen gegen Russland festhält, desto mehr setzt sie sich den Negativfolgen ihrer Politik aus, und desto mehr treibt sie Russland in die Arme Chinas. Die Russen sind es längst leid, immer als Sündenbock herhalten zu müssen. Sie wenden sich von den in ihren Augen „unzuverlässigen“ Europäern ab.

Wie tief das Misstrauen der Russen gegenüber den West-Partnern ist, zeigt sich seit geraumer Zeit an der Hinwendung Russlands nach China und Indien. So Ende September, als Chinas Premierminister Li Keqiang seinen Amtskollegen Dmitrij Medwedjew in St. Petersburg besuchte. Angesichts der „Herausforderungen der gegenwärtigen internationalen und politischen Situation“, wie sie es nannten, beschlossen sie eine „strategische Partnerschaft, die

Wohlstand und Stabilität für die Region und die Welt bringen soll.

Was dies bedeutet, machten sie auch gleich klar: Russland und China verstehen sich als Wahrer der Chancengleichheit auf Grundlage der Welthandelsorganisation und der Vereinten Nationen (UN). Wladimir Putin betonte, China und Russland trügen als ständige Mitglieder des UN-Sicherheitsrats Verantwortung für die Wahrung des Multilateralismus und des Freihandels.

Angesichts des Handelsstreits zwischen China und den USA streben sie ein strategisches Gegengewicht zur Weltmacht USA an. Putin betonte, die Beziehungen zu China hätten in der russischen Diplomatie Priorität. Der

Kreml setzt auf China und Indien, Länder, die „keine aggressive Politik gegen Russland betreiben“.

Die geplante Zusammenarbeit betrifft viele Bereiche. Vor allem im Bereich Technik gibt es konkrete Ziele, etwa bei Innovationen, der landwirtschaftlichen Produktion, der digitalen Wirtschaft und im Internethandel. Im Gegensatz zu den USA setzt Russland beim 5G-Ausbau auf das chinesische Unternehmen Huawei.

In diesem Jahr gab es auch ein gemeinsames Militärmanöver mit China und Indien. An der Übung „Zentr-2019“ nahmen 128.000 Militärangehörige teil, darunter 1500 Chinesen.

Gefährlich für den Westen droht ein gemeinsames russisch-chinesisches Satellitenprojekt zu werden. Medwedjew und Li besprachen ein „interessantes Projekt“, bei dem es sich vermutlich um das „Sfera-Programm“ handelt, ein von Roskosmos entwickeltes Gegenprojekt zum europäisch-russischen Joint Venture „OneWeb“, das Internetzugang auch in entfernte Regionen bringen soll. Das Zusammenrücken Chinas und Russlands könnte das Ende der Kooperation Russlands mit Europa und den USA beim Satellitenanbieter „OneWeb“ bedeuten. Erst im Februar waren sechs von 648 geplanten Satelliten mit einer Sojus-Rakete ins All befördert worden. Im vergangenen Herbst hatte der russische Inlandsgeheimdienst FSB Bedenken geäußert, dass „OneWeb“ zu Spionagezwecken genutzt werde. Chinesische Partner hält der Kreml offenbar für vertrauenswürdig.



Kooperation mit EU und USA in Gefahr: Als Teil eines Joint Ventures beförderten russische Sojus-Raketen bisher europäische Satelliten ins All

Bild: pa

Eine Renaissance des Irrationalen

Von FLORIAN STUMFALL

der Siegeszug der Aufklärung eben doch kein weltumfassendes Gebrause war, sondern nur ein Lüftchen, das lediglich vereinzelt in Denkstuben geistig regsamer Leute durchweht. In den allermeisten Fällen sind die heute wirksamen Reste der Aufklärung eitle Attitüde und unter dem Vorbehalt des Modischen stehende Angleichung.

Schutz gegen eine politische Verführung durch kluge Strategen bieten diese Reste nicht mehr. Der Verstoß gegen sie ist Alltag: Wer Lotto spielt, handelt, mathematisch und im Lichte der Wahrscheinlichkeitsrechnung gesehen, unvernünftig, dasselbe tut, wer seine Gesundheit vernachlässigt oder beim Autofahren ein erhöhtes Risiko eingeht. Und auch jener, der heimlich sein Horoskop liest oder einer schwarzen Katze ausweicht, ist Jünger der Unvernunft. Das ist indes bei Weitem noch nicht alles.

Neben dem Glauben ans Horoskop gibt es New Age, Hexenwahn, Seancen mit Tischrücken und Schwarze Messen, es gibt Satanismus, hysterische Technikfeindlichkeit und den Triumph der Sekten; es gibt Okkultismus, Feng Shui, Orakel, Stein-Heilung, Esoterik, Wahrsagerei und Endzeitphilosophien. All dies ist eine Kampfansage an die Vernunft, und all dies bereitet das Feld für politische Rattenfänger.

Da man aber beobachten muss, wie die Vernunft ihre Allmacht einbüßt, erkennt man gleichzeitig, dass alle jene Grotes-

ken keinen Gegensatz zur modernen Welt mehr darstellen, sondern sich als zu ihren Bestandteilen gehörig erweisen. In einem solchen Umfeld fühlt man sich natürlich längst nicht mehr gehalten, eine vorgeblich naturwissenschaftliche Theorie an physikalischen Grundtheoremen zu prüfen und zu messen.

Anstelle der sachlichen Richtigkeit tritt der heiße Glaube, statt im Prüfen und Wägen übt man sich in moralischen Wertungen. Es ist, als hätte es die Aufklärung nicht gegeben, geschweige denn die Philosophie der Scholastik, in deren Zuge im 13. Jahrhundert Thomas von Aquin davor warnte, gegen den Augenschein zu argumentieren, und zur selben Zeit Roger Bacon das Experiment als Quelle der Erkenntnis einführte. Sie und andere Denker des Abendlandes werden nun entthront im Namen einer höheren Sittlichkeit, die zu ihrer Rechtfertigung keines Ausweises bedarf.

Vorbehaltlich aller notwendigen Bekennnisse zur Demokratie und ihren Segnungen drängt sich hier doch ein Wort Johann Wolfgang von Goethes auf: „Nichts ist widerwärtiger als die Majorität. Denn sie besteht aus wenigen kräftigen Vorgängern, aus Schelmen, die sich akkomodieren, aus Schwachen, die sich assimilieren, und der Masse, die

nachtröht, ohne nur im mindesten zu wissen, was sie will.“ Dieses Zitat ist wie maßgeschneidert aufs Klima-Thema anzuwenden: Die kräftigen Vorgänger – heute würde man Vorreiter sagen – sind die Strategen, bei den Schelmen ist die Mehrheit der Medien-Leute zu finden, die Schwachen sind die Politiker und der Rest besteht aus den Bürgern, denen entscheidende Einzelheiten vorenthalten werden und eine abweichende Meinung längst verboten ist.

Zur Klarstellung im Dienste der Demokratie wäre anzumerken: Dieses Goethe-Zitat ist nicht Ausdruck der Menschenverachtung, sondern Kritik an einer Konstellation und entspricht im Tiefsten der Rede Heraklits von „den Vielen“.

Was aber die Strategen angeht, so steht als prominentes Beispiel der frühere US-Vizepräsident Al Gore, der durch den Emissions-Handel ein Milliardenvermögen gescheffelt hat, ohne dass sich dadurch die Menge des Kohlendioxids auch nur um einen Kubikzentimeter verringert hätte. Dieser Emissionshandel, so sagen führende Politiker heute, und dazu gehört auch Bayerns Ministerpräsident Manfred Söder, habe sich bewährt und

müsse ausgebaut werden. Wenn die Klage über den Verlust der Vernunft in der Politik auch nur ein weiteres Beispiel gebraucht hätte – hier ist es.

Der von seinen Ängsten getriebene Mensch sucht nach Heil, aber längst tut er das nicht mehr bei Gott, sondern zunächst in seinem Inneren. Da er dort nicht fündig wird, irrt dann sein Blick und bleibt an denen haften, die ihn zum Opfer auserkoren haben. So wird er zur Verfügungsmasse für jene, welche die vielen Milliarden einschieben, die im Sinne des Klimas auszugeben sich die Politiker bemühen.

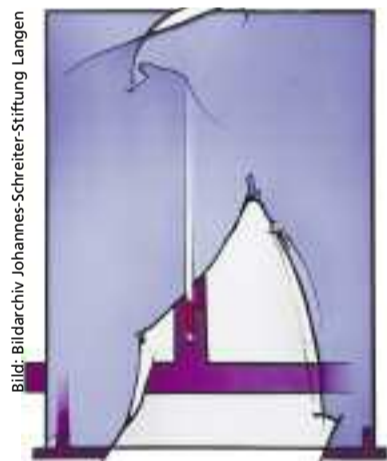
Der Autor: Florian Stumfall ist ein christsoziales Urgestein. Unter anderem war der 1943 geborene promovierte Politikwissenschaftler ein Vierteljahrhundert lang Redakteur beim „Bayernkurier“. In mehreren Büchern hat er das Zeitgeschehen aus konservativer Weltansicht aufs Korn genommen.

Glaskünstlers Lichtzeichen

Einer, der im Glashauss sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen. So besagt es eine Redensart. Damit wird jemandem zur Vorsicht geraten. Man kann Glas aber nicht nur in der Architektur verwenden. Glasmaler stellen farbige Fenster mit bildlichen Darstellungen her. Das durchscheinende Licht verleiht diesen Fenstern dann eine besondere Wirkung, was insbesondere an der Leuchtkraft der Farben und den Helligkeitsunterschieden liegt.

Die Glaskunst ist aber auch eine unterschätzte Kunstform. Sie steht im Schatten von Kunstformen wie Malerei, Bildhauerei und Architektur. Zu Recht? Wer sich einen Eindruck davon verschaffen möchte, wozu Glaskunst in der Lage ist, sollte eine Reise nach Linnich in den nordrhein-westfälischen Kreis Düren nicht scheuen. Dort gibt es mit der Firma Oidtmann nicht nur die älteste noch tätige Glasmalereiwerkstatt Deutschlands (es gibt das Familienunternehmen ununterbrochen seit 1857), auch das Deutsche Glasmalerei Museum ist als Spezialmuseum einzigartig in seiner Art. „Lichtzeichen Die Kunst von Johannes Schreiter“ heißt die Sonderausstellung, die dort noch bis zum 27. Oktober zu sehen ist.

Die Sonderausstellung stellt Person, Arbeitsweise und Werk des 1930 in Buchholz im Erzgebirge geborenen und heute in Hessen lebenden Künstlers gleichermaßen vor. Die Ausstellung zeigt Werke Schreiters aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sowie einige seiner Glasbilder aus dem beginnenden 21. Jahrhundert. Die Nähe zu biblischen und christlichen Themen ist dabei selbst für den künstlerischen Laien erkennbar –



Abstrakte Glaskunst: Schreiters „(Erste) Begegnung“

es geht um christliche Symbole, Figuren, das Leben und den Tod. Was auch nicht weiter verwunderlich ist – Schreiter ist selbst bekennender Christ.

Die Fenster vieler Kirchen hatten früher die Funktion, den lese- und schreibunkundigen Menschen des Mittelalters die biblischen Geschichten bildlich näherzubringen. Von diesem Ansatz hat sich die Glaskunst der Moderne inzwischen deutlich entfernt. Fast schon abstrakt ist die Motivgestaltung und lädt den Betrachter selbst zum Hinsehen und Interpretieren ein.

Was ist von einer solchen Ausstellung zu halten? Die Glasmalerei ist unter künstlerischen Gesichtspunkten durchaus sehenswert. Was Schreiter als Persönlichkeit anbelangt, hätte sicherlich mehr daraus gemacht werden können. Wie arbeitet ein Glasmaler? Wo sind Kunstwerke von Schreiter zu sehen? Wie sah wichtige Stationen seiner künstlerischen Entwicklung aus? Wer Antworten auf Fragen wie diese sucht, wird zu anderen Quellen greifen müssen. *Andreas Rüdiger*

Deutsches Glasmalerei Museum, Rurstraße 9–11, 52441 Linnich, geöffnet Dienstag bis Sonntag 11 bis 17 Uhr, Eintritt: 6 Euro, www.glasmalerei-museum.de

Barocker Sprachpolizist

Dichter und Bewahrer der deutschen Sprache – Philipp v. Zesen zum 400. Geburtstag

Die Republik habe Staatswesen zu heißen, die Tragödie Trauerspiel. Philipp von Zesen, der vor 400 Jahren geboren wurde, ersann einst diese und andere deutschen Wörter, mit denen er Fremdwörtern den Kampf ansagte.

Nachdem sich bis Anfang des 17. Jahrhunderts in Spanien, Frankreich, England und den Niederlanden eine eigenständige Kultur entwickelt hatte, deren Zeugnisse nachhaltig auf das zersplitterte Deutschland wirkten, gab es auch hier wachsende Bemühungen zur Ausprägung einer eigenen Nationalkultur und Hochsprache. Die „Fruchtbringende Gesellschaft“, die 1617 in Weimar gegründet wurde und die so etwas wie der erste deutsche Sprachverein war, repräsentierte diese Aktivitäten ungeachtet mancher Übertreibungen im besonderen Maße.

Mittendrin war ein Pfarrerssohn aus Anhalt, der sich selbst vor allem in der Nachfolge Martin Luthers als „Sprachreiner“ sah. Das war Philipp von Zesen. Aber der selbsternannte Sprachreformer war als herausragendes Mitglied der „Fruchtbringenden Gesellschaft“ weit mehr als das. Er vollbrachte während und nach dem Dreißigjährigen Krieg zudem besondere Leistungen als Übersetzer, der vieles aus der niederländischen Literatur ins Deutsche übersetzte, als Lyriker, der die Opitzschen Forderungen weiterentwickelte und darin der Nürnberger Dichtkunst zum Vorbild gedieh, und als Romancier, dem die eigenwilligsten Romane seines Jahrhunderts zu danken sind.

Mehr noch: Zesen hinterließ die „ersten bedeutenden deutschen Romane der Barockliteratur“ und erreichte damit bis in die Gegenwart eine gehörige Nachwirkung. Andererseits erntete er wegen seiner Übertreibungen als Sprachreformer zu Lebzeiten viel Spott und den Ruf einer „unseriösen Gestalt“.

Zesen wurde noch ohne Adelsprädikat am 8. Oktober 1619 in Priorau am westlichen Hochufer des Urstromtales der Mulde zwischen Raguhn und Dessau geboren. Sein Geburtsort wurde 1285 erstmals urkundlich erwähnt, gehörte bis 1815 als Exklave im Fürstentum Anhalt zum kursäch-

sischen Amt Bitterfeld, wurde nach dem Wiener Kongress aber Teil der preußischen Provinz Sachsen.

Zesens Vater war der Pfarrer von Priorau, versuchte sich nebenbei als Hobbydichter und orientierte seinen Sprössling schon früh auf eine Theologenlaufbahn. Die Mutter war eine Tochter von Zesens Amtsvorgänger im Pfarramt. Der Junge er-



Vorkämpfer für Reinheit der deutschen Sprache: Philipp v. Zesen

schloss sich die Muldelandschaft, die er später in seinen Dichtungen verarbeitet. Dann schickten ihn seine Eltern mit elf Jahren auf die Lateinschule in Halle/Saale. Hier kam er in die Obhut von Christian Gueintz, dem Rektor, der als Vorkämpfer für die Reinheit der deutschen Sprache entsprechende Schriften verfasste und auch Zesen prägte.

Es folgte das Studium in Wittenberg, wo sich der junge Mann allerdings analog zu Gueintz mehr für die Sprachwissenschaften und die Literatur interessierte. Er schloss sich August Buchner an, der als Professor wirkte, als Ästhetiker, Literaturtheoretiker sowie Lyriker deutsche Bekanntheit erlangte und die Lehren des schlesischen Dichters Martin Opitz in ein System brachte.

1641 erwarb Zesen den Magistergrad. Dazu verfasste er paral-

lel seine Poesielehre „Deutscher Helikon“. Sie erlebte viele Auflagen, sorgte für erste Bekanntheit und gilt bis heute nach dem Werk von Opitz als die „bekannteste Poetik der Barockzeit“.

Mit diesem Ersterfolg im Gepäck weilte Zesen 1641/42 in Hamburg. Er kam in Kontakt zu Johann Rist und dessen Kreis und war fortan lebenslang auf der Suche nach einer gutbezahlten

Bekanntheit und trug ihm wohl 1652 die Berufung nach Dessau ein, wo er der Fürstin Gedichte widmete und als Gesellschafter des verunglückten Fürsten Johann Casimir fungierte, der dann seine Erhebung in den Adelsstand betrieb. Sie erfolgte 1653 auf dem Reichstag in Regensburg.

Damit nicht genug genoss Zesen einige Jahre der Anerkennung, wurde kaiserlicher Hof- und Pfalzgraf, erhielt das Bürgerrecht von Amsterdam, wo er immer wieder lebte, und ein Ehrengeschenk der Hansestadt Hamburg. Aber zu einer Festanstellung reichte es nicht. Dafür unternahm er mit den spärlichen Einnahmen Reisen durch Deutschland, nach Frankreich und bis ins Baltikum, wo er in Riga vom schwedischen Statthalter ein Amt erhoffte. Vergeblich.

Letztlich blieb es beim oftmaligen Ortswechsel zwischen Hamburg und Amsterdam. Er verfasste Gedichte, Prosa, literaturtheoretische Abhandlungen, immer wieder Übersetzungen, eine „Beschreibung von Amsterdam“ und den Roman „Assenat“. Mit „Assenat“ schuf der Dichter eine „Variante des Staatsromans“, der die Geschichte Josephs in Ägypten beinhaltet. Zesen heiratete 1672 in zweiter Ehe eine Stader Bürgerstochter, die dann einen Textilhandel unterhielt, und ließ sich mit ihr dauerhaft für den Rest seiner Zeit in Hamburg nieder.

Er schien auch zwischendurch den Frauen sehr zugetan gewesen zu sein. Seine erotischen Gedichte und entsprechende Szenen in seinen Romanen lassen in dieser Hinsicht manches erahnen. Im Alter schließlich verewigte er mit viel Nostalgie seinen Geburtsort in „Priorau oder Lob des Vaterlandes“. Darüber starb der Dichter, der sich am Anfang als Sprachreformer in der Nachfolge des Reformators gesehen hatte, am 13. November 1889 in Hamburg.

Das Pfarrhaus in Priorau als Geburtshaus blieb erhalten und besitzt inzwischen eine Gedenktafel. Dazu gibt es einen Gedenkstein und einen Zesen-Wanderweg, der bis Raguhn führt. Den Linguisten ist Zesen noch heute lieb und teuer. So erscheint seit den 1970er Jahren eine mehrbändige Ausgabe seiner „Sämtlichen Werke“. *Martin Stolzenau*

Mr. Spock auf Koffein

Der Privatsender Sat1 startet neue Krimioffensive im Herbst – Hochkarätige Eigenproduktionen in »Tatort«-Manier

Nicht erst seit „Tatort“-Zeiten hat sich eine Erfolgsformel im Fernsehen bewährt: je ungleicher ein Ermittlerpaar, desto unterhaltsamer. So passen auch die Krimis des Wiener Autors Andreas Gruber, in denen ein kiffender Eisberg namens Snejder mit dem quirligen Emotionsbündel Nemez auf Täterjagd geht, perfekt ins TV-Format. Und so macht der Privatsender SAT1 mit der Gruber-Verfilmung „Todesfrist – Nemez und Snejder ermitteln“ am 7. Oktober um 20.15 Uhr den Auftakt zu einer Herbstreihe mit eigenproduzierten TV-Krimis.

In „Todesfrist“ gerät der Kriminalfall fast zur Nebensache. Ein Serienmörder tötet seine Opfer nach Motiven aus dem Kinderbuch „Der Struwwelpeter“. Das erinnert an den US-Thriller „Sieben“, in dem die Hollywoodstars Morgan Freeman und Brad Pitt einen Täter suchen, der von den sieben Todsünden inspiriert ist.

Abgehakete Daumen und dunkle Kellerverliese sorgen auch in

„Todesfrist“ für Gruselfaktor. Einer der Tatorte ist dabei die Münchener Frauenkirche, in der eine weibliche Leiche gefunden wird. Sie erstickte an einer großen Menge Tinte – eine Anlehnung an die „bösen Buben“ im „Struwwelpeter“.

Die Stars aber sind die beiden Ermittler. Als intuitiv agierende Kommissarin Sabine Nemez trifft Schauspielerin Josefine Preuß

auf den für das BKA tätigen holländischen Fallanalytiker und genialen forensischen Psychologen Maarten S. Snejder. Hier stelle man sich einen Mr. Spock vor, den man vom Raumschiff Enterprise herbeigebeamt hat und den man unter Koffein und Cannabis gesetzt hat. Raymond Thiry spielt dieses emotions- und humorlose Monster mit einem „kalten Leichenhallenlächeln“ (Gruber), das

alleine einen schon in Todesstarre versetzen kann.

Dieses Ermittlerduo macht durchaus Spaß auf mehr. Da passt es gut, dass Gruber vier weitere Nemez/Snejder-Krimis geschrieben hat, die nur darauf warten, verfilmt zu werden.

Nach Ausstrahlung von „Todesfrist“ kommen Preuß und Thiry in diesem Herbst erst einmal nicht mehr als Kommissare zum Einsatz. In der Folgeweche machen sie Sandra Borgmann Platz, die erneut als Julia Durant ermittelt. Hatte sie im SAT1-Krimiherbst vor einem Jahr in „Jung, blond, tot“ als Kommissarin debütiert, so setzt sie ihre Tätigkeit am 14. Oktober um 20.15 Uhr in „Kaltes Blut – Julia Durant ermittelt“ fort. Diesmal will sie das Verschwinden zweier 16-jähriger Mädchen aufklären. Wie schon bei „Todesfrist“ basieren die Filme auf einer Buchreihe. Autor Andreas Franz hat bereits 18 Julia-Durant-Krimis geschrieben. Da wartet viel Arbeit auf Borgmann, die später im Herbst mit „Mörderische Tage“

MELDUNGEN

Kollwitz in Köln und Straßburg

Köln – Mit der Ausstellung „Berliner Realismus. Von Käthe Kollwitz bis Otto Dix“ präsentiert das Käthe Kollwitz Museum Köln am Neumarkt 18–24 vom 10. Oktober bis 5. Januar mehr als 120 Werke – von Ölmalerei, Zeichnung und Druckgraphik über Plakatkunst und Fotografie bis hin zum Film – und spannt einen zeitlichen Bogen von den 1890er bis in die 1930er Jahre. Außerdem realisiert das Kölner Kollwitz-Museum mit mehr als 140 Leihgaben diesen Herbst die erste umfassende monografische Retrospektive von Käthe Kollwitz in Frankreich überhaupt. Die Werk-schau im Musée d'Art moderne et contemporain von Straßburg (MAMCS) zeigt vom 4. Oktober bis 12. Januar mit insgesamt mehr als 170 Exponaten einen Überblick über das gesamte künstlerische Schaffen der ostpreußischen Künstlerin. Grundlage ist der Straßburger Kollwitz-Bestand von etwa 30 Werken, die überwiegend bereits zu Lebzeiten der Künstlerin erworben wurden. Internet: www.kollwitz.de *tws*

Die Städte des Herrn Fontane

Neuruppin – Die Galerie am Bollwerk An der Seepromenade 10 in Neuruppin zeigt vom 27. September bis 3. November in der Ausstellung „Fontane und die Stadt“ einige Städte und Wohnorte aus Theodor Fontanes Leben. Gezeigt wird Fontanes Wirken unter anderem in Neuruppin, Swinemünde, London und Berlin. Internet: www.galerie-am-bollwerk.de *tws*

Philosophische Dreier-WG

Marbach – Mit „Hegel und seine Freunde“ geht das Deutsche Literaturarchiv vom 6. Oktober bis 16. Februar 2020 mit einer „WG-Ausstellung“ den großen philosophischen Fragen nach, die Hegel, Schelling und Hölderlin in ihrer gemeinsamen Tübinger Studienzeit beschäftigt haben. Internet: www.dla-marbach.de *tws*



Pirschens sich an den Serientäter heran: Snejder (Raymond Thiry) und Nemez (Josefine Preuß, r.)

Bild: SAT1/Petro Domenigg

Die Snejder/Nemez-Krimis von Gruber sind als Taschenbücher im Goldmann-Verlag erschienen.

Moskaus Handlanger: Die »Gruppe Ulbricht«

Wie die Gründung der DDR aus dem Kreml gesteuert wurde

Josef Stalin hatte einen Plan A: Zugriff nach dem Krieg auf ein vorerst neutrales Deutschland, Zugriff auf die Industriebetriebe an der Ruhr. Der Plan scheiterte. Stalin wechselte auf Plan B: Einsatz der „Gruppe Ulbricht“, in Moskau getrimmte Agitatoren, mit deren Hilfe die sowjetische Besatzungszone zum kommunistischen Vasallen gemacht werden sollte.

Bereits während des Zweiten Weltkrieges hatten die wichtigsten Kriegsgegner Deutschlands, die USA, Großbritannien und die Sowjetunion, in Jalta und Teheran das besiegte Reich aufteilen wollen. Sie konnten sich nicht einig werden. Erst nach der Kapitulation der Wehrmacht wurden bei der Konferenz von Potsdam im Juli 1945 Fakten geschaffen: Deutschland wurde in vier Besatzungszonen gestückelt, Berlin ebenfalls. Jede Siegermacht sollte in ihrer Zone nach eigenem Gutdünken in der Industrie demontieren dürfen. Ein Alliiertes Kontrollrat sollte die Verwaltung übernehmen.

Stalin operierte in der von der Sowjetunion besetzten Zone vorsichtig. Es durfte nicht erkannt werden, dass am Ende ein kommunistisches Regime nach Moskauer Vorbild stehen sollte. Daran arbeitete die Sowjetische Militäradministration, für die zeitweise 50 000 Mitarbeiter tätig waren.

Trotz dieses Masseneinsatzes fiel der „Gruppe Ulbricht“ eine tragende Rolle zu. Die Gruppe bestand aus zehn nach Moskau emigrierten Mitgliedern der Kommunistischen Partei. Sie waren geschult worden, Schlüsselpositionen zu besetzen. Stalin schickte sie kurz vor Ende des Krieges Richtung Deutschland. Ihr Auftrag lautete, die Sowjetische Militäradministration beim Aufbau eines „antifaschistischen“ Deutschlands zu unterstützen, die von den Nationalsozialisten zerschlagene Kommunistische Partei Deutsch-

lands (KPD) wiederaufzubauen und die politischen Voraussetzungen für die DDR zu schaffen. Walter Ulbricht, der spätere Staatsratsvorsitzende, führte die Gruppe an. Die zehn Männer landeten, aus Moskau kommend, mit einem Flugzeug am 30. April 1945 bei dem kleinen polnischen Dorf Kalawa. Es war eine schweigsame Gruppe, die Män-

ner sprachen weder während des Fluges noch bei der anschließenden Fahrt zu den Seelower Höhen über den Auftrag, erinnerte sich später Wolfgang Leonhardt. Mit 24 Jahren war er das jüngste Mitglied der Gruppe. Erst am Vorabend war ihm von Wilhelm Pieck gesagt worden: „Wir brechen nach Deutschland auf, und Du bist da-

in werden die Zielsetzungen für den Einsatz, so wie Wilhelm Pieck sie formulierte, zitiert: „Legende zerschlagen, dass Rote Armee das deutsche Volk vernichten oder zerschlagen will, Hitlerstaat vernichten, aber nicht deutsches Volk.“ So instruiert, wurde die Gruppe, zu der auch der spätere Außenminister Karl Maron und der spätere

Innenminister Otto Winzer gehörten, am 1. Mai in Bruchmühle bei Strausberg einquartiert. Dort befand sich das Hauptquartier der 1. Belorussischen Front. Und dort gab Ulbricht bei abendlichen Besprechungen seine Direktiven aus. Erste Aufgabe sollte es sein, so schildert es Leonhardt, in den zwölf westlichen Stadtbezirken ei-

Schlüsselposition des Stellvertretenden Bürgermeisters, denn „der macht die eigentliche Arbeit“. Und bei den Stadträten für Personal und Bildung, die seien in jedem Fall mit Kommunisten zu besetzen. Ulbricht gab die Devise aus: „Es muss demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben.“

de. Es ging immer – zur Tarnung gegenüber den West-Alliierten – um die Stärkung der antifaschistischen demokratischen Kräfte.“ Verstärkt wurde die Gruppe Agitation und Propaganda durch Kommunisten, die bis dahin im Zuchthaus Brandenburg eingesperrt waren. Unter ihnen war auch Erich Honecker. Für alle befreiten Genossen hatte Ulbricht Verwendung, nur für Honecker nicht. Der wurde wieder fortgeschickt.

Die Sowjetische Militäradministration ließ schon im Juni 1945 verschiedene Parteien, KPD, SPD, CDU und Liberal-Demokratische Partei Deutschlands (LDP), zu. Die KPD wurde bevorzugt gefördert. Dennoch, oder gerade deshalb, gelang es den deutschen Kommunisten nicht, zur stärksten politischen Kraft in der Besatzungszone zu werden. Sie gerieten sogar zunehmend ins Abseits. Die Sowjets setzten den Hauptkonkurrenten, die SPD, unter massiven Druck. Mit Bestechung, Täuschung und Zwang erreichten sie die Vereinigung von SPD und KPD zur SED. Trotz der Aufnahme neuer, kommunistisch geführter Blockparteien, reichte es bei der Wahl zum 3. Volkskongress im Mai 1949 über eine Einheitsliste nicht für eine ausreichende Mehrheit. Kurzerhand wurden durchgestrichene oder leere Wahlzettel als Ja-Stimmen gezählt. Nur so erhielt man eine Zustimmung von 66,1 Prozent. Der auf diese Weise „gewählte“ 3. Volkskongress bestätigte am 10. Mai die Verfassung der DDR. Zugleich setzte er den 2. Deutschen Volksrat als ständiges Organ der DDR ein. Am 7. Oktober 1949 wurde dann das Werk vollendet. Der 2. Deutsche Volksrat erklärte sich zur Provisorischen Volkskammer. Zugleich setzte er die Verfassung der DDR in Kraft. Somit war die Deutsche Demokratische Republik gegründet. Klaus J. Groth



Vor 70 Jahren auf seiner 9. Tagung im Großen Sitzungssaal der Deutschen Wirtschaftskommission: Der Deutsche Volksrat proklamiert die DDR und beschließt seine Umbildung zur Provisorischen Volkskammer

Bild: Bpk/Jochen Moll

ner sprachen weder während des Fluges noch bei der anschließenden Fahrt zu den Seelower Höhen über den Auftrag, erinnerte sich später Wolfgang Leonhardt. Mit 24 Jahren war er das jüngste Mitglied der Gruppe. Erst am Vorabend war ihm von Wilhelm Pieck gesagt worden: „Wir brechen nach Deutschland auf, und Du bist da-

in werden die Zielsetzungen für den Einsatz, so wie Wilhelm Pieck sie formulierte, zitiert: „Legende zerschlagen, dass Rote Armee das deutsche Volk vernichten oder zerschlagen will, Hitlerstaat vernichten, aber nicht deutsches Volk.“

So instruiert, wurde die Gruppe, zu der auch der spätere Außenminister Karl Maron und der spätere

ne Verwaltung aufzubauen. „Als Bürgermeister sollten wir möglichst einen Bürgerlichen am besten mit Dokortitel suchen. Dazu viele Sozialdemokraten („Die verstehen was von Kommunalpolitik.“) und Liberale sowie Techniker, Ärzte und auch einen Geistlichen.“

Die Methode Tarnen und Täuschen endete vorerst bei der

Am 8. Mai 1945, dem Tag der Kapitulation, nahm die „Gruppe Ulbricht“ in Berlin-Lichtenberg Quartier. Nun stellten sich neue Aufgaben, man brauchte neue Zeitungen, neue Rundfunksender, die ganze Bandbreite der Infiltration. Noch einmal Leonhardt: „Von Sozialismus oder Kommunismus war in den Besprechungen nie die Re-

Deutschlands erste Partei- und Fraktionsvorsitzende

Vor 50 Jahren starb Helene Wessel – Die »Mutter des Grundgesetzes« gehörte nacheinander dem Zentrum, der GVP und der SPD an

Als eine von nur vier Frauen im Parlamentarischen Rat war sie eine der wenigen „Mütter des Grundgesetzes“. Sie führte als erste Frau in Deutschland eine Partei und eine Fraktion. Mit ihren Überzeugungen haderte Helene Wessel nicht. Auch dies hatte zur Folge, dass die Politikerin im Laufe ihres Lebens drei Parteien angehörte.

Geboren wurde Helene Wessel am 6. Juli 1898 im später nach Dortmund eingemeindeten Hörde. Von Beginn an war die Orientierung am Katholischen maßgeblich für sie, dies sollte ein Leben lang so bleiben. Schon ihr Vater, der als Lokomotivführer 1905 tödlich verunglückte, war Mitglied der Zentrumsparterie. Wessel wurde nach der Handelsschule Sekretärin im Landesbüro Westfalen des Zentrums, 1919 trat sie dann auch selbst der Partei bei.

Um Jugend- und Wirtschaftsfürsorgerin zu werden, besuchte sie die „Wohlfahrtsschule Münster“. Die notwendigen Mittel brachte sie auf, indem sie ihre langjährig zusammengetragene Briefmarkensammlung opferte.

1928 erhielt Wessel, als jüngste Frau unter den Abgeordneten, ein Mandat im Preussischen Landtag. Vor allem die Sozialpolitik wurde hier ihr Feld. An der „Deutschen Akademie für soziale und pädagogische Frauenarbeit“ in Berlin qualifizierte sie sich abermals.

Die Idee eines „Bewahrungsgesetzes“, das die zwangsweise

Unterbringung von „Asozialen“ vorsah und letztendlich nie erlassen wurde, unterstützte sie, ebenso entsprechende Zwangssterilisationen. Hier finden sich Schnittmengen mit nationalsozialistischem Gedankengut, was ihr auch später immer wieder vorgeworfen wurde.

Ansonsten betrachteten die NS-Machthaber Wessel als politisch unzuverlässig. Bei der Abstimmung über das „Ermächtigungsgesetz“ im Preussischen Landtag hatte sie sich – nach eigenen Angaben – der Stimme enthalten. Während der NS-Zeit arbeitete sie in der Krankenhausverwaltung, übernahm ein Forschungsprojekt und bekleidete ab 1939 eine leitende Stellung bei der „Zentrale des katholischen Fürsorgevereins“ in Dortmund. Sie selbst erklärte später: „Ich habe mich sehr unsichtbar gemacht, um der Gestapo keine Angriffsflächen zu bieten.“

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges sagte sie, man dürfe sich der Verantwortung nicht entziehen, „vor allem, wenn man glaubt, damit auch als katholischer Mensch für die Aufgaben der Katholiken wirken zu können“. Im Herbst 1945 fand man Wessel im Kreis der Wiederbegründer der Zentrumsparterie, die sich 1933, um einem Verbot zuvorzukommen, selbst aufgelöst hatte. Der auf Zentrumstraditionen zurückgehenden Neugründung CDU, die auch Protestanten anzusprechen versuchte, machte sie sich nicht anschliefen. Hier meinte sie – nach den Worten

ihrer Biographin Elisabeth Friese – „zu viele reaktionäre Kräfte“ auszumachen. Das Streben nach sozialer Gerechtigkeit und Demokratie sah sie am ehesten im Zentrumsprogramm gegeben. Dieses neigte wirtschaftspolitisch nach links, neben Mitbestimmung und Mittelstandsförderung sprach man sich dort für die Möglichkeit von Enteignungen aus.



Auf der GVP-Gründungsversammlung 1952: Helene Wessel

Im Zentrum hatte Wessel eine Vielzahl von Positionen inne. Unter anderem saß sie im Zonenbeirat und später im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Zudem wurde sie Lizenzträgerin für eine zentrumsnahe Zeitung. Sie versuchte, der geringen Präsenz von Frauen in der Politik durch entsprechende Förderung entgegenzuwirken.

Ihre Partei entsandte sie in den Parlamentarischen Rat. In der Versammlung, die am 8. Mai 1949 das Grundgesetz verabschieden sollte, widmete sie sich unter anderem dem Ehe- und Familienrecht. Spott musste sie auch über sich ergehen lassen. Als sie ausführte, sie stehe „seit 20 Jahren in der Arbeit am unehelichen Kind“, erfolgte prompt der Zwischenruf: „Wann

ein. Wie viele andere hätte der CDU-Vorsitzende und Ex-Zentrumspolitiker Konrad Adenauer das Zentrum gern näher bei der Union gesehen, angeblich war sogar ein Ministeramt für Wessel im Gespräch – dies alles zerschlug sich. Sie selbst sah ihre Partei weit von der CDU entfernt. Im Oktober 1949 wurde sie Parteivorsitzende und übernahm auch den Fraktionsvorsitz. In beiden Positionen war sie die erste Frau in Deutschland. Ihre Differenzen mit der Union sollten sich bald weiter verschärfen. Bezüglich der unbedingten Ablehnung der Remilitarisierung folgte das Zentrum seiner Vorsitzenden nur zu Beginn. Wessel sah in der Bewegung der Bundesrepublik in Richtung NATO und in der einseitigen Orientierung am Westen eine Verfestigung der Spaltung Deutschlands. Dieser Linie folgend, wurde sie im November 1951 Mitbegründerin der „Notgemeinschaft für den Frieden Europas“, in der an führender Stelle auch der ehemalige CDU-Innenminister Gustav Heinemann tätig war. Angestrebt wurde ein neutrales Deutschland. Auf diese Weise sollte die Zustimmung der Sowjetunion, deren Sicherheitsbedürfnis man ja auch berücksichtigen müsse, zur Einheit erlangt werden. Einerseits fanden die Ideen der „Notgemeinschaft“ Anhänger, vor allem bei Intellektuellen. Andererseits stießen die Vorstellungen auch auf scharfe Kritik. Der Vor-

wurf lautete, man bediene die Sache der östlichen Gegenseite. Im März 1952 tonte es anlässlich eines Auftritts in West-Berlin: „In Moskau steht ein Sessel für Frau Helene Wessel!“

Von der Zentrumsparterie hatte sie sich entfremdet. Sie trat aus und gehörte anschließend zum Präsidium der Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP), die aus der Notgemeinschaft hervorgegangen war. Auch hier wirkte die „undogmatische Katholikin“, so die Biografin Friese, mit dem protestantischen Heinemann eng zusammen. Bei der Bundestagswahl 1953 erzielte die GVP allerdings nur 1,2 Prozent der gültigen Stimmen. Eine nicht unerhebliche Rolle spielte dabei, dass die GVP mit dem „Bund der Deutschen“ zusammenarbeitete, der im nicht unbegründeten Verdacht stand, von der DDR unterstützt zu werden.

1957 löste sich die GVP auf, es gab die Empfehlung, der SPD beizutreten. Neben Heinemann, der später Bundespräsident werden sollte, vollzog auch Wessel diesen Schritt. Wichtig für sie war, dass die Sozialdemokraten sich vom atheistischen Marxismus entfernt hatten. Über die SPD-Liste gelangte sie wieder in den Bundestag. Engagiert war sie nun gegen den „Atomtod“ und die „Notstandsgesetze“, übernahm aber, auch gesundheitsbedingt, keine herausgehobenen Parteiämter mehr. Am 13. Oktober 1969 ist sie in Bonn gestorben. Erik Lommatzsch

Justizirrtum oder Intrige?

Vor 125 Jahren begann mit der Verhaftung des jüdischen Generalstäblers Alfred Dreyfus die nach ihm benannte Affäre

„J'accuse ...! (Ich klage an ...!)“, schrieb der prominente Schriftsteller italienisch-französischer Herkunft Émile Zola 1898 in einem offenen Brief an Frankreichs Staatspräsidenten. Damit bezog er in einem aufsehenerregenden Justizskandal Stellung, der die Grande Nation bereits seit 1894 beschäftigte, nämlich die Verurteilung des Artillerieoffiziers Alfred Dreyfus wegen angeblicher Spionage für Deutschland.

Die Dritte Französische Republik weist gewisse Analogien zur Weimarer Republik auf. Beide waren Nachfolger eines Kaiserreiches. Beide Vorgängerstaaten waren in einem großen Krieg untergegangen, 1870 das bonapartistische Zweite Kaiserreich im Deutsch-Französischen Krieg, 1918 das hohenzollerische zweite deutsche Kaiserreich im Ersten Weltkrieg. In den Staatsapparaten beider Republiken gab es noch starke Kräfte, die dem gewesenen System hinterhertrauerten und deren Loyalität zum neuen begrenzt war. Die antideutschen Gefühle in der Dritten Republik standen den antifranzösischen in der Weimarer in nichts nach. Und wie die Weimarer war auch die Dritte Republik von Krisen geschüttelt.

Allerdings waren der Dritten Republik bei allen Analogien weitaus mehr Jahre vergönnt als die 14 der Weimarer Republik. Im 22. Jahr ihrer Existenz erschütterte sie der Panamaskandal. Mehr als die Hälfte des Geldes, das Anleger in das Kanalbau-Projekt investiert hatten, versickerte in dunklen Kanälen. Zu den Profiteuren gehörten dabei auch einige jüdische Bankiers, was zum Anschwellen des Antisemitismus in Frankreich führte. Aus all dem erwuchs eine hochbrisante innenpolitische Situation, in der schon der geringste Funke genügte, um das Pulverfass zur Explosion zu bringen. Und den lieferte dann 1894 die Affäre Dreyfus.

Seit 1891 verschwanden immer wieder wichtige Dokumente aus dem französischen Kriegsministerium beziehungsweise Generalstab. Dabei ging der 1871 als zweite Abteilung des Generalstabes gegründete und Deuxième Bureau (zwei-

tes Büro) genannte französische militärische Auslandsnachrichtendienst Section Statistique et de Reconnaissances Militaires davon aus, dass diese dem deutschen Militärattaché Maximilian von Schwartzkoppen zugespielt worden seien. Also setzte das Deuxième Bureau diverse Spitzel auf den preußischen Offizier an, von denen die Putzfrau Marie Bastian schließlich auch Erfolg hatte. Sie fand am 25. September 1894 in von Schwartzkoppen Papierkorb ein sogenanntes Bordereau, wie Verzeichnisse übergebener Dokumente damals hießen.

lung der neuen 75-Millimeter-Kanone abzulenken. Das freilich wussten nur ganz wenige Eingeweihte, die nun ungerührt zusahen, wie man der durch die Presse auf-

Dreyfus sofort ohne weitere Untersuchung ins Gefängnis Cherche-Midi. Nur wenige Wochen später stand er wegen Landesverrats vor dem Kriegsgericht in Rennes. Das

Der größte politische Skandal der Dritten Republik spaltete Frankreichs Gesellschaft

gescheuchten Öffentlichkeit einen Sündenbock präsentierte. Angesichts des damaligen politischen Klimas schien sich für diese Rolle keiner besser zu eignen als der er-

klärte ihn am 22. Dezember 1894 aufgrund diverser vom Deuxième Bureau manipulierter Beweise sowie eines dilettantischen graphologischen Gutachtens für schuldig

der sogenannten Teufelsinsel in Französisch-Guayana gefangen gehalten, während sein Fall in der Heimat immer größere Wellen schlug. Eine schnell wachsende Zahl von zumeist republikanischen Unterstützern Dreyfus' forderte die Wiederaufnahme des Verfahrens, weil sich mittlerweile herausgestellt hatte, dass das Bordereau ganz offensichtlich aus der Feder von Hauptmann Ferdinand Walsin-Esterházy stammte. Der musste sich im Januar 1898 dann auch vor dem Militärtribunal verantworten, wurde jedoch trotz erdrückender

burg Maurice Paléologue in seinen Memoiren sprach?

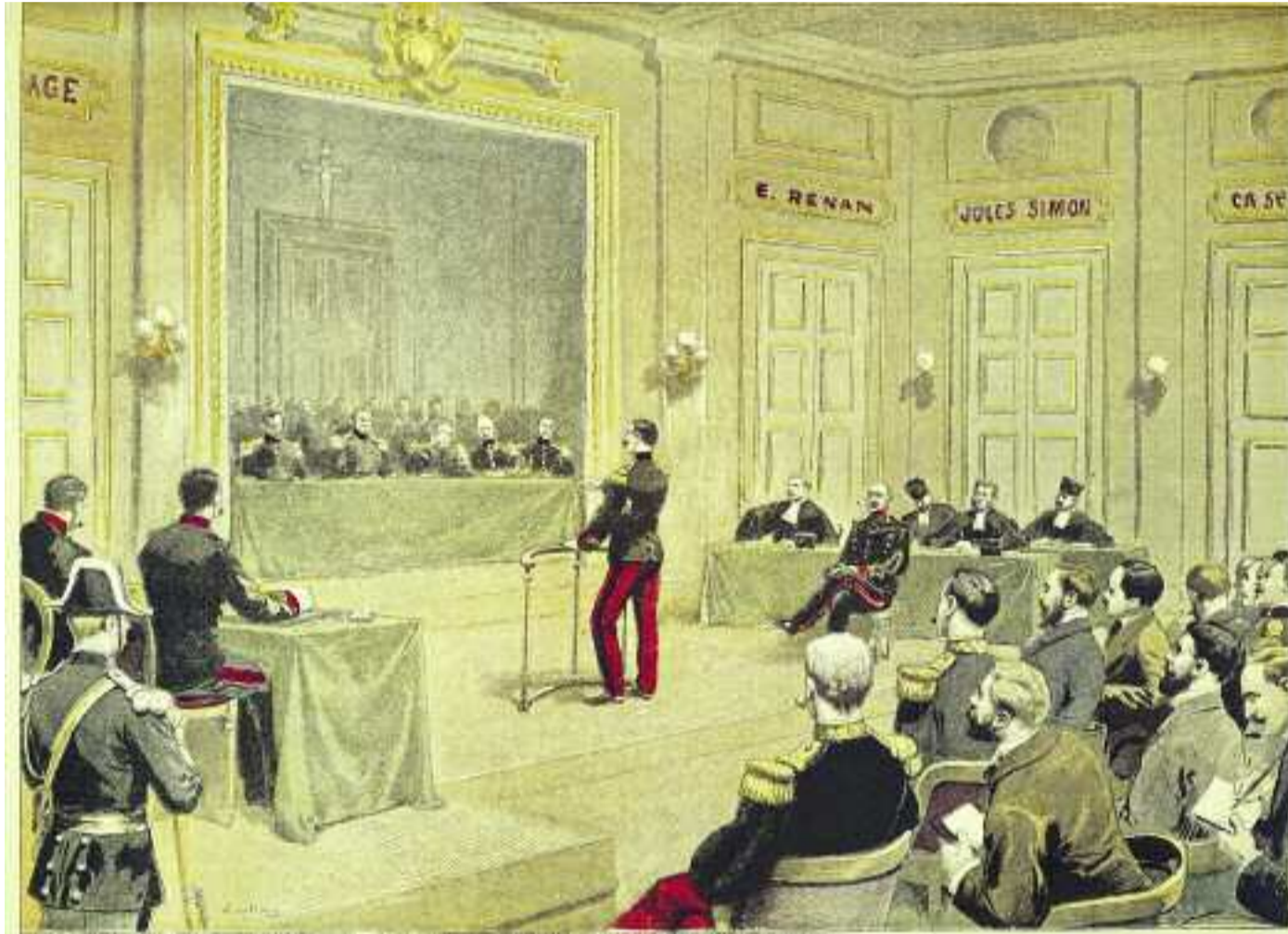
Auf jeden Fall kochte die Stimmung in Frankreich von Monat zu Monat höher, was am Ende zu einer sukzessiven Revision der Anklage gegen Dreyfus führte und die Militärführung in die Defensive drängte. Zuerst wurde das Strafmaß von 1894 am 9. September 1899 wegen „mildernder Umstände“ auf zehn Jahre Festungshaft reduziert, dann begnadigte der neue Staatspräsident Émile Loubet den Delinquenten aus „humanitären Gründen“. Und am 12. Juli 1906 rehabilitierte das Oberste Berufungsgericht Dreyfus schließlich sogar auf ganzer Linie. Anschließend kehrte dieser als Major in die Armee zurück und avancierte zudem noch zum Ritter der Ehrenlegion. Seine Karriere als Generalstabsoffizier konnte er trotzdem nicht fortsetzen. Im Ersten Weltkrieg kämpfte der nunmehrige Oberstleutnant freiwillig an der Front. Er starb 1935 an einem Herzinfarkt.

Die Dreyfus-Affäre war der größte politische Skandal der Dritten Französischen Republik. Sie führte zur tiefen Spaltung der französischen Gesellschaft. Auf der einen Seite standen all jene, die das Ganze als antirepublikanisches Komplott von Militär, Justiz und katholischem Klerus ansahen, auf der anderen Seite die, welche von einer okkulten jüdisch-protestantischen Verschwörung gegen Frankreich ausgingen und gnadenlose Vergeltung forderten. Hieraus resultierte eine kollektive Hysterie, deren Nachbeben teilweise bis heute spürbar sind. So schrieb der österreichisch-ungarische Publizist Theodor Herzl unter dem Eindruck der antisemitischen Stimmung in Frankreich sein wirkmächtiges Buch „Der Judenstaat. Versuch einer modernen Lösung der Judenfrage“, mit dem er quasi das Ur-Manifest des modernen Zionismus vorlegte und den Weg für die Gründung des Staates Israel bereitete. *Wolfgang Kaufmann*

Zur Affäre kommt in Kürze ein Historiendrama von Roman Polanski mit dem Titel „J'accuse“ in die Kinos.

Vor dem Kriegsgericht in Rennes, das ihn am 9. September 1899 mit fünf zu zwei Richterstimmen ein zweites Mal des Landesverrats schuldig sprach, allerdings mildernde Umstände gegeben sah und sein Strafmaß auf zehn Jahre verkürzte: Alfred Dreyfus

Bild: akg-images



Dieses listete höchst geheime französische Unterlagen auf, die der Attaché erhalten zu haben schien.

Nach Recherchen des französischen Historikers Jean Doise in den 1990er Jahren war hier aller Wahrscheinlichkeit nach ein Doppelpagent am Werke gewesen, der die Gegenseite mit Falschinformationen über die französische Artillerie versorgte, um so von der Entwick-

ste und einzige jüdische Offizier im französischen Generalstab, Alfred Dreyfus.

Der Artilleriehauptmann wurde am 15. Oktober 1894 in das Dienstzimmer des Generalstabschefs, Generalmajor Raoul Le Mouton de Boisdeffre, beordert, wo er eine Schriftprobe abgeben musste. Weil diese angeblich mit der Schrift des Bordereau identisch war, wanderte

und verurteilte ihn zur Höchststrafe, lebenslanger Haft, Verbannung und Degradierung. Letztere erfolgte am 5. Januar 1895 in aller Öffentlichkeit auf dem Hof der École Militaire. Dabei forderte ein Teil der aufgepeitschten Volksmassen nicht nur Dreyfus' Tod, sondern den aller Juden.

Vom 13. April 1895 bis zum 9. Juni 1899 wurde der Verurteilte auf

Beweislage freigesprochen, was klar auf eine Verschwörung hindeutet. Walsin-Esterházy machte später geltend, er habe im Auftrage seiner Vorgesetzten gehandelt – und das entspräche auch der Wahrheit, wenn er der Doppelagent gewesen war. Oder gab es tatsächlich noch jenen großen Unbekannten, von dem beispielsweise Frankreichs früherer Botschafter in St. Peters-

Die erste Präsidentin eines frei gewählten Parlaments

Vor 100 Jahren wurde Annemarie Renger geboren – Der Brandtsche Linksschwenk ihrer Partei war nicht mehr ihrer

Wenn die erste „Miss Bundestag“ auch viel Sinn für Stil und Etikette hatte sowie für Luxusprodukte wie Sportwagen und schicke Kleidung, so entstammte sie doch einer zutiefst sozialdemokratischen Familie. Beide Elternteile waren SPD-Mitglieder. Der Vater, ein gelernter Tischler, war Stadtrat in Annemarie Rengers Geburtsstadt Leipzig und Chefredakteur der „Arbeiter-Turnzeitung“. Nach dem Umzug der Familie in die Reichshauptstadt 1924 übernahm er die Geschäftsführung der Zentralkommission für Arbeitersport- und Körperpflege. Sein und seiner Ehefrau am 7. Oktober 1919 geborenes fünftes Kind wusste schon früh, was es wollte. Laut Annemarie Rengers eigener Aussage wollte sie schon als Zehnjährige Parteisekretärin werden. Erst lief auch alles ziemlich gut. Mit einem Schulstipendium besuchte sie das staatliche Augusta-Lyzeum.

Doch dann kamen 1933 die Nationalsozialisten an die Macht und sie verlor das Stipendium. Sie wich in eine Verlagskaufmannslehre aus, die sie mit der Kaufmannslehre abschloss und in deren Anschluss sie sich

als Angestellte in verschiedenen Funktionen durchschlug. Sie heiratete 1938, bekam einen Sohn und verlor im Zweiten Weltkrieg ihren Mann wie auch drei ihrer vier Brüder. Es sollte nicht der letzte Schicksalsschlag sein. Ihr 1966 geheirateter zweiter Mann starb 1973, und zehn Jahre vor ih-



Annemarie Renger

rem eigenen Tod am 3. März 2008 musste sie auch noch den Tod ihres Sohnes miterleben. Der starb jedoch wenigstens nicht kinderlos, und so wohnte sie zuletzt mit einer Enkelin, deren Ehemann und deren Kindern zusammen.

Politisch ging es mit Annemarie Renger nach dem Ende der Herr-

schaft der Nationalsozialisten, die ihre Schullaufbahn so jäh unterbrochen hatten, steil bergauf. Die zum gewerkschaftsnahen, anti-kommunistischen, rechten Flügel der SPD gehörende spätere Bewunderin von Helmut Schmidt begeisterte sich für Kurt Schumacher, als sie in der Lüneburger Heide, wohin sie mit ihrem Sohn evakuiert worden war, von dessen Arbeiten am Wiederaufbau der SPD in den Westzonen hörte. Sie wurde seine Sekretärin, Reisebegleiterin, Krankenschwester, Haushälterin und Vertraute

Nach dem Tode des SPD-Parteiu- und -Fraktionschefs 1952 ging sie 1953 selber in den Bundestag. In Partei und Fraktion machte sie Karriere. 1961 wurde sie Mitglied des SPD-Parteivorstandes, 1969 Vorsitzende des Bundesfrauen-ausschusses der SPD, 1969 parlamentarische Geschäftsführerin der SPD mit Zuständigkeit für Finanzen, Personal, Ausschussbesetzung und die Präsenz in der Fraktion sowie 1970 schließlich Mitglied des SPD-Präsidiums.

Die Bundestagswahl 1972 ermöglichte ihr den Griff nach dem zweithöchsten Amt im Staate. 45,8 Prozent der Stimmen verschafften der SPD erstmals die

größte Fraktion im Bundestag und damit das Recht, den Bundestagspräsidenten zu bestimmen. Renger ließ sich nicht erst bitten, sondern schlug sich selber vor. „Glauben Sie, man hätte mich sonst genommen?“, lautete ihr Kommentar zu diesem eigentlich wenig damenhaften Vorpreschen.

Eleganz schloss bei Renger Machtbewusstsein nicht aus. „Der Bundestag ist kein Mädchenpensionat, in dem alles so gesittet zugeht“, lautete einer ihrer diversen überlieferten Sprüche. Vielleicht ist die Mischung aus Eleganz und Machtbewusstsein gar nicht unvorteilhaft für einen Parlamentschef. „Ich habe in dieser Zeit erreicht, was ich wollte. Es ist bewiesen, dass eine Frau das kann“, sagte die erste deutsche Bundestagspräsidentin im Anschluss an ihre Amtszeit – und niemand wird bezweifeln, dass sie den Beweis erbracht hat.

Dass sie 1976 den Chefsessel räumen musste, lag weniger an ihr als am Wähler. Denn Letzterer machte von 1976 bis 1994 die Fraktion der Union zur stärksten und verschaffte ihr damit das Recht, den Bundestagspräsidenten zu stellen. Renger musste sich mit dem Stellvertreterposten be-

gnügen, ein Posten, den ihr aber bis zu ihrem Auszug aus dem Bundestag niemand streitig machte. Ihr direkter Nachfolger als Bundestagspräsident wurde Carl Carstens.

Als Opfergang muss man ihr Duell im Jahre 1979 mit Carstens um das Amt des Bundespräsidenten interpretieren. Sie war chancenlos. Nachdem sich die Union für einen eigenen Kandidaten entschieden hatte, hatte Bundespräsident Walter Scheel wohlweislich auf eine Kandidatur für eine zweite Amtszeit verzichtet. Die Chancen der SPD-Kandidatin Renger waren noch geringer, als es die Scheels gewesen wären, da die FDP sich in der Bundesversammlung enthielt. Hier erwies sich der Zählkandidat Renger als Parteisolat, eine Niederlage mit Ansage.

Die lange Amtszeit im Präsidium des Bundestages sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Machtbasis der rechten Sozialdemokratin schon bald nach dem Erreichen des Höhepunktes ihrer politischen Karriere mit der Wahl zur Bundestagspräsidentin zu erodieren begann. 1973 schied sie aus Präsidium und Bundesversammlung ihrer Partei aus. Die Partei wurde zunehmend linker und sie

nicht. 1981 sammelte sie Unterschriften für die „Thesen zur Identität der Sozialdemokratie“ des ebenfalls zum rechten Flügel zählenden Parteifreundes Richard Löwenthal. Im darauffolgenden Jahr forderte sie „alte Tugenden“ wie „Disziplin statt eines chaotischen Individualismus und Egoismus“ sowie „Einheit der Organisation statt des Extrawillens mancher Arbeitsgemeinschaften“.

Bei ihren letzten beiden Wahlen in den Bundestag 1983 und 1987 bewarb sie sich vergebens um die Aufstellung als Direktkandidat. Nur noch über die Landesliste gelangte sie ins Parlament. Bei der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 trat sie nicht mehr an.

Manuel Ruoff

Aus Anlass des 100. Geburtstags von Annemarie Renger gibt das Bundesfinanzministerium eine Briemarke über 1,55 Euro heraus. Umrahmt von zwei schmaleren Bildern, die sie in früheren und späteren Jahren zeigen, ist sie auf dem zentralen Bild zu sehen, wie sie dem weggeschnittenen Parteifreund und damaligen Bundesjustizminister Hans-Jochen Vogel im Bundestag wenig damenhaft den Vogel zeigt.

Wie das Netz unser Hirn prägt

Verdummt uns das Internet? Manche Forscher schlagen Alarm, andere bleiben gelassen

Gehirnforscher schlagen Alarm: Das Internet drohe uns alle zu verdummen! Begriffe wie „Digitale Demenz“ machen die Runde. Doch wie berechtigt sind solche Warnungen? In seinem Buch „Wer bin ich, wenn ich online bin ... und was macht mein Gehirn solange?“ behauptet der US-Autor Nicholas Carr, dass die Nutzung des Inter-

sich längere Zeit auf eine einzige Aufgabe zu konzentrieren, wie beispielsweise auch der Regensburger Neurologe und Psychiater Volker Busch bestätigt. Schuld hieran sind insbesondere die Ablenkungen durch Verlinkungen in den Internettexten. Hier muss das Gehirn nämlich jedes Mal in Sekundenbruchteilen entscheiden, ob der Link es wert ist, geöffnet zu werden, woraus ständige Unterbrechungen des Lektüre- und Verarbeitungsprozesses resultieren.

Ebenso kritisch sieht der renommierte Gedächtnisforscher Martin Korte das Internet. Der Mensch habe inzwischen die Gewohnheit entwickelt, keine nennenswerten Anstrengungen mehr zu unternehmen, um wichtige Informationen im Langzeitgedächtnis abzuspeichern. Es reiche ihm, wenn er sich merken könne, auf welchem Wege er das Wissen im Internet finde.

Außerdem nehme auch die Kapazität des Arbeitsgedächtnisses fortschreitend ab: Die durchschnittliche Speicherdauer von Informationen zwecks kurzfristiger Verarbeitung betrage nicht mehr 15 Sekunden wie vor eini-

gen Jahrzehnten, sondern lediglich noch elf Sekunden. Wie Carr sieht Korte deswegen die Möglichkeit, dass der Mensch zunehmend aus dem Komplexen ins Einfache flüchte. Und das berge dann unter anderem Risiken fürs Mitdenken in der Politik und stelle somit eine ernst zu nehmende Gefahr für die Demokratie dar.

Andererseits betonen die Fachleute aber auch fast einhellig, wie anpassungsfähig und formbar unser Gehirn sei: Seit Anbeginn der Menschheit habe es sich ständig auf neue Gegebenheiten einstellen müssen und diese Aufgabe bisher stets bravurös gelöst. Das werde jetzt nicht anders sein. Eine Bestätigung dessen liefern die Experimente des Psychiaters und Altersforschers Gary Small von der Universität von Kalifornien in Los Angeles.

In diesen wurde nachgewiesen, dass sich bestimmte Stirnlappengebiete der Großhirnrinde, das heißt insbesondere der dorsolaterale präfrontale Cortex, bereits nach nur fünf Tagen intensiver Internetnutzung verändern. Damit wiederum verbessert sich die Fähigkeit zum strategischen Den-

ken und Treffen von Entscheidungen sowie auch zum Multitasking und zur schnellen Bildverarbeitung. Ja, die Nutzung des Internets verlangsamt sogar das kognitive Altern beim Menschen.

Mit anderen Worten: Den Nachteilen für das Gehirn stehen unbestreitbare Vorteile gegenüber. Deshalb raten Experten wie der

Nachteilen stehen aber auch Vorteile gegenüber

Berliner Psychiater Jan Kalbitzer zu mehr Gelassenheit. Und tatsächlich sollten wir unserem Denkkörper doch einfach eine Eingewöhnungszeit gönnen und auf unnötige Dramatisierungen verzichten! Halten wir es wie die Sumerer und Ägypter, als anlässlich der Einführung der Schrift und der damit einhergehenden Zurückdrängung des Mündlichen im 4. Jahrtausend vor Christi in vergleichbar alarmistischer Weise geklagt wurde.

Wolfgang Kaufmann



Moment der Woche

Einem sibirischen Tiger fiel kürzlich ein Jäger in der Region Chabarowsk zum Opfer. Der Mann befand sich mit seinem Sohn auf der Jagd. Als die beiden mit ihrem Boot am Ufer anlegten und durch hohes Gras an Land gingen, griff der Tiger

den Vater plötzlich an. Die Jäger hatten das Tier offenbar beim Fressen eines Rehs gestört. Der Sohn konnte den Tod des Vaters nicht verhindern. Er erschoss daraufhin das streng geschützte Tier.

Sibirische Tiger sind vom Aussterben bedroht. In freier Wild-

bahn leben heute weniger als 500 Tiere. Sie leben im Fernen Osten Russlands und den angrenzenden Gebieten Nordkoreas und Chinas.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion bedrohten Wilderer den Bestand, da Tigerfelle und -knochen hohe Gewinne ein-

brachten. Seit einigen Jahren nehmen russische Behörden und Umweltschützer den Tigerschutz ernst. Um zu klären, ob es sich um Notwehr oder um Wilderei handelt, kommen forensische Gutachten vor Gericht zum Einsatz. **MRK**

Sibirischer Tiger tötet einen Jäger

Der Hass-Vorwurf erstickt die Freiheit

»Hetzer«, »Spalter«, »Nazi«: Statt mit Argumenten zu kontern, wird Opposition mit maßlosen Kampfpapieren niedergemacht

Bereits seit einigen Jahren ist er in aller Munde. Neben dem Klimawandel gilt er als eines der größten Übel unserer Zeit. Für einige ist er gar ein Verbrechen. Die Rede ist vom Hass.

Der Hass soll die Gesellschaft spalten und sogar für zahlreiche Straftaten verantwortlich sein. Zu seiner Bekämpfung verabschiedete der Bundestag 2014 eigens ein Gesetz gegen Hasskriminalität. Auch das vom damaligen Justizminister Heiko Maas (SPD) initiierte Zensurgesetz von 2017 wurde mit seiner Eindämmung gerechtfertigt. In der Begründung des Regierungsentwurfes tauchte der Begriff „Hass“ daher nicht weniger als insgesamt 47 Male auf.

Unvoreingenommenen Beobachtern ist dabei relativ früh klar geworden, dass diese Initiativen keineswegs darauf abzielen, allgemein den Umstand zu ächten, dass wohl die allermeisten Menschen tiefsitzende Gefühle der Abneigung gegenüber bestimmten anderen Menschen empfinden. Vielmehr geht es hier relativ eindeutig darum, das zunehmende Aufbegehren gegen den politischen Mainstream zu kriminalisieren.

Als hasserfüllt gilt dem Gesetzgeber daher beispielsweise auch nicht, wer seinem Nachbarn seit Jahren in inniger Feindschaft verbunden ist und dies beständig äußert, sondern nur derjenige, der seine tatsächliche oder nur vermeintliche Ablehnung bestimmter besonders geschützter Minderheiten allzu deutlich zum Ausdruck bringt. Dabei ist es mittlerweile ausreichend, wenn jemand lediglich auf einzelne Missstände hinweist, die von Angehörigen solcher Minderheiten verursacht wurden.

So hatte 2018 ein Facebook-Nutzer in dem sozialen Netzwerk einen Beitrag aus der Presse kommentiert, in dem über die Ermordung eines Offenburger Arztes durch Erstechen und die anschließende Festnahme eines tatverdächtigen Mannes berichtet wurde. Die Nationalität des Täters wurde in den Medien zunächst – wie üblich – unterschlagen. In Anlehnung an ein dem vormali-

gen SPD-Vorsitzenden Martin Schulz zugeschriebenes Zitat, in dem dieser behauptet haben soll, dass das, was die „Flüchtlinge“ uns brächten, wertvoller als Gold sei, stellte der Kommentator die bloße Frage: „So, so, ein ‚Mann‘ ... Messermord ... Goldstücke ...?“. Facebook sperrte daraufhin seinen Account.

Das Landgericht Bremen bestätigte vor einigen Wochen die Entscheidung der Zensurabteilung des US-amerikanischen Konzerns. In ihrem Urteil stellten die Richter fest, dass die Bezeichnung „Goldstücke“ im Zusammenhang mit Asylsuchenden ein Fall von Hassrede sei. Für den unterlegenen Kläger dürfte es dabei nur wenig tröstlich gewesen sein, dass er wenigstens mit seiner ersten Vermutung Recht behalten sollte, denn der Messermörder war tat-

sächlich ein 2015 illegal eingereister Somalier.

Das Urteil aus Bremen wird auf den Berliner Regierungsbänken Wohlgefallen ausgelöst haben, war es doch das erklärte Ziel des von dort aus auf den Weg gebrachten Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG), neue Möglichkeiten zu schaffen, die freie Meinungsäußerung auch unterhalb der in Deutschland ohnehin schon recht tief hängenden Strafbarkeitsgrenze stärker zu ahnden.

Vielmehr als in Straf- und Zensurgesetzen ist Hass jedoch ein wichtiges Attribut im medialen Betrieb geworden, mit dem sich politische Opponenten trefflich zunächst stigmatisieren und dann gänzlich ausschalten lassen. Wer aus Hass handelt oder redet, der ist schließlich von einem absolut

destruktiven Gefühl durchdrungen. So jemand denkt nicht mehr rational und wenn doch, dann jedenfalls nur mit den übelsten Absichten.

Für solche Personen hat der politische Mainstream noch eine weitere und ebenso hohle Zuschreibung ersonnen, den sogenannten „Menschenfeind“. Der Zweck, der mit einer solchen Etikettierung verfolgt wird, ist relativ simpel, denn wessen Motiv Menschenfeindlichkeit ist, auf dessen Argumente muss man nicht eingehen, der muss inhaltlich nicht widerlegt werden, und eigentlich darf man ihm gar nicht erst zuhören, könnte dieser diabolische Virus dann doch möglicherweise überspringen und einen selbst mit Hass infizieren.

Die Erfindung derartiger unbestimmter Phantombegriffe wie

„Hassrede“ oder „Hasskriminalität“ ist daher faktisch eine Strategie zur Diskursunterdrückung, ähnlich wie der Nazivorwurf, der aufgrund seines bisher allzu inflationären Gebrauches heute etwas in den Hintergrund gerückt ist. Da die Bundesrepublik Deutschland jedoch formal als pluralistische Demokratie mit einem grundgesetzlich verbrieften Recht auf freie Meinungsäußerung verfasst ist und das herrschende Establishment nicht müde wird, genau diesen Umstand bei jeder sich bietenden Gelegenheit besonders zu betonen, steht es zugleich vor der Herausforderung, die gewollte Beschneidung von politischen Debatten nicht als solche offenbar werden zu lassen.

Ist der Austausch von unterschiedlichen Ansichten eigentlich eine zwingende Voraussetzung dafür, um überhaupt von einer freien und demokratischen Gesellschaft zu sprechen, müsste man ansonsten eingestehen, dass man längst gar kein derart konstituiertes Gemeinwesen mehr sein will und auch keines mehr werden möchte. Aus dieser Zwickmühle versucht man nun dadurch zu entkommen, dass man Kritiker als von Hass zerfressene Hetzer und somit als von unlauteren, gemeinschaftsschädlichen Motiven beseelte Subjekte darstellt. Funktionell gleicht diese Etikettierung der im offiziellen Stasi-Jargon für Oppositionelle gebräuchlichen Bezeichnung als „feindlich-negative Personen“.

Die Parallelen zur untergegangenen DDR werden noch an einer anderen Stelle deutlich, denn das heute die politische Kultur in Deutschland dominierende Spitzenpersonal hat sich in seinem moralischen Rigorismus soweit von der Alltagswelt des normalen Bürgers entfernt, dass die Umdeutung von Kritik in Hass oder Hetze vor allem als Mechanismus zur Immunisierung der eigenen Ideologie gegenüber der Realität dient. Wer den Deutschen als Ausweg aus einer explodierenden Immigrantengewalt den lebensfremden Rat zur Einhaltung einer Armlänge Abstand erteilt, der ist

zwingend auf diese Form des Selbstbetruges angewiesen, wo sich doch zwischenzeitlich selbst der Abstand von einer Schwert- oder einer Armlänge als nicht mehr hinlänglich erwiesen hat.

In dieser Abschirmung vor der Wirklichkeit liegt dabei eine weit aus größere Gefahr als in der bloßen Unterdrückung anderer Meinungen. Wer Kritik als Hass und Kritiker als Hetzer abtut, der begibt sich der Möglichkeit zur eigenen Kurskorrektur und wird schnell zum politischen Geisterfahrer. Eine Lösung der eigentlichen Probleme wird damit nahezu unmöglich.

Die Stigmatisierung erinnert an den Jargon der Stasi

Ginge es dem Mainstream zudem wirklich um die Eindämmung von Hass, ist die derzeit verfolgte Strategie von Stigmatisierung und Ausgrenzung nicht nur als wenig erfolgversprechend zu bewerten. Sie ist vielmehr geradezu eine Garantie dafür, dass die gesellschaftlichen Gräben sich weiter vertiefen und die Ablehnung aufseiten der als „Menschenfeinde“ Gebrandmarkten noch rascher anwächst.

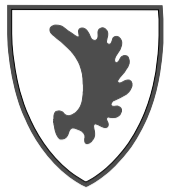
Hass gilt in der Wissenschaft allgemein als emotionale Reaktion auf tiefgreifende oder langanhaltende Verletzungen, die der Betroffene weder abzuwehren noch zu bestrafen vermag. Wer die ausgrenzende Rhetorik des politisch-medialen Establishments vor dem Hintergrund dieser psychologischen Definition länger auf sich wirken lässt, der gelangt zu sehr erhellenden Einsichten über den Zustand unserer Demokratie.

Ein Umdenken scheint hier nicht in Sichtweite zu sein. Was heute aus Kritikunfähigkeit, Bequemlichkeit und aus Gründen der Machterhaltung nur als Hass verleumdet wird, könnte daher im schlimmsten Falle tatsächlich recht bald in Hass umschlagen. **Dirk Pelster**



In Wahrheit gegen die Meinungsfreiheit: „Anti-Hass“-Demonstranten

Bild: pa



MELDUNGEN

Handelskammer vor Schließung

Königsberg – Die Handelskammer Hamburg hat laut dem Portal „Nowyj Kaliningrad“ beschlossen, ihre Niederlassung in Königsberg zu schließen. Zur Begründung werden finanzielle Gründe angeführt. Deutsche Unternehmen hätten Angst, in Königsberg zu investieren. In den vergangenen 25 Jahren hatte die Handelskammervertretung viele große, mittlere und kleine Unternehmen bei der Gründung, Fragen zu Betriebsabläufen und Leitung ihrer Niederlassungen unterstützt. Dieter Stein, der Leiter der Handelsvertretung, wird weiterhin in Königsberg tätig sein, um bei der Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und dem nördlichen Ostpreußen mit Rat und Tat zur Verfügung stehen. **MRK**

Eine Tonne Müll gesammelt

Unter Eißeln – 108 Freiwillige aus dem Königsberger Gebiet, die sich an dem grenzübergreifenden Projekt „River CleanUP“ beteiligt haben, sammelten am Ufer der Memel bei Unter Eißeln innerhalb von anderthalb Stunden über eine Tonne Müll. Das Müllsammeln wurde als Wettbewerb durchgeführt, bei dem es darum ging, im Kampf gegen Mikroplastik so viel Plastik wie möglich aus der Natur zu entfernen. Die Helfer fanden neben alten Matratzen aus sowjetischer Produktion ganze Sofas und Autoteile. Unterstützt wurde die Aktion von namhaften Firmen im nördlichen Ostpreußen, darunter der Energieversorger „Rosenergoatom“. **MRK**

Ein Pilzsammler wurde verhaftet

Korschen – Ein Mann aus Korschen wurde von der russischen Grenzpolizei aufgegriffen. Tags zuvor war der Mann mit seinem Fahrrad in den Wald gefahren, um Pilze zu sammeln. Während des Sammelns verirrte er sich im Wald und als er versuchte, den Rückweg zu finden, überraschte in die Nacht. Der Mann hatte kein Mobiltelefon bei sich. Von der Stelle, wo er sein Fahrrad abstellte, ging er etwa 20 Kilometer weit und erreichte die Gegend um Barten. Als der 66-jährige Eisenbahngleise sah, glaubte er, dass er auf dem Wege nach Korschen war. Nach dem Übertritt über die Staatsgrenze wurde er von den Russen festgehalten. Der Mann wurde den Beamten der polnischen Grenzereinheit von Barten übergeben. Unversehrt und gesund kehrte er in sein Haus zurück. Die Pilzsaison ist im vollen Gange. Deshalb appellieren die Grenzbeamten, die Informationstafeln während des Waldaufenthaltes zu beachten. Ein illegales Grenzübertritt kann mit Bußgeld oder sogar mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren geahndet werden. **PAZ**

Ehrung eines standhaften Ermländers

Zum 50. Todestag: In Allenstein wurde ein Gedenkstein für den Geistlichen Adalbert Zink eingeweiht

Infulat Adalbert Zink war ein katholischer Geistlicher aus dem Ermland, der sich energisch für seine Gläubigen gleich welcher Nationalität und insbesondere für Kardinal Wyszynski eingesetzt hat. Im Garten der Gerechten in Warschau-Wola, wo Personen geehrt werden, die sich gegen Totalitarismus eingesetzt haben, gibt es für ihn einen Baum und einen Stein, in Allenstein eine Büste vor der Kathedrale. Jetzt wurde zu seinem 50. Todestag am 9. September am Pfad der ermländischen Bischöfe ein Gedenkstein eingeweiht.

Für die Erinnerung an den standhaften Ermländer macht sich seit Jahren das nach ihm benannte Adalbert-Zink-Gymnasium in Dietrichswalde stark, wo er beerdigt wurde. Es war unter anderem Antragsteller für die Ehrung im Garten der Gerechten und hat vor wenigen Jahren über ihn eine Ausstellung gestaltet. Dabei entstand sogar eine Hymne auf ihn, die bei der Weihung des Gedenksteins vorgetragen wurde. Im Rahmen der polnischen Schulreform wurde das Gymnasium aufgelöst, der Schulpatron Zink wird aber nach dem Willen des Direktors Leszek Orciuch auf die Grundschule übertragen, die er ebenfalls leitete.

Dass ihm das gelingt, dessen ist sich Herbert Monkowski, Ehrenvorsitzender der Kreisgemeinschaft Allenstein-Land und gemeinsam mit seiner verstorbenen Frau Helga Stifter des Gedenksteins für Infulat Adalbert Zink, sicher. Für sie war vor allem die Ausstellung Impuls für ihre Unterstützung für Zinks Büste vor der Jakobi-Kirche und das jetzige Stiften des Steins. Dass dieser vor dem Eingang zum Pfad der ermländischen Bischöfe in Balden, auf dem vom ersten Bischof An-



Am Stein für Adalbert Stifter: Herbert Monkowski (l.) und Henryk Hoch (r.)

Bild: U.H.

selsm bis heute alle Bischöfe verewigt sind, und nicht auf dem Pfad selbst, findet Monkowski etwas schade. „Er war nun einmal kein geweihter Bischof, ein Bischof ohne Krone“, seufzt er, „dabei hat er in seiner Amtszeit mehr für Ermland getan als mancher Fürstbischof vor ihm.“ Für ihn war Pfarrer Zink eine Vaterfigur. Bei ihm war er Ministrant und dafür immer von Jomendorf zur Kapelle im Allensteiner Krankenhaus gelaufen ist. An ein Lied zur Frühmesse um sechs Uhr erinnert er sich noch heute: „Zu Beginn sang er gerne erst einmal mit seiner tiefen Stimme das Lied Kiedy ranne wstaja zorze (Wenn mor-

gens die Sonne aufsteht). Dann wussten die Leute, dass es losgeht, und kamen zur Kapelle.“ Zu Ehren von Zink stimmten die Gä-

Monkowski und Hoch erinnern sich an Adalbert Zink

ste der Enthüllung des Gedenksteins die erste Strophe dieses Liedes an, bevor Senior Erzbischof Edmund Piszcz die Weihung vornahm.

Zink wurde 1902 in eine schwierige Zeit der Geschichte

hineingeboren. Als Vikar machte er sich für die Gemeindemitglieder stark, die Polnisch oder die ermländische Mundart sprachen, nach dem Zweiten Weltkrieg für die deutschsprachigen Einwohner des Ermlands. Einer, der das persönlich miterlebt hat, ist Henryk Hoch, der Vorsitzende des Verbands der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren, und der letzte in der Region lebende Verwandte von Adalbert Zink. „Er und mein Vater waren Cousins. Er war häufig zu Gast in der Werkstatt meines Vaters, wo sie lange diskutierten. Sie haben vielen Menschen beim Aufsetzen von Dokumenten und anderen be-

hördlichen Problemen geholfen“, berichtete er. Durch Zinks Eintreten für die Menschen und gegen un menschliche Systeme war er damals schon der Regierung in Warschau ein Dorn im Auge.

Als 1953 dann Kardinal Wyszynski verhaftet wurde, unterzeichnete Zink als Einziger im polnischen Episkopat nicht die Einverständniserklärung dazu. Damals war er bereits als Kapitularvikar Leiter der Verwaltung der Diözese Ermland. Für seine Weigerung wurde er damals selber für 16 Monate im berühmten Gefängnis Mokotów in der Rakowiecka-Straße in Warschau inhaftiert. Wie fürchterlich die Zustände dort waren, dokumentiert inzwischen das dort angesiedelte Museum für die verfluchten Soldaten und die politischen Gefangenen der Volksrepublik Polen. Wie Maria Chodyko vom Museum bei der Weihung des Steins für Infulat Adalbert Zink erklärte, ist inzwischen klar, wo er damals untergebracht war: „Das war in den untersten Zellen, wo die Gefangenen nach einem Regen bis zum Knöchel im Schlamm standen.“ Eine Ausstellung zu Adalbert Zink, aber auch anderen ermländischen Geistlichen, die unter Repressionen zu leiden hatten oder ermordet wurden, ist im Museum in Vorbereitung. Es wird also in Zukunft auch am Ort seines Leidens an ihn erinnert werden. **Uwe Hahnkamp**

Der Tilsiter Vergangenheit stets auf der Spur

Tatjana Urupina ist verstorben – Sie verfasste mit ihrem Mann Jakob Rosenblum das Buch »Tilsiter Dominanten«

Tatjana Urupina, eine bekannte Kunsthistorikerin aus Tilsit und Teilnehmerin an den Deutsch-Russischen Foren der Landsmannschaft Ostpreußen, ist in Tilsit nach schwerer Krankheit verstorben. Die um den Erhalt des ostpreußischen Erbes bemühte Kämpferin wird eine tiefe Lücke in den Reihen der engagierten Enthusiasten hinterlassen. Der Tilsiter **Hans Dzieran**, der enge Kontakte zu Menschen in seiner Heimat pflegt, hat einen Nachruf verfasst: „Mit Tatjana Urupina ist ein lieber Mensch von uns gegangen, der mit Ostpreußen zutiefst verbunden war. Im Alter von 72 Jahren verhat sie uns am 20. September für immer verlassen. Wir gedenken ihrer in tiefer Trauer und Verehrung.“

Tatjana Urupina wurde am 7. Dezember 1946 als Tochter eines russischen Ingenieurs in Tilsit geboren. Zu dieser Zeit hieß die Stadt tatsächlich noch Tilsit und Tatjana war sehr stolz darauf. Seit früherer Jugend war sie fasziniert von

der Aura dieser Stadt und war bestrebt, die von den damaligen Machthabern tabuisierte Vergangenheit der nun Sowjetsk genannten Stadt zu enträtseln. Erst mit dem Zerfall der Sowjetunion wurde es möglich, Kontakt mit den ehemaligen Tilsitern aufzunehmen und Antworten auf viele Fragen zu erhalten. Sie wurde zu einem in Freundschaft verbundenen Partner der Stadtgemeinschaft Tilsit.

In ihrer Lehrtätigkeit am Tilsiter Kunst-College weckte die studierte Kunsthistorikerin bei ihren Studenten die Neugier auf die geschichtsträchtige Vergangenheit der Stadt am Memelstrom. Mit vielen Vorträgen und Veröffentlichungen machte sie die Bürger ihrer Stadt mit dem kulturgeschichtlichen Erbe bekannt und betrachtete die Bewahrung der jahrhundertalten Biografie Tilsits als ein gemeinsames Anliegen der in der Stadtgemeinschaft Tilsit vereinten alten Tilsiter und der heutigen Bewohner von Sowjetsk.



Bild: MRK

Bei der Vorstellung ihres Buches „Tilsitskije Dominanty“ auf dem 8. Deutsch-Russischen Forum in Berlin: Tatjana Urupina

Mit gemeinsamen Projekten und mit ihren Publikationen zu kunsthistorischen Themen wurde Tatjana Urupina weit über die heimatischen Grenzen bekannt und ge-

wann internationales Ansehen. Bei den Deutsch-Russischen Foren der Landsmannschaft Ostpreußen war sie mit ihren konstruktiven Beiträgen stets eine Bereicherung.

Ein Höhepunkt ihres Schaffens war die Herausgabe des Werkes „Tilsitskije Dominanty“ (Tilsiter Dominanten. In Zusammenarbeit mit ihrem Mann, dem Fotokünstler Jakob Rosenblum, gelang es ihr, das schöne Antlitz der „Stadt ohne Gleichen“ lebendig zu machen, den kulturhistorischen, städtebaulichen und baukünstlerischen Reichtum, sowohl den bereits verlorenen als auch den noch zu erhaltenden, in Wort und Bild zu dokumentieren und im Gedächtnis der Menschen, Deutscher wie Russen, zu bewahren.

Tatjana Urupina hinterlässt eine tiefe Lücke. Ihre fast drei Jahrzehnte währende enge Verbundenheit mit der Stadtgemeinschaft Tilsit war gelungener Ausdruck deutsch-russischer Zusammenarbeit und völkerverbindender Freundschaft. Sie fand ihre Würdigung mit der Verleihung der Tilsiter Ehrenmedaille. Tatjana Urupina bleibt unvergessen!“

Wir gratulieren ...

ZUM 98. GEBURTSTAG

Falk, Ruth, geb. **Rietenbach**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 9. Oktober
Ruben, Irene, geb. **Kuhr**, aus Loye, Kreis Elchniederung, am 5. Oktober

ZUM 97. GEBURTSTAG

Fratzke, Herbert, aus Wehlau, am 6. Oktober
Kaehler, Brigitta, aus Neidenburg, am 8. Oktober
Quaschnowitz, Helga, geb. **Reimer**, aus Neusorge, Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 20. September
Taulin, Erna, aus Heiligenbeil, am 7. Oktober

ZUM 96. GEBURTSTAG

Böhnke, Horst, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 8. Oktober
Jessat, Otto, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 5. Oktober
Kriese, Margarete, geb. **Löper**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 6. Oktober
Missun, Charlotte, geb. **Trucks**, aus Peterswalde, Kreis Elchniederung, am 8. Oktober
Schwarz, Ida, geb. **Deutschendorf**, aus Ebenrode, am 8. Oktober

ZUM 95. GEBURTSTAG

Baatz, Fritz, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 6. Oktober
Grikschat, Paul, aus Gowarten, Kreis Elchniederung, am 10. Oktober
Hindersin, Lieselotte, geb. **Bubritzki**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 10. Oktober
Hinz, Lothar, aus Neufrost, Kreis Elchniederung, am 23. September
Römer, Hilde, aus Krupinnen, Kreis Treuburg, am 8. Oktober
Stolzke, Waltraud, geb. **Friedel**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 10. Oktober
Wüsthof, Gerda, geb. **Hetz**, aus Raging, Kreis Elchniederung, am 21. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Dams, Helmut, aus Noiken, Kreis Elchniederung, am 24. September
Haldorn, Elfriede, geb. **Kujehl**, aus Groß Friedrichsdorf, Kreis Elchniederung, am 4. Oktober
Heinrich, Helene, geb. **Wagner**, aus Gilkendorf, Kreis Elchniederung, am 8. Oktober
Hübner, Rudolf, aus Schwengels, Kreis Heiligenbeil, am 5. Oktober

Kowalski, Horst, aus Pilgramsdorf, Kreis Neidenburg, am 5. Oktober
Lingat, Liesbeth, aus Rokitten, Kreis Elchniederung, am 24. September
Martens, Irmgard, geb. **Danowski**, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 4. Oktober
Philippzik, Ruth, aus Walden, Kreis Lyck, am 6. Oktober
Polixa, Oskar, aus Herzogshöhe, Kreis Treuburg, am 4. Oktober

ZUM 93. GEBURTSTAG

Angerhausen, Charlotte, geb. **Pätz**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 6. Oktober
Böhnke, Dorothea, geb. **Reuter**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 9. Oktober
Karow, Joachim, aus Pelkeninken, Kreis Wehlau, am 7. Oktober
Kiehr, Herta, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 6. Oktober
Kottler, Hedwig, aus Wiesenhöhe, Kreis Treuburg, am 10. Oktober
Kreuzberger, Eva-Maria, geb. **Janzyk**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 7. Oktober
Mensak, Herbert, aus Salza, Kreis Lötzten, am 3. Oktober
Müller, Käthe, geb. **Rama**, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 4. Oktober
Nestler, Ingard, geb. **Eichel**, aus Lyck, am 5. Oktober
Renner-Kruska, Therese, aus Lyck, am 8. Oktober
Sack, Rudolf, aus Schneiderende, Kreis Elchniederung, am 20. September
Will, Toni, geb. **Hoefert**, aus Falkenhöhe, Kreis Elchniederung, am 7. Oktober
Wolf, Harry, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 8. Oktober

ZUM 92. GEBURTSTAG

Andresen, Ruth, geb. **Kretschmann**, aus Windkeim/Groß Windkeim, Kreis Heiligenbeil, am 7. Oktober
Bartsch, Ernst, aus Dollkeim, Kreis Fischhausen, am 5. Oktober
Claub, Hildegard, aus Lyck, am 7. Oktober
Falk, Anneliese, geb. **Städter**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 8. Oktober
Henne, Gerda, geb. **Rischkau**, aus Strobjehnen, Kreis Fischhausen, am 8. Oktober
Koslowski, Horst, aus Rostken, Kreis Lyck, am 10. Oktober
Kuhr, Waltraud, geb. **Böhnke**, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, am 24. September
Paul, Erika, geb. **Blaurock**, aus Hügelswalde, Kreis Ortelsburg, am 5. Oktober

Schöler, Ursula, geb. **Böhm**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 1. Oktober
Seils, Christel, geb. **Sanus**, aus Schneiderende, Kreis Elchniederung, am 20. September
Siersleben, Hannelore, geb. **Hoppe**, aus Neidenburg, am 9. Oktober
Wenning, Sigrid, geb. **Pelzer**, aus Prostken, Bahnhofstraße 18, Kreis Lyck, am 10. Oktober
Wilkop, Ursula, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 4. Oktober

ZUM 91. GEBURTSTAG

Griesenbrock, Ursula, geb. **Toppeit**, aus Selsen, Kreis Elchniederung, am 28. September
Jung, Gerda, geb. **Wenzel**, aus Bürgerhuben, Kreis Elchniederung, am 26. September
Koloska, Helmut, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 5. Oktober
Lücken, Gerda, geb. **Müller**, aus Plauen, Kreis Wehlau, am 8. Oktober
Maier, Irmgard, geb. **Bauer**, aus Kleschen, Kreis Treuburg, am 6. Oktober
Raderkopp, Lieselotte, geb. **Adomeit**, aus Lyck, Morgenstraße 31, am 4. Oktober
Schmeer, Ehrentraut, geb. **Linka**, aus Ortelsburg, am 8. Oktober
Schneider, Gisela, geb. **Casemir**, aus Wehlau, am 10. Oktober
Schönemann, Waltraud, geb. **Ne-graszus**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 4. Oktober
Sdorra, Fritz, aus Maschen, Kreis Lyck, am 6. Oktober
Thimm, Erika, geb. **Dzeia**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 4. Oktober
Völzke, Waltraud, geb. **Burkandt**, aus Neufelde, Kreis Elchniederung, am 23. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Bajorat, Heinz, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 10. Oktober
Bliese, Wally, geb. **Gudduscheit**, aus Altschanzenkrug, Kreis Elchniederung, am 1. Oktober
Daniele, Ursula, geb. **Makossa**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 7. Oktober
Dietze, Ellinor, geb. **Katkus**, aus Windberge, ehemals Baubeln, Kreis Ebenrode, am 9. Oktober
Ellmers, Ingeborg, aus Elbing, am 6. Oktober
Fafra, Lono, geb. **Beckmann**, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, am 5. Oktober
Gelies, Horst, aus Schneckenmoor, Kreis Elchniederung, am 21. September

Grell, Frieda, geb. **Kohn**, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, am 5. Oktober
Heine, Gisela, geb. **Kapitzki**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 7. Oktober
Hüttmann, Ernst, aus Lötzen, am 3. Oktober
Kowalewski, Oskar, aus Groß Retzken, Kreis Treuburg, am 6. Oktober
Krogull, Lothar, aus Wappendorf, Kreis Ortelsburg, am 10. Oktober
Kück, Gerda, geb. **Lepenies**, aus Stolzenau, Kreis Ebenrode, am 5. Oktober
Matzeit, Horst, aus Adlig Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 8. Oktober
Meyer, Gerda, geb. **Wohlgethan**, aus Wormen, Kreis Preußisch Eylau, am 4. Oktober
Mlinarzik, Elsbeth, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 7. Oktober
Picard, Irma, geb. **Szeszke-witsch**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 5. Oktober
Schadwinkel, Franziska, geb. **Knieper**, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 7. Oktober
Schmidt, Erika, geb. **Helmke**, aus Transsaw, Kreis Fischhausen, am 7. Oktober
Stubbe, Gisela, geb. **Buttgereit**, aus Wehlau, am 10. Oktober
Tobies, Georg, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 4. Oktober
Wischnowski, Ernst, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 5. Oktober
Ziörn, Helga, geb. **Ohlendorf**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, am 29. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Ambrass, Heinz, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 30. September
Botdländer, Gerda, geb. **Borowsky**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 5. Oktober
Boje, Dr. Rolf, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 8. Oktober
Bulle, Helga, geb. **Brandstaeter**, aus Neukirch, Kreis Elchniederung, am 20. September
Christeleit, Horst, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 22. September
Czierlinski, Willi-Reinhard, aus Waldburg, Kreis Ortelsburg, am 4. Oktober
Czwickla, Ulrich, aus Lyck, am 8. Oktober
Erdt, Margarete, geb. **Meier**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 5. Oktober
Glass, Siegfried, aus Wehlau und Kreisgemeinschaft Ebenrode, am 6. Oktober

Hartmann, Hans, aus Kumehnen, Kreis Fischhausen, am 5. Oktober
Heye, Friedrich, aus Hoya, Kreisgemeinschaft Wehlau, am 6. Oktober
Janz, Siegfried, aus Skuldeinen, Kreis Elchniederung, am 7. Oktober
Jeglinski, Wolfgang, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 7. Oktober
Kalusche, Gisela, geb. **Buddrus**, aus Ibenberg, Kreis Elchniederung, am 4. Oktober
Körner, Elfriede, geb. **Polakowski**, aus Spirgsten, Kreis Lötzten, am 28. September
Kröger, Inge, geb. **Penner**, aus Gollen, Kreis Lyck, am 6. Oktober
Lehbrink, Christa, geb. **Helm**, aus Rautengrund, Kreis Tilsit-Ragnit, am 9. Oktober
Lukas, Klaus, aus Seerappen, Kreis Fischhausen, am 7. Oktober
Matzick, Dietrich, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 23. September
Nowak, Brigitta, geb. **Hoffmann**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 8. Oktober
Ragnitz, Paul Hans, aus Kalkhof, Kreis Treuburg, am 5. Oktober
Ramminger, Irene, geb. **Weis**, aus Königsberg, am 7. Oktober
Riemann, Hans-Georg, aus Nickelsdorf, Kreis Wehlau, am 6. Oktober
Röttgers, Waltraud, geb. **Kutschmann**, aus Jägerhöh, Kreis Elchniederung, am 25. September
Ryll, Alfred, aus Sophienhof, Kreis Preußisch Eylau, am 6. Oktober
Schaible, Edeltraud, geb. **Schmidt**, aus Köllmisch Linkuhnen, Kreis Elchniederung, am 29. September
Schlupp, Klaus, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 7. Oktober
Schönwald, Hans, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 26. September
Sprenger, Margot, geb. **Peikert**, aus Ebenrode, am 4. Oktober
Stadie, Siegfried, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 28. September
Stinka, Ewald, aus Großschmieden, Kreis Lyck, am 9. Oktober
Strojna, Ilza, aus Prostken, Kreis Lyck, am 5. Oktober
Sulewski, Gerhard, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 5. Oktober
Thierbach, Waltraud, geb. **Schulz**, aus Kleinwarschen, Kreis Elchniederung, am 30. September

Wielgomas, Lieselotte, geb. **Matheuszik**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 8. Oktober
Ziemes, Edith, geb. **Wengorsch**, aus Mostolten, Kreis Lyck, am 6. Oktober

ZUM 80. GEBURTSTAG

Alder-Raudszus, Gerda, geb. **Raudszus**, aus Tannenhöhe, Kreis Elchniederung, am 25. September
Bolz, Karl Heinz, aus Tawellenbruch, Kreis Elchniederung, am 3. Oktober
Geißler, Marianne, geb. **Redetzky**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 5. Oktober
Grunwald, Detlef, aus Wehlau, am 6. Oktober
Heller, Elfriede, geb. **Mlinarzik**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 8. Oktober
Janowski, Gerhard, aus Ittau, Kreis Neidenburg, am 8. Oktober
Kalendruschat, Siegfried, aus Sandkirchen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 3. Oktober
Katmann, Christel, geb. **Goetzle**, aus Schackwiese, Kreis Elchniederung, am 10. Oktober
Lehmann, Heinz, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 21. September
Matzick, Manfred, aus Hohenberg, Kreis Elchniederung, am 1. Oktober
Neumann, Werner, aus Eichkamp, Kreis Ebenrode, am 8. Oktober
Pätz, Marianne, geb. **Kalkowski**, aus Argemünde, Kreis Elchniederung, am 9. Oktober
Preuschat, Werner, aus Ortelsburg, am 5. Oktober
Pucks, Gerhard, aus Watzum, Kreis Fischhausen, am 10. Oktober
Sangel, Konrad, aus Gilgetal, Kreis Elchniederung, am 2. Oktober
Scheller, Viktoria, geb. **Stantien**, aus Milchhof, Kreis Elchniederung, am 5. Oktober
Sziede, Fritz, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 5. Oktober

ZUM 75. GEBURTSTAG

Dzingel, Reinhard, aus Bolken, Kreis Treuburg, am 9. Oktober
Faust, Regina, geb. **Swart**, aus Leibienen, Kreis Wehlau, am 8. Oktober
Groß, Wolfgang, aus Bolbitten, Kreis Heiligenbeil, am 4. Oktober
Kneller, Anneliese, geb. **Schulz**, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 2. Oktober
Kuhr, Heinz, aus Inse, Kreis Elchniederung, am 28. September

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

TERMINE DER LO

7. bis 13. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
19. bis 20. Oktober: 12. Kommunalpolitischer Kongress in Allenstein (geschlossener Teilnehmerkreis)
1. November: AT der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
2. bis 3. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal (geschlossener Teilnehmerkreis)
9. bis 12. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Das Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen zeigt in Zusammenarbeit mit dem Regionalmuseum in Krockow bis zum 1. März 2020 die Sonderausstellung „Jerzy Bahr – Mein Königsberg“.

Königsberg am frühen Morgen: „Gähnende Leere, rote, zerschlagene Ziegel und Gassen, die einst Straßen waren.“ So erinnerte sich der inzwischen verstorbene polnische Diplomat Jerzy Bahr an die ostpreußische Metropole nach seinem ersten Besuch in den 1970er Jahren.

Er war nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges der erste polnische Generalkonsul in der Stadt am Pregel (1992-1994). Er kannte hier jede Straße, jedes Gebäude, die jeweilige Geschichte dazu,

Kulturzentrum Ostpreußen

und er bewahrte alles auf, was mit seiner Lieblingsstadt zusammenhing. Er legte auch immer ein wenig Geld zurück, um Königsberger Antiquitäten kaufen zu können. Seine zahlreichen Gegenstände bestehen aus drei sehr unterschiedlichen Gattungen: Objekte mit einem historischen Museumswert, gerettete Alltagsfundstücke sowie seine spezifischen künstlerischen Arrangements. Seine Sammlerleidenschaft, die die Einzelstücke über Jahre zu einer ungewöhnlichen Kollektion anwachsen ließen, begleitete den Diplomaten sein Leben lang. Er weiht die Besucher der Ausstellung in einige Geheimnisse und

historische Episoden Königsbergs ein. Dieses Konvolut enthält auch geschichtlich bedeutende Gegenstände, die die Bewohner der Stadt wieder wie lebendig erklingen lassen. Jerzy Bahr spürte hinter jedem erworbenen Objekt den Menschen, der es einmal besaß, benutzte, und lieb hatte. Vielleicht auch deshalb schuf er oft aus einzelnen Exponaten künstlerische Arrangements.

Jerzy Bahr arbeitete sieben Jahre im Dienst des polnischen Außenministeriums. 1981 nach Ausrufung des Kriegsrechts floh er nach Österreich. Es folgten Tätigkeiten für Radio Free Europe und das Osteuropa-Studien-Institut Bern-

Freiburg. Nach seiner Rückkehr nach Polen 1989 konnte er seine diplomatische Laufbahn fortsetzen, die ihn unter anderem als Botschafter nach Kiew, nach Vilnius und nach Moskau führte. Bahrs einzigartige Kollektion, seine Faszination für die Stadt Königsberg wird in Zusammenarbeit mit dem Museum der Stadt Krockow/Krokowa (Wojewodschaft Pomorskie) erstmals in Deutschland gezeigt.

Das Kulturzentrum Ostpreußen ist Dienstag bis Sonntag, 10 bis 12 Uhr und 13 bis 16 Uhr (im September noch bis 17 Uhr) geöffnet. Schloßstraße 9, 91792 Ellingen/Bayern, Telefon (09141) 86440, E-Mail: info@kulturzentrum-ostpreussen.de

Zusendungen für Ausgabe 42

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der PAZ-Ausgabe 42/2019 (Erstverkaufstag: 18. Oktober) bis spätestens Mittwoch, 9. Oktober an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

65. Angerburger Tage

Die 65. Angerburger Tage standen ganz im Zeichen der Erinnerung. Vor 70 Jahren wurde die Kreisgemeinschaft gegründet, und vor 65 Jahren übernahm der Landkreis Rotenburg (Wümme) die Patenschaft für den Landkreis Angerburg. Auch in diesem Jahr begannen die Angerburger Tage mit einem Gedenken am Patenschaftsstein im Amtshofpark in Rotenburg (Wümme). Alfred Nehrenheim sprach eingehende Worte des Gedenkens und erinnerte besonders an den verstorbenen Kreisvertreter Kurt-Werner Sadowski sowie an die vielen Opfer von Flucht und Vertreibung. Gemeinsam mit dem stellvertretenden Landrat des Landkreises Rotenburg (Wümme), Hans-Jürgen Krahn, wurden Kränze niedergelegt.

Im Anschluss kam der Angerburger Kreistag zu seiner Sitzung zusammen. Unter Leitung von Brigitte Junker als stellvertretende Kreisvertreterin wurde die lange Tagesordnung abgearbeitet. Die Grußworte von Herrn stellvertretenden Landrat Hans-Jürgen Krahn und seine Zusage, dass der Landkreis die Angerburger weiterhin nach Kräften unterstützen werde, fand bei den Zuhörern großen Zuspruch. Nach den Berichten und der Entlastung des Vorstandes folgten die Wahlen des Kreisausschusses. Als Nachfolger für den am 21. April 2019 verstorbenen Kurt-Werner Sadowski wurde Wolfgang Schiemann zum fünften Kreisvertreter des Landkreises Angerburg einstimmig gewählt. Schiemann ist der erste Kreisvertreter der Angerburger, der nach dem Kriege und nicht mehr in Ostpreußen geboren wurde. Damit ist bei der Kreisgemeinschaft nicht nur ein Generationenwechsel hinsichtlich des Jahrganges, sondern auch ein Wechsel von der Erlebnis- zur Bekennnisgeneration erfolgt. Schiemann kündigte in seiner Antritts-

rede an, die Traditionen der Kreisgemeinschaft und die Patenschaft weiterhin mit viel Engagement pflegen zu wollen, auch wenn die Fußstapfen, in die er nun trete, sehr groß seien. Zu stellvertretenden Kreisvertreterinnen wurden Susanne Hagen und Brigitte Junker wiedergewählt. Ebenso sind Erich Kerwien und Heinz-Wolfgang Malessa weiterhin im Kreisausschuss vertreten. Verstärkt wird der Vorstand zukünftig durch Frauke Rosin und Alfred Nehrenheim.

Nach den Wahlen wies der neue Kreisvertreter auf die im nächsten Jahr geplanten Aktivitäten hin. Zudem konnte er Erfreuliches berichten: die Zahl der Mitglieder konnte im Vergleich zum Vorjahr um neun Personen gesteigert werden.

Im Anschluss trafen sich Angerburger und Rotenburger zum geselligen Beisammensein in der Mensa der Theodor-Heuss-Schule. Am Abend sprach Klaus Papies aus Bremen über den preußisch-litauischen Dichterpfarver Christian Donalaitis.

Am nächsten Tag fand um 11 Uhr die Feierstunde statt, die wie immer von den Rotenburger Jagdhornbläsern eröffnet wurde. Der neue Kreisvertreter konnte als Ehrengäste Landrat Hermann Luttmann, Oberkreisdirektor a.D. Gerhard Blume, Hubertus Hilgendorff, Kreisvertreter von Rastenburg, und Gattin sowie Gerd Janßen, einen Sohn des unvergessenen Oberkreisdirektors Helmut Janßen begrüßen. In seinem Grußwort sagte Landrat Luttmann dem neuen Kreisvertreter zu, dass der Landkreis auch weiterhin zu den eingegangenen Verpflichtungen gegenüber Angerburg stehen werde und dass Schiemann mit der vollen Unterstützung der Kreisverwaltung rechnen könne. Eine besondere Überraschung hatte Wolfgang Schiemann für Erich Kerwien dabei und zwar die Auszeichnung mit dem Silbernen Ehrenzeichen der Landsmannschaft Ostpreußen. Erich Kerwien war überrascht und gerührt. Für seine Ehefrau Brigitte, die ihren Mann bei seiner Tätigkeit für Ostpreußen und Angerburg unterstützt, gab es einen Blumenstrauß (Bericht folgt). Im Mittelpunkt der Feierstunde stand die Festrede des Bundestagsabgeordneten Oliver Grundmann (CDU). Grundmann ging in seiner Rede auf seine eigene Familiengeschichte ein und seine familiären Wurzeln in der Stadt Rummelsburg in Pommern. Zudem wies er in seiner Ansprache auf die Gemeinsam-

keiten der Wappen der Stadt Angerburg und des Landkreises Rotenburg (Wümme) hin. Nach dem Singen der Nationalhymne endete die Feierstunde. Die Angerburger trafen sich anschließend zum Mittagessen und zum Austausch.

Michael Meyer



GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. GSt.: Doris Biewald, Blümenstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@kreis-gerdauen.de.

Hauptkreistreffen

Rendsburg – Sonnabend, 12. Oktober, ab 9 Uhr, Hotel Conventgarten, Hindenburgstraße 38, 24768 Rendsburg; Hauptkreistreffen mit Neuwahl der Kreistagsmitglieder. Nach drei Jahren wird unsere Patenstadt Rendsburg 2019 wieder Austragungsort des Hauptkreistreffens sein. Dazu laden wir schon jetzt alle Landsleute und Freunde des Kreises Gerdauen ein. Unser Festausschuss wird wieder ein kleines Programm vorbereiten, das rechtzeitig bekanntgegeben wird. Unter anderem hat der bekannte Historiker Christopher Spatz zugesagt, der in einem Vortrag sein neues Buch „Heimatlos – Friedland und die langen Schatten von Krieg und Vertreibung“ vorstellen wird, in dem es um die Ankunft auch vieler Ostpreußen im bekannten niedersächsischen Grenzdurchgangslager ab September 1945 und ihre Erfahrungen geht.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Jahrestreffen

Krefeld – Sonnabend 12. Oktober, Gemeindesaal der Friedenskirche, Luisenplatz, 47799 Krefeld: Mitgliederversammlung und 67. Jahreshaupttreffen der Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V. in der Patenstadt Krefeld mit folgendem Programm, Änderungen vorbehalten: 10 Uhr: Mitgliederversammlung (nicht öffentlich) der Kreisgemeinschaft Insterburg; 13 Uhr: Jahrestreffen im Gemeindesaal; ab 13.15 Uhr: Mittagessen für Mitglieder und Gäste; ab 14 Uhr: Begrüßung, anschließend gemütliches Beisammensein mit Kaffee und Kuchen. Vorstellung der Arbeitsgemeinschaft ostdeutscher Familienforscher von Dirk Vollmer. Gerne können Sie die Veranstaltung mit weiteren spontanen Beiträgen untermalen.

Anfahrt Friedenskirche Krefeld: Öffentliche Verkehrsmittel: Krefeld-Rheinstraße (210 Meter) U70, U76. Parkmöglichkeiten finden Sie im nahegelegenen Parkhaus der Sparkasse Krefeld, Einfahrt Neue Linner Straße 81, 47799 Krefeld, geöffnet 8 bis 19 Uhr. Ausfahrt mit dem Parkticket ist 24 Stunden möglich.

Wir freuen uns auf ein Wiedersehen mit Ihnen in heimatlicher Gemeinschaft. Eine Anmeldung

wäre für unsere Planung hilfreich. Bitte setzen Sie sich mit unserer Geschäftsstelle in Krefeld in Verbindung: Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt und Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Telefon (02151) 48991, E-Mail: info@insterburger.de.

Alle Insterburgerinnen und Insterburger sind herzlich eingeladen. Auch Kinder, Enkel und Gäste, die uns kennen lernen möchten, sind herzlich willkommen.



LÖTZEN

Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: kgl.milewski@osnnet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenburg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Bilderreise

Neumünster – Sonnabend, 19. Oktober, 15.30 Uhr, Lötzer Museum, Sudetenlandstraße 18H (Böcklersiedlung), Neumünster: Manfred E. Fritsche, Eckernförde, zeigt „Bilder einer Reise durch Ostpreußen in 2018“.

Das Museum ist an Veranstaltungstagen bereits um 10 Uhr geöffnet.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvert. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665.

Bremer Treffen

Bremen – Am Donnerstag, dem 14. November, findet in Bremen das 11. Lycker Treffen statt. Dazu lädt Landsmann Wilhelm Norra, Ortsvertreter von Sareiken, Bezirksvertreter Lyck Land sowie Mitglied des Kreistages der Kreisgemeinschaft Lyck, alle Lycker und deren Freunde aus Bremen und „umzu“ sowie auch gern Interessenten aus weiter Entfernung ein. Das Treffen findet am 14. November im Best Western Hotel „Zur Post“, Bahnhofplatz 11, 28195 Bremen, von 13 bis circa 18 Uhr statt. Das Hotel „Zur Post“ liegt rechts, schräg gegenüber vom Hauptausgang des Bremer Hauptbahnhofes. Bis zum

Hotel sind es nur zirka 50 Schritte. Wer jemanden mit dem Auto zum Hotel bringen muss, fährt zum Aussteigen bis zum Eingang vor; man kann sich auch bei der Rezeption erkundigen, ob in der Hotelgarage neben dem Hotel gegen Entgelt ein Parkplatz frei ist. Parkplätze befinden sich auch in der Hochgarage am Hillmannplatz, auf der Bürgerweide hinter dem Hauptbahnhof sowie am ehemaligen Güterbahnhof; die Straße hinter dem Überseemuseum führt dort hin. Aus organisatorischen Gründen ist schriftliche oder telefonische Anmeldung bis zum 15. Oktober erforderlich an Landsmann Wilhelm Norra, Anna-Stiegler-Straße 67, 28277 Bremen, Telefon (0421) 820651.

Isabelle Kusari

Ansbach – Der Bund der Vertriebenen (BdV), Stadt- und Kreisverband Ansbach lädt ein zum Tag der Heimat 2019 am Sonntag, 6. Oktober, 14.30 bis 17 Uhr in die Orangerie Ansbach, Grüner Saal, Promenade 33 in 91522 Ansbach. Die französische Mezzosopranistin Isabelle Kusari singt „Heimat in Liedern“, am Piano wird sie von Jun Zhao begleitet.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 19. Oktober, 15 Uhr, Orangerie: Bericht von einer Reise im Sommer 2019 in den nördlichen Teil Ostpreußens (Bildpräsentation) von Oswin Palfner, anschließend gemeinsames „Tilsiter Käseessen“.

Hof – Sonnabend, 12. Oktober, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube, Marienstraße 88: Erntedank.

Weiden – Der 1. Vorsitzende Norbert Uschald konnte nach der Sommerpause wieder zahlreiche Mitglieder und Gäste zum Heimatnachmittag im Cafe Mitte begrüßen.

Danach gedachte Uschald dem verstorbenen langjährigem Mitglied Kassenprüferin Erika Becker.

Nach den Heimatliedern „Land der dunklen Wälder“ und „Westpreußen mein lieb Heimatland“ gratulierte die Schatzmeisterin Ingrid Uschald den Geburtstagskindern des Monats September.

Der Vorsitzende stellte im Anschluss daran die neue Ausgabe des Preussenkuriers vor. In diesem Nachrichtenmagazin der Landesgruppe Bayern, das an alle Ost- und Westpreußen und alle Interessierten gerichtet ist, sind wieder viele interessante, auch aktuelle Themen aufgegriffen worden.

Sie zeugen von einer regen Zusammenarbeit der Landsmannschaft mit heimatverbliebenen Landsleuten in den ehemaligen deutschen Provinzen Ostpreußen und Westpreußen. Auch die Beziehungen zu staatlichen Institutionen, wie der litauischen Botschaft, gestalten sich ausgezeichnet. Anschließend wurde die im November geplante Gründungsfeier der Kreisgruppe Weiden besprochen. Zusammen mit seiner Gattin Anita brachte er danach einige Volkslieder zu Gehör.



BRANDENBURG

Vorsitzender: Hans-Jörg Froese, Phoebener Chausseestraße 10, 14542 Werder, Telefon: (03327) 741603, E-Mail: lo.lg.brandenburg@gmail.com, Internet: https://lolgbrandenburg.wordpress.com/



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bl.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

KREISGRUPPEN



Bartenstein – Anfragen für gemeinsame Treffen: Elfi Fortange, (030) 4944404.



Johannsburg, Lötzen, Sensburg – 15. Oktober, 13 Uhr, Restaurant Muna, Albrechtstraße 52, 12167 Berlin. Anfragen: Johannsburg und Sensburg: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917, Lötzen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 7563563.



Königsberg – 11. Oktober, Beginn 14 Uhr, Forckenbeckstraße 1, 14199 Berlin-Wilmersdorf, Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404



Tilsit-Ragnit – 19. Oktober, 13 Uhr. Neue Adresse beachten: Otto-Suhr-Allee 139, 10585 Berlin, Restaurant Galija am Schloß, Anfragen: Barbara Fischer, Telefon (030) 6041054.



Potsdam – Sonntag, 13. Oktober, ab 10.45 Uhr. Vortragsveranstaltung der LO-Landesgruppe Brandenburg mit Partnern. Interessierte Gäste sind uns als Teilnehmer/-innen stets willkommen. Ort: Galerie „Die Ersten Preußen“ in 14467 Potsdam, Am Neuen Markt 9d. Hinweis: Die Galerie befindet sich im hinteren Teil des Kutschstalls.

Programm: 10 Uhr Öffnung der Räumlichkeiten. 10.45 Uhr Begrüßung, Totengedenken, 11 Uhr Zum Fontane-Jahr 2019: „Was mir gefällt“ Sprechwerkstatt mit Gedichten von Theodor Fontane. 12.30 Uhr Mittagspause mit Imbiss, Gelegenheit zum Gedankenaustausch. 13.30 Uhr Zur Sprache der westbaltischen Prußen, eine sprachwissenschaftliche Einordnung innerhalb der Baltistik. 14.30 Uhr Kleine Pause. 15 Uhr Bild-Vortrag zur Lesereise in das nördliche Ostpreußen 2019, nebst kleiner Episoden aus der Geschichte und dem Heute. 16 Uhr Ausklang, Gedankenaustausch. Hinweis: Da es sich voraussichtlich um die letzte Veranstaltung in der Galerie vor der Schließung handelt, besteht letztmalig Gelegenheit die Prußen-Ausstellung komplett anzusehen.

Der Vorstand freut sich, Mitglieder sowie Gäste möglichst zahlreich begrüßen zu können.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Sonnabend, 12. Oktober, 13 bis 16 Uhr, Hei-

Landsmannschaftl. Arbeit Fortsetzung auf Seite 16



Die Mitglieder des neugewählten Kreisausschusses mit dem Patenschaftspfleger des Landkreises Rotenburg (Wümme)

Landmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 15

matnachmittag des Landesverbandes der vertriebenen Deutschen in Hamburg (L.v.D.) im Haus der Heimat, Teilfeld 8, nahe der Haltestelle S1, S3 Stadthausbrücke; U3 Rödingsmarkt oder Buslinie 6 und 37 Haltestelle Michaeliskirche. Der Ostpreußenstand ist auch vertreten. Gäste sind herzlich willkommen. - Donnerstag, 24. Oktober, 14 Uhr, Haus der Heimat, Teilfeld 8, Delegiertenversammlung der Landmannschaft Ostpreußen Landesgruppe Hamburg. Im Anschluss findet das Treffen der Gruppenleiter und des Kulturreferats statt.



Salzburger Verein e.V. - Landesgruppe Hamburg/Schleswig-Holstein/Nordniedersachsen - Treffen am 12. Oktober um 13 Uhr wie gewohnt im Hotel „St. Raphael“ in Hamburg, Adenauerallee 41, mit folgendem Programm: Vortrag: „Lebensbedingungen der Salzburger Exulanten in ihrer neuen Heimat“ - Toralf Forstreuter; Filmreihe „Ostpreußenreise 1937“ DVD-Fortsetzung; Rückblick Jahrestreffen 2019 Lüneburg. Mitglieder des SV und Gäste sind herzlich willkommen.



HESSEN
Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlweg 3, 64367 Mühlthal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg - Sonnabend, 12. Oktober, Luise-Büchner-Haus: Treffen mit Liedern, Geschichten und Gedichten dem Erntedank. An diesen Vorträgen dürfen sich, wer möchte, auch unsere Besucher, beteiligen.
Bericht - Mit Plachandern bei Kaffee und Kuchen, begann unsere Treffen am 14. September wie gewohnt im Luise-Büchner-Haus in Darmstadt Kranichstein.

Nach der offiziellen Begrüßung durch Gerhard Schröder, den glaubensorientierten Worten durch Herrn Turowski und den Glückwünschen an die Geburtstagskinder der letzten vier Wochen konnten Hannelore Neumann und Gerhard Schröder mit ihrem Vortrag in Bild und Wort beginnen, denn Christian Keller hatte zwischenzeitlich die erforderliche Technik aufgebaut.

Das heutige Thema des Vortrages war der Besuch von Hannelore Neumann und Gerhard Schröder gemeinsam mit Sigurd Struwecker eines Gedenkkonzertes im Dom, Ende August, in Königsberg.

Der Vortrag und die Bilder gaben die Erlebnisse und Eindrücke dieses Besuches in Königsberg wieder. Uns wurde die Möglichkeit gegeben Fragen zu stellen und zu diskutieren. Davon wurde sehr rege Gebrauch gemacht.

Während des Vortrages gewann man den Eindruck, dass dieses Gedenkkonzert nicht ganz den Vorstellungen der angereisten deutschen Besucher entsprach.

Nach gut einer Stunde Vortrag und Diskussion, beendeten wir den Nachmittag und verabschiedeten uns bis zum nächsten Treffen im Oktober.

Wir hoffen auf viele Teilnehmer bei unserem Treffen und wünschen allen Kranken eine gute Genesung. *Christian Keller*

Wetzlar - Montag, 14. Oktober, 13 Uhr, Restaurant Grillstubben, Stoppelberger Hohl 128: Erntedankfeier mit einer Andacht von Pfarrer Christian Silbernagel. Die Kulturbeauftragte Karla Weyland (Rauschenberg) wird einen Vortrag halten unter dem Titel „Die dumme Gans?“ Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden - Dienstag, 8. Oktober, 14.30 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden: Frauengruppe „Erntedank“. - Sonnabend, 12. Oktober, 15 Uhr, Haus der Heimat, Großer Saal, Wiesbaden, Friedrichstraße 35: Monatstreffen. Feier des Erntedankfestes. Wer durch Geld- und/oder Sachspenden mithelfen möchte, den Erntetisch zu bereichern und zu verschönern, teile

dies bitte Helga Kukwa, Telefon (0611) 373521 mit. Allen Geld- und Sachspendern herzlichen Dank. Hinweis zum Datenschutzgesetz: Bei der Veranstaltung werden Bildaufnahmen gemacht. Mit Ihrer Teilnahme erklären Sie sich damit einverstanden.

MECKLENBURG-VORPOMMERN
Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim - An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kernenadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545.



NIEDERSACHSEN
Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschen, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenaue, Telefon (05901) 2968.

Goldenstedt - Mittwoch, 9. Oktober, 15 Uhr, Ostdeutsche Trachten- und Heimatstubben Goldenstedt, Wildeshauser Straße 12, 49424 Goldenstedt: Vortrag „Heiteres aus der ostpreußischen Geschichte“ von Gerd Burmeister aus Bad Zwischenahn.

Oldenburg - Mittwoch, 9. Oktober, 15 Uhr, Stadthotel Eversten: Wir feiern den Erntedank-Nach-

mittag mit einem Basar von Ernteprodukten und Lesungen. Freunde und Bekannte sind herzlich willkommen.

Rinteln - Donnerstag, 10. Oktober 2019, 15.00 Uhr, Hotel „Stadt Kassel“, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln (Navi: Bäckerstraße 1 oder Kreuzstraße): Bei diesem Monatstreffen der Gruppe wird Professor Dr. Heinz Schürmann aus Bielefeld einen Vortrag: „Impressionen einer Reise vom Herbst 2019“ halten und dabei auch über Gilge am Kurischen Haff - einen kleinen, fast vergessenen Fischer- und Künstlerort - und über die Renovierungs- und Restaurierungsarbeiten in Gardauen berichten.

Neben Mitgliedern und Freunden sind ebenfalls Angehörige und interessierte Gäste von nah und fern herzlich willkommen, der Eintritt ist frei.

Weitere Informationen und Auskünfte zu den Veranstaltungen und zur landmannschaftlichen Arbeit sind bei Joachim Rebuschat unter Telefon (0 57 51) 53 86 oder über rebuschat@web.de zu erfahren.



NORDRHEIN-WESTFALEN
Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe - Sonnabend, 12. Oktober, ab 11 Uhr, Eichendorff-Saal, Gerhart-Hauptmann-Haus, Bismarckstraße 90, Düsseldorf: Festakt zum 70-jährigen Bestehen der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen in der Landmannschaft Ostpreußen. Im dortigen Eichendorff-Saal werden Ina Scharrenbach, die Ministerin für Heimat, Kommunales, Bauen und Gleichstellung in NRW, und Bernd Fabritius, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Grußworte sprechen. Stephan

Grigat, der Sprecher der Landmannschaft Ostpreußen, hat ebenfalls seine Teilnahme zugesagt. Die Festrede hält Wladimir Gilmanov aus Königsberg zum Thema: „Ostpreußens Beitrag zur abendländischen Geistesgeschichte und zum Weltfrieden“.

Nach einer Mittagspause mit Imbiss erfolgt ein Kulturprogramm, das das Nachkriegsschicksal Ostpreußens auf künstlerische Weise vor Augen führen soll. Heute ist Ostpreußen dreigeteilt, im Unterschied zu anderen früheren deutschen Ostgebieten wie Schlesien und Pommern. So treten am 12. Oktober polnische, litauische und russische Gruppen auf, die alle das kulturelle Erbe Ostpreußens pflegen. Aus Memel kommt der Chor des dortigen Hermann-Sudermann-Gymnasiums, aus Königsberg kommt das Vokalensemble Legende, und die Tanzgruppe Saga aus Bartenstein wird besonders durch jugendliche Mitglieder die Zuschauer erfreuen.

Bielefeld - Montag, 14. Oktober, 14 Uhr, Haus der Diakonie, Kreuzstraße 19a, 33602 Bielefeld: Heimatnachmittag, Erntedankfest mit Verlosung. Wegen der Kuchenbestellung ist eine Anmeldung bis spätestens fünf Tage vor dem jeweiligen Termin notwendig unter Telefon (05202) 5584.

Die Heimatnachmittage finden jeden zweiten Montag statt.

Düren - Sonnabend, 12. Oktober, Düsseldorf: Festveranstaltung: 70 Jahre Landmannschaft Ostpreußen NRW. Anfragen an Gerda Wornowski, Telefon (02421) 72776, E-Mail: gwornowski@gmail.com

Düsseldorf - Jeden Mittwoch, 18.30 bis 20 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90, Eichendorff-Saal: Chorproben mit Radostina Hristova. - Freitag, 4. Oktober 18, Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtisch. - Sonnabend, 5. Oktober, 15 Uhr, GHH: Film „Kulturschicht“ von Noris Schwarzmann. - Dienstag, 8. Oktober, GHH: Herbstliches Serenadenkonzert mit Klaus-Peter Riemer und Miyuki Brummer.

Köln - Mittwoch, 9. Oktober, 14 Uhr, Café zum Königsforst,

Endhaltestelle der KVB-Linie 9 Königsforst: Treffen mit Gedankenaustausch, Erzählen von alten und neuen Erlebnissen oder Geschichten und zum gemeinsamen Kaffeetrinken. Schauen Sie doch mal zu uns herein. Vielleicht finden auch Sie daran einen Gefallen. Nähere Auskunft unter Telefon (0221) 7123572.

Münster - Die offene Frauengruppe der Ost- und Westpreußen Münster (Westf.) trifft sich jeden 2. Dienstag im Monat um 15 Uhr unter der gemeinsamen Leitung von Sabine Steinkat und Irmgard Bludau im historischen Lambertuszimmer des Restaurants Stuhlmacher, Prinzipalmarkt 67, Münster. Gäste sind herzlich willkommen.

Neuss - Sonntag, 17. November, 11.30 Uhr, Hauptfriedhof, Rheydter Straße: Gedenkstunde zum Volkstrauertag, Kranzniederlegung, um rege Beteiligung wird gebeten.

Vierns-Dülken - Sonnabend, 5. Oktober, 15 Uhr, Dülkener Hof, Lange Straße 54, Vierns-Dülken: Treffen zur diesjährigen Erntedankveranstaltung. Auch in diesem Jahr wird für Ihr leibliches Wohlbefinden in bewährter Weise gesorgt. Der Unkostenbeitrag beträgt für Kaffee, Kuchen und ein Garantielos acht Euro pro Person. Spenden für unsere Erntedankverlosung werden bis zum 4. Oktober erbeten (An der Hees 15). Bitte bringen Sie Freunde und Bekannte mit. Jeder zusätzliche Gast sichert das zukünftige Fortbestehen unserer Ortsgruppe und ist bei uns herzlich willkommen.

Landmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Wirken Sie mit an der Stiftung.
First Papper Foundation
GAB: 0206 1215 3034 1001 1040 03
BIC: PAPERDE33
»Zukunft für Ostpreußen!«

japanische Hafenstadt	symbolisches Schmuckstück	Sportschlitten	sich erfreuen, vergnügen	leichte Vertiefung, Beule	bildlich: schwere Niederlage	Palast des Sultans	weit abgelegen	in der Musik: gebunden	zu einem Erdteil gehörend	Sportwette (Kurzwort)	Freundin von Tarzan	Wildwestlegende: „Buffalo ...“	Elend, Notlage
Betreuer von Passagieren			dünn, biegsamer Stock		kleines Kriebler		Bezirk, Gegend		Zustand, Entwicklungsstufe		Stern im Sternbild Walfisch	griechischer Buchstabe	
keltischer Sänger, Dichter	Absonderung, Abkapplung							in Eile; keuchend					
großes Schlaginstrument	Teilzahlung	Schul-festsaal		ungar. Komponist (Franz)	Hub-schrau-ber-flügel	Ski-torlauf	Kraft-fahrzeug, Wagen		Vater und Mutter		vorderasiatisches Volk		
Kollektiv in Israel			gewickelter ein-gelegter Hering					Unglück, Miss-geschick	Haus-vor-bau				
ein Asiat	Gebiet in Rumänien		Vorder-asiat	glänzend	Kfz-Zeichen Landes/Pfalz	hochge-wachsen, groß	Ärger, Verdruss	unver-fälscht	wässrige Lösung einer Base		Tochter des Tantalus	Vorräte anlegen, horten	
	Fenster-abdun- kelung			Monats- name	Affodill- gewächs, Heil- pflanze	sächsi- sche Stadt an der Elbe	Gebärde	ohne Namens- nennung	poln. Wäh- rungs- einheit	mit großer Flamme brennen			
	scharfes Gewürz, Ingwer- gewächs	Name mehrerer jüdischer Herrscher	Laub- baum, Buchen- gewächs	geome- trischer Körper	amerik. Raub- , Pardel- katze		Abwasser- leitung; Deich- schleuse		feierliches Gedicht				
	Gemahl	Zwerg- schim- panse	Fluss im Sauer- land (NRW)	Schreit- vogel, Sichter	Befehl; Auftrag								
	eine Zahl	unge- bundenes Künstler- tum (frz.)	Alters- ruhegeld	deut- sches Bundes- land	mit anderen Namen	sauere Flüssig- keit zum Würzen	nord. Schick- sats- göttin						
	allzu trendiger Mann, Geck	Bestand, tatsäch- licher Vorrat	herbel, hierher (ugs.)	Verban- nung; Verban- nungsort	Vor- nehmer		chem. Zeichen für Radium						
	ab-, zu- messen (Arznei- menge)	Fach, Zweig, Rubrik	Roman von Anet	erzäh- lende Vers- dichtung	Hab- Raff-, sucht								
	Himmels- richtung												

Sudoku: 3. Aleman, 4. Tamara, 5. Statik - Problematik

Kreiskette: 1. spored, 2. Obale, 6. Eichel - Kachel, Fliese

Diagonalarätsel: 1. Krampp, 2. Talle, 3. Rechte, 4. Haeher, 5. Ascher,

So ist's richtig:

PAZ19_40

Sudoku

3			9	1		6	
1	5	3			8		9
			8		3		
		5					
2	5	9			4	3	6
				9			
	8			2			
7	1			4	5	2	
6		9	3			4	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalarätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei gebrannte Platten zur Wandverkleidung.

- Muskelzusammenziehung
- Leibesmitte
- brasilianische Stadt
- Wald-, Rabenvogel
- Raucherzubehör (Kzw.)
- Baumfrucht

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Schwierigkeit, Fraglichkeit.

- hart und doch brüchig
- waffelähnliches Gebäck
- spanischer Schriftsteller (Mateo)
- russischer Frauenname
- Gebiet der Mechanik

Landsmannschaffl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

Wesel – Sonnabend, 5. Oktober, 15 Uhr, Heimatstube Wesel, Kaiserring 4: Erntedankfest. – Sonnabend, 12. Oktober, Gerhard Hauptmann Haus, Düsseldorf: 70 Jahre LO-NRW.

SACHSEN-
ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Halle – Freitag, 11. Oktober, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, An der Marienkirche 4 (gegenüber der Marktkirche): Treffen.

SCHLESWIG-
HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Schwartau – Donnerstag, 10. Oktober, 14.30 Uhr, AWO-Begegnungsstätte: Unser Vorstandsmitglied Claus Seifert berichtet über eine Reise nach Grönland. Gelegentlich zwischen dem Nordatlantik und dem Arktischen Ozean, ist Grönland die größte Insel der Erde, jedoch eine der dünnsten besiedelten Regionen. Geologisch gehört Grönland zu Nordamerika, politisch ist es autonomer Teil von Dänemark. Weitgehend unbeeinflusst vom Menschen, hat sich in Grönland eine unberührte Natur erhalten. Jahrtausende alte Eisschichten, kalbende Gletscher, endlose Fjorde – erleben Sie den Zauber der Arktis in Grönland.

Burg/Fehmarn – Dienstag, 8. Oktober, 15 Uhr, Haus im Stadtpark: Landsmannschaft feiert Erntedank. Erntedank ist eine Feier im Herbst, nachdem die Ernte eingebracht wurde, um Gott für die Gaben der Ernte zu danken. Dieses, eines der ältesten Feste, will die Landsmannschaft „Ost-, Westpreußen und Danzig“ Gruppe Burg/Fehmarn mit ihren Mitgliedern und Gästen in gemütlicher Runde feiern.

Flensburg – 6. Oktober, 10 Uhr Erntedankgottesdienst Kirche St. Michael, Flensburg, anschließend Rübennus-Essen.

Neumünster – Mittwoch, 9. Oktober, 15 Uhr, Stadthalle am Kleinflecken: Die Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Gruppe Neumünster, lädt zur Erntedankfeier ein.

Uetersen – Freitag, 11. Oktober, 15 bis 17 Uhr, Haus Uetersen End, Kirchenstraße 7: Unser Vorstandsmitglied Frank Farin berichtet über die wirtschaftliche und politische Situation bei uns und unseren europäischen Nachbarn.

Trachten- und Heimatstube

Die Ostdeutsche Heimat- und Trachtenstuben in Goldenstedt-Ambergen wurden 1973 eröffnet. Zunächst in zwei Klassenzimmern der ehemaligen Schule Ambergen untergebracht, konnten die Heimatstuben 1979 durch die Räume der ehemaligen Lehrerwohnung ergänzt werden. 1984 wurde auf dem Außengelände ein Mahmal, bestehend aus einem großen Felsblock „Deutsche Heimat im Osten“ sowie sechs Findlingen für die jeweiligen Regionen, errichtet. Anfang der 1990er-Jahre wurde die Anlage durch ein Feld mit kleineren Findlingen ergänzt, die individuell gestiftet werden können und an die jeweils persönlichen Herkunftstraditionen erinnern. Die Sammlung umfasst neben Trachten, Trachtenschmuck und Textilien ebenso Bernstein, Porzellan und Glas wie auch Eisenkunstguss, figurliche Darstellungen, Gemälde und kunsthandwerkliche Erzeugnisse. Hinzu kommen Karten, Fotografien und Dokumente. Die Sammlung wird durch eine Bibliothek ergänzt.

2005 übernahm Ingrid Kathmann als neue Kreisvorsitzende die Verantwortung für die Heimatstuben. Das Gebäude wurde grundlegend saniert und die Exponate inventarisiert.

Wildeshauser Straße 12, 49424 Goldenstedt, Telefon (04442) 5759.

Wildeshauser Straße 12, 49424 Goldenstedt, Telefon (04442) 5759.

»Hilfe für Euch«

Am 5. und 6. Oktober stellt die Arbeitsgemeinschaft „Hilfe für Euch“ wieder im Kloster St. Johannis in Schleswig ihre wertvollen Handarbeiten aus Ostpreußen im Rahmen ihrer Ausstellung „Herbsttraum“ aus. Sie wurden von Frauen gefertigt, die damit ihr Zubrot für ihre Familien verdienen. Zum Kauf angeboten werden Accessoires für Wohnzimmer, Küche und Bad, die beliebten handgestrickten Socken und qualitativvolle Röcke und Zweiteiler sowie viele schöne Geschenkartikel, Honig und

Bernstein aus Ostpreußen, Kochbüchlein, Fotokarten und handgefertigtes Konfekt. Der Erlös kommt einerseits den Frauen zugute, die sich durch ihre Arbeit ein Zubrot für ihre Familien verdienen, andererseits rund 100 bedürftigen Familien, die von der Arbeitsgemeinschaft ehrenamtlich betreut werden.

Es gibt Kaffee und selbstgebackenen Kuchen.

Die Ausstellung ist am Sonnabend, 5., und Sonntag, 6. Oktober jeweils von 11 bis 17 Uhr geöffnet. Ulrike Madeya



Dittchenbühne

Elmshorn – Am 28. Oktober bricht das Elmshorner „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ auf zu einer dreitägigen Busreise nach Potsdam und Berlin. Mitreisende sind herzlich willkommen.

In Potsdam wird die Bildungsreise ins „Neue Palais“ und in die Stadt führen. Der zweite Tag steht voll und ganz im Zeichen Berlins: Nach einer Stadtrundfahrt geht es zu einem Besuch des Bundestages. Vor der Rückreise am dritten Tag

nimmt die Reisegruppe an einer Führung der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen auf dem Gelände der ehemaligen zentralen Untersuchungshaftanstalt der Stasi im Berliner Bezirk Lichtenberg teil.

Die verbindliche Anmeldung muss bis zum 4. Oktober erfolgen. Weitere Informationen zur Tour unter Telefon (04121) 89710, per E-Mail unter buero@dittchenbuehne.de oder im Theaterbüro Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn.

»...die mir gefällt...«

Tharau erinnert an 400 Jahre Anna Neander

Am 5. Oktober feiern wir den 400. Geburtstag unseres „Ännchen von Tharau“ in Tharau.

Anna Neander, genannt „Ännchen von Tharau“, geboren und aufgewachsen in Tharau als Tochter von Martin Neander, dem dortigen Pfarrer an der Dorfkirche von Tharau aus dem 14. Jahrhundert.

Anna Neander, eine bildhübsche, junge Frau, ging nach dem frühen Tod ihrer Eltern von Tharau nach Königsberg zu ihrem Vater, wo schon bald kein geringerer als der berühmte Universitätsprofessor an der Albertina-Universität, Simon Dach, auf sie aufmerksam wurde.

Dennoch heiratete Anna Neander schließlich den Theologen Johannes Portatius aus Schlesien, mit dem sie 1636 nach Trempen und später Laukischken bei Labiau ging. 1646 starb Johannes Portatius und Anna Neander überlebte – entsprechend der Pfarrwitwenversorgung – noch weitere zwei Ehemänner, um schließlich ihren Lebensabend bei ihrem Sohn Friedrich in Insterburg zu verbringen, wo sie dann am 28. September 1689 starb.

Das Leben der Anna Neander war gekennzeichnet von zahlreichen Schicksalsschlägen, wie dem Tod von sieben ihrer elf Kinder.

Berühmt wurde sie durch Simon Dach, dem „Kopf der Musikalischen Kürbishütte“ einem exklusiven Freundeskreis der Dicht- und Gesangkunst in Königsberg.

Dort auch entstand zur Hochzeit der Anna Neander mit Johannes Portatius das berühmte Volkslied „Ännchen von Tharau“, das Simon Dach in samländischem Platt verfasste und das später von dem großen Ostpreußen, Johann Gottfried Herder, ins hochdeutsche übertragen wurde.

Der Tübinger Musikprofessor, Friedrich Silcher, vertonte schließlich das Lied und machte es zu einer Hymne Ostpreußens, die weit über die Grenzen Ostpreußens in aller Welt bekannt und heute noch gesungen wird.

So ist das Volkslied „Ännchen von Tharau“ eng mit unserer Gemeinde Tharau verbunden und gilt als eines der bedeutendsten und meist gesungenen Volkslieder, nicht nur in Deutschland, auch wenn viele Menschen nicht wissen, dass Tharau in Ostpreußen liegt.

„Anny of Tharau“, die englische Übersetzung, ist in den USA und im englischen Sprachraum genauso bekannt, und auch unsere russischen Nachbarn verehren unsere ostpreußische Berühmtheit und singen dieses Volkslied bei jeder Gelegenheit.

Für die in Düsseldorf lebende französische Mezzosopranistin,

Isabelle Kusari, ist gerade heute unser „Ännchenlied“ fester Bestandteil ihres klassischen Repertoires, das sich insbesondere dem deutschen Liedgut widmet und Ausdruck für deutsch-preußische Tugenden, den Reichtum der deutschen Sprache und den Stil der großen Denker stehe.

In dem kürzlich im Fernsehen ausgestrahlten zweiteiligen Film über das Leben der Unternehmerfamilie Burda in Offenburg wurde gezeigt, dass sich Frau Anna Burda ihren späteren Rufnamen „Änne“ nach ihrem Lieblingslied „Ännchen von Tharau“ gab.

Am 5. Oktober 2019 finden im Kulturzentrum von Tharau unter Leitung von Irina Lombenko und ihrem Team, die Festlichkeiten anlässlich des 400. Geburtstages von Anna Neander statt.

Das Programm ist bunt und umfangreich und beginnt in der wunderbaren kulturgeschichtlich bedeutenden und unter Denkmalschutz stehenden Kirche von Tharau, die zu diesem Tag erstmals nach 1945 gefahrlos begehbar sein wird. Zahlreiche kleine und große Spenden aus Nah und Fern, vorwiegend aus Deutschland, haben dieses möglich gemacht.

Der Festakt bewegt sich von dort in das nahe gelegene 70-jäh-

rige Kulturzentrum und Heimatmuseum, in dem die Gipsbüste unseres „Ännchen“ steht, aus der die Künstler Arnold Künne (1912) und später – nach der Zerstörung – Harald Haacke (1988) die Bronzestüben für die „Ännchenfigur“ auf dem Brunnen in Memel, der Geburtsstadt Simon Dachs, schufen.

Irina Lombenko wurde in Tharau geboren und ist eine ausgesprochene Kennerin der deutschen Geschichte um unsere Heimatstadt Tharau und stolz auf die damit verbundenen Sitten und Gebräuche. Sie wird vor dem Museum das in Stein gemeißelte Relief eines „Ännchen“ enthüllen.

Dieses Relief entstand aus der Hand eines bekannten Königsberger Künstlers in Anlehnung an die uns bekannte „Ännchenbüste“ und ist sehr ansprechend.

Irina Lombenko rechnet mit zahlreichen Besuchern aus Politik und Wirtschaft, den diplomatischen Vertretern beider Staaten, den Einwohnern von Tharau und Wittenberg und sehr vielen besonders von jungen Leuten. Auch wir alle sollten uns dieses Ereignis nicht entgehen lassen. Ich werde dabei sein.

Joachim Anker



Zierde des Simon-Dach-Brunnens: Das „Ännchen“ in Bronze

Bild: Wikipedia



Erinnerung an schöne Momente.
Erinnerungen an ein farbenfrohes Lächeln,
Erinnerungen an einen ganz besonderen Menschen...
Das alles bleibt uns ewig erhalten...

Rudi Walter

* 23. August 1931 † 5. September 2019

In Liebe und Dankbarkeit

Ellen
Cornelia und Stefan
Johanna und Carlotta
Monika

Wenn ihr mich sucht, sucht in euren Herzen.
Habe ich dort eine Bleibe gefunden, lebe ich in euch weiter.

Wir nehmen im engsten Familienkreis Abschied.

Völlig unvorbereitet ist er von uns gegangen.

Horst Wondollek

* 12. September 1944 † 14. September 2019
in Ostpreußen in Hamburg

Liebe und Erinnerung ist das was bleibt, lässt Bilder
und glückliche Momente aus der gemeinsam verbrachten
Zeit vorüberziehen.

Seine Familie

Die Urnenbeisetzung hat im engsten
Familienkreis stattgefunden.

PAZ wirkt!

www.preussische-allgemeine.de

Solange ihr an mich denkt,
werde ich bei euch sein.

Traurig nehmen wir Abschied von unserer lieben Mutter,
Schwiegermutter, Oma, Schwester, Schwägerin und Tante

Andrea Sunniva Hennings

geb. Braemer

* 16. August 1943 † 21. September 2019
Nowischken/Braemerhusen Großbarkau
Kreis Schloßberg



Du wirst immer in unserem Herzen sein
Peter und Purity Hennings
Jens und Heidi Hennings mit Silja
Christian und Cornelia Braemer
Benjamin Braemer mit Familie
Jeanette Braemer
Hjalmar Braemer mit Familie

Großbarkau
Auf ihren Wunsch findet die Beisetzung in aller Stille statt.

Anzeigen

Selbst Kanada ist nicht zu weit

Das Geschichtsseminar der Landsmannschaft Ostpreußen 2019 in Helmstedt

Stationen der ostpreußischen Geschichte, Teil 5, so lautete das Thema des diesjährigen Geschichtsseminars der Landsmannschaft Ostpreußen vom 20. bis 22. September. Rund 50 Teilnehmer im Alter zwischen 24 und 90 Jahren waren der Einladung der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) gefolgt und hatten sich bei spätsommerlichen Temperaturen in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt versammelt. Die längste Anreise hatte Harald Step-puhn. Der Sohn ostpreußischer Eltern war extra aus Kanada ange-reist.

Den Abendvortrag am Freitag hielt Sebastian Husen. Der LO-Bundesgeschäftsführer war kurzfristig für einen Referenten eingespungen. Anhand von 100 Bildern erläuterte er die wichtigsten Stationen der ostpreußischen Geschichte in über sieben Jahrhunderten, beginnend mit den Ureinwohnern, den baltischen Prußen, und endend mit den schicksalhaften Ereignissen am Ende des Zweiten Weltkrieges.

Der Sonnabend begann mit einem Vortrag von Rechtsanwalt Lars Rosinsky über die rechtlichen Beziehungen Ostpreußens zu Deutschland unter besonderer Berücksichtigung des 19. Jahrhunderts. Ostpreußen war nicht Teil des Alten Reiches und gehörte nach 1815 auch nicht dem Deutschen Bund an. Erst mit der Gründung des Norddeutschen Bundes 1867 und des Deutschen Reiches 1871 wurde Ostpreußen auch im staatsrechtlichen Sinn ein Teil Deutschlands. Im Vordergrund standen rechtliche Aspekte wie die Einflusssphären von Kaiser und Papst im Mittelalter, die Deutung der Lehnsherrschaft oder die Einordnung der Personalunion mit Brandenburg. Ein sehr interessantes, aber auch vielschichtiges Thema, das der Referent in verständlicher Form zu vermitteln wusste.

Professorin Monika Wienfort, Berlin, fasst sich als Neuzeithistorikerin mit der Rechts- und Verfassungsgeschichte des

19. und 20. Jahrhunderts. Ihr Spezialgebiet ist die Erforschung des preußischen Adels und der Patrimonialgerichtsbarkeit. Sie sprach über „Frauen im Verein – Formen gesellschaftlicher Mobilisierung in den provinziellen Strukturen Ostpreußens von 1860 bis 1910“ und stellte drei Beispiele aus dem Bereich des weiblichen Engagements dieser Jahre vor, den Vaterländischen Frauenverein, die Aktivitäten der Gräfin Anna Lehndorff und den Landwirtschaftlichen Hausfrauenverein.

Der Vaterländische Frauenverein, oder korrekt „Deutscher Frauenverein zur Pflege und Hilfe für Verwundete im Kriege“, wurde von der preußischen Königin und späteren deutschen Kaiserin Augusta 1866 gegründet. Der Zweck dieses Vereins, der in Ostpreußen seinen Anfang nahm, beschränkte sich auf karitative Tätigkeiten. Monika Wienfort schilderte danach die Bemühungen der Gräfin Anna Lehndorff auf dem Gebiet der Wohlfahrtspflege. An Ideen und Ausdauer mangelte es der Gräfin nicht, so gründete sie 1880 in Angerburg die Wohltätigkeitsanstalten Bethesda als Siedenheim für Arme, Krüppel und Blinde. Nach dem Ausbau dieser Einrichtung durch Superintendent Hermann Braun war die Provinzial-, Heil-, Lehr- und Pflegeanstalt Bethesda mit 35 Gebäuden die zweitgrößte Anstalt der Inneren Mission in Ostpreußen.

Ein weiteres Beispiel für weibliche Vereinstätigkeiten ist die Gründung des Landwirtschaftlichen Hausfrauenvereins, die auf Initiative der ostpreußischen Gutsfrau Elisabet Boehm erfolgte.

Der am 2. Februar 1898 in Rastenburg gegründete erste Landwirtschaftliche Hausfrauenverein wurde zum Ausgangspunkt einer Organisation im landwirtschaftlichen Bereich beheimateter Frauen, die sich bis 1933 zu einem der bedeutendsten Frauenverbände entwickeln sollte. Der Verein setzte auf ländlich-hauswirtschaftliche Weiterbildung der Frauen und die Schaffung günstiger Absatz-

möglichkeiten der ländlichen Hauswirtschaft.

Den Nachmittag eröffnete Jürgen W. Schmidt, 1. Vorsitzender des Preußeninstitutes Remscheid, mit einem ersten Thema, dem Umgang mit der Trunksucht in Preußen am Beispiel der Westpreußischen Trinkerheilanstalt Sagorsch.

Das Problem der Trunksucht im 19. Jahrhundert war in Preußen ein gesamtgesellschaftliches Problem. Vor allem Kartoffelschnaps war für jedermann erschwinglich und überall erhältlich. Dies führte

Der Ertragsüberschuss aus dem Verkauf der landwirtschaftlichen Produkte wurde auch für den Bau einer Unterkunft für weibliche Trunksüchtige verwandt. Die private Trinkerheilanstalt existierte bis 1914.

Anschließend sprach Wolfgang Freyberg, Direktor des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen, über die Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen am 11. Juli 1920. Zwei Wochen nach der Abstimmung tagte der Reichstag in Berlin. Die Sitzung begann mit der Ansprache des Reichsprä-

fon (09141) 8644-0 käuflich erworben werden kann.

Nach dem Abendbrot folgte „Freyberg – Teil 2“, der Direktor des Kulturzentrums stellte sein Haus und die Aktivitäten der Ellinger Einrichtung vor. Neben Archiv und Bibliothek gibt es ein museales Schaufenster zur Landes- und Kulturgeschichte Ostpreußens und regelmäßig Sonderausstellungen. Zusätzlich hat das Kulturzentrum zweisprachige Ausstellungen zur Geschichte einzelner Städte erstellt, die dauerhaft im südlichen Ostpreußen gezeigt werden. Kooperationen mit russischen, polnischen und litauischen Einrichtungen runden die grenzüberschreitende Arbeit ab. Unterstützt wird Freyberg bei seiner Arbeit in Ostpreußen auch von Gabriela Kusajda. Zu den besonderen Veröffentlichungen des Kulturzentrums zählen die Zeitzeugenprojekte. Frau Kusajda, die hierfür die Interviews geführt hat, berichtete über ihr letztes Projekt „Neue Nachbarn – Deutsche und Polen im Ermland und in Masuren nach 1945“.

Der erkenntnisreiche Tag fand seinen Abschluss in der Kellerklausur des Bildungszentrums. Bei einem Gläschen Bier sprach man noch über die Trunksucht, die Volksabstimmung vor fast 100 Jahren und machte neue Bekanntschaften. Schon hier bei dem „gemütlichen Teil des Seminars“ wurde resümiert: „Herr Dr. Husen hat an uns den Bildungsauftrag erfüllt, Prost“.

Der letzte Tag bot noch zwei interessante Vorträge. Der Historiker Marco Wachtel sprach über die Geschichte des Rundfunks in Ostpreußen. Die Anfänge dieser Technik sind im militärischen Bereich zu finden, bis dann 1919 die Freigabe für die zivile Nutzung erfolgte. Im Januar 1924 fand die Gründung des Senders Königsberg statt. In der Anfangszeit nur mit wenigen Minuten Sendezeit, entwickelte sich der Ostmarkenrundfunk zum Reichssender Königsberg mit vielfältigem Pro-

gramm. Der anfängliche Gedanke des Rundfunks als Bildungsmedium geriet immer mehr in den Hintergrund zugunsten der Unterhaltung. Der Vortrag von Wachtel wurde von seltenen Tondokumenten begleitet. Darunter eine Rarität: Der Wortbeitrag des berühmten 1862 in Königsberg geborenen Mathematikers David Hilbert, dem sprachlich seine Herkunft aus Ostpreußen deutlich anzuhören war.

Den Abschluss bildete der Vortrag von Henriette Piper zum Lebensweg des letzten Pfarrers von Königsberg – Hugo Linck (1890–1976). Als Mitglied der Bekennenden Kirche stand der Königsberger Pfarrer im Widerspruch zum NS-Regime. Trotz drohender Eroberung Ostpreußens durch die Rote Armee entschied er sich im Januar 1945 gegen die Flucht und blieb bei seiner Gemeinde, bis er zusammen mit seiner Frau und den letzten Überlebenden der „Kaliningrader Hölle“ im Frühjahr 1948 abtransportiert wurde. Als Pastor in Hamburg und Seelsorger seiner versprengten ostpreußischen Gemeinde begann er im Nordwesten Deutschlands ein zweites Leben.

Auf der Grundlage von Hunderten von Briefen aus dem Nachlass ihrer Großeltern rekonstruierte Henriette Piper die Lebensgeschichte ihres Großvaters – eines Mannes, der sein Gewissen und seine Verantwortung gegenüber den Mitmenschen stets über sein eigenes Wohlergehen stellte.

Mit dem gemeinsamen Absingen des Ostpreußenliedes endete das Geschichtsseminar, einige notierten sich anschließend noch den Termin fürs nächste Jahr (18. bis 20. September), sie wollen alle dabei sein, wenn es in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt heißt: Stationen der ostpreußischen Geschichte, Teil 6. Das Seminar wurde gefördert durch Mittel der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien über das Kulturreferat am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. *Andreas Galenski*



Die Referenten: (v. l.) Marco Wachtel, Jürgen Schmidt, Sebastian Husen, Henriette Piper und Wolfgang Freyberg

Bild: A. Galenski

dazu, dass in den Gasthäusern und Schankwirtschaften in Stadt und auf dem Land sogenannte Trinkerlisten aushingen, auf denen die ortsansässigen Trinker aufgeführt waren. Der Verkauf von Alkohol an diese war strengstens verboten, harte Strafen wie Konzessionsentzug drohten den Wirten.

Im Jahre 1893 wurde die Westpreußische Trinkerheilanstalt in Sagorsch (Kreis Neustadt) auf Initiative von Pfarrer Rindfleisch gegründet. Die Trunksucht wurde als Krankheit angesehen, deren Behandlung im sofortigen Entzug und der Beschäftigung der Patienten mit Feld- und Gartenarbeiten bestand.

sidenten Paul Löbe anlässlich des Abstimmungsergebnisses in Ost- und Westpreußen, mit der auch Freybergs einen Vortrag eröffnete.

In seinen weiteren Ausführungen beleuchtete Freyberg die ganze Bandbreite deutscher und polnischer Aktivitäten und ging besonders auf das Wirken der Interalliierten Kommission für die Volksabstimmung (aus britischen, französischen, italienischen und japanischen Offizieren bestehend) ein. Zu dem Thema Volksabstimmung hat das Kulturzentrum eine Ausstellung und einen von der LO mitfinanzierten Belegkatalog mit zahlreichen Aufnahmen erstellt, der beim Kulturzentrum Ostpreußen unter Tele-

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

»Das ist meine Mission«

Zweimal wurde Jodlinski als Direktor geschasst, doch bleibt er historischer Überzeugungstäter

Man trifft ihn bei allen wichtigen Veranstaltungen, die mit der Geschichte und dem Kulturerbe Schlesiens zu tun haben, sei es beim oberschlesischen Fest des Industrienerbes „Industriada“, bei der Eröffnungsveranstaltung der Kulturhauptstadt Breslau oder bei Jubiläumsveranstaltungen zu den polnischen Aufständen in Oberschlesien: Leszek Jodlinski.

Der Kunsthistoriker und gebürtige Gleiwitzer ist Kandidat der Deutschen Minderheit in Kooperation mit der Bürgerkoalition im Wahlkreis Gleiwitz-Beuthen [Bytom] für die Sejm-Wahl im kommenden Monat. Auch wenn er Oberschlesier in erster Generation ist, so stammt er aus einem Elternhaus, das durchaus auch im deutschen Kulturkreis aufwuchs.

„Meine Vorfahren kommen aus der Nähe von Lemberg, aus einem Ort, der noch bis 1918 Münchenthal [Muzylowice] hieß und von Galiziendeutschen gegründet wurde. 1949 wurde meine Familie zur Änderung des Nachnamens gezwungen. Jodlinski ist nun mein Name, diesen Teil meines Polentums werde ich nie verleugnen. Aber dieser Teil bereichert mich

genauso wie der andere, und so habe ich ein großes Verständnis für diejenigen, die wegen ihres Andersseins diskriminiert werden und die ihre Geschichte – vor allem in unserem Museumswesen – nicht erzählen dürfen“, sagt der geschasste Direktor des Schlesischen Museums Kattowitz und des Oberschlesischen Museums Beuthen in der Sendung des Internetradios „Mittendrin.pl“.

Schon während seiner Studienaufenthalte in Heidelberg, Tokio und Warschau sei ihm stets klar geworden, wie sehr er doch an seiner Heimat Oberschlesien hängt. „In Warschau suchte ich naiver Weise nach schlesischen Spuren. Wie groß doch meine Freude war, als ich bei meinen Antiquariatsbesuchen auf historische Schlesienkarten stieß“, erinnert sich Jodlinski. „Schon der Schriftsteller Horst Bienek sagte, je weiter entfernt er von Schlesien sei, desto mehr fühle er sich als Schlesier. Ähnlich empfinde ich auch“, betont Jodlinski. Als ihm 2003 der Posten des Museumsleiters in Gleiwitz angeboten wurde, ergriff er die Chance, zu Hause wirken zu dürfen. Doch bald schon eckte er durch seine offene

Affinität zum deutschen Kulturerbe an. Verbiegen wollte sich Jod-

linski nicht, und so wurde er gleich mehrmals, wie er sich aus-



Möchte Anwalt für Oberschlesien sein: Abgeordneter Leszek Jodlinski

Bild: C. W. Wagner

drückt, „arbeitslos“. In seiner erzwungenen Arbeitslosigkeit blieb er jedoch nicht untätig, sondern gründete einen Verlag und gab Bücher heraus. Darunter auch die Tagebücher des Geistlichen Franz Pawlar. „Pawlar war Kaplan im Palast der Ballettstremis in Plawniowicz [Plawniowice] und so wie Norman Davies über den Breslauer Mikrokosmos schrieb, entdeckte ich bei Pawlar etwas Adäquates“, so Jodlinski, der durch die Herausgabe der Tagebücher einen großen Beitrag zur Erinnerung an die sogenannte Oberschlesische Tragödie von 1945 leistete.

An seiner letzten Wirkungsstätte, dem Oberschlesischen Museum zu Beuthen, gründete Jodlinski einen Sammlerklub. Dort konnten Besitzer von Erinnerungsstücken über ihre Exponate erzählen. „Naturgemäß zählt der Großteil von ihnen zu Deutschen Volksgruppe. Ich habe den Klub deshalb gegründet, damit dieser Teil der Bevölkerung eine Stimme bekommt – ganz gleich ob als Einzelperson oder als Verband“, so der frisch entlassene Museumsleiter.

Mein Zuhause, meine Heimat, mein Arbeitsplatz – ist sein Wahl-

spruch. „Um sich zu Hause wohlfühlen, muss man die Möglichkeit haben, seine Emotionen frei zu äußern – und das eben auch in seiner Muttersprache. Das ist bei uns immer noch nicht selbstverständlich“, so der Kulturmanager und Politologe Jodlinski, der für das Recht auf die eigene Erinnerungskultur stehen möchte: „Wenn es in unserer Region historische Erinnerungsstücke gibt, die mit deutscher Kultur zu tun haben, dürfen diese nicht nur nicht vernichtet werden, sondern sie dürfen auch nicht als wenig wichtig betrachtet werden. Denn auch dies ist wichtig, damit man sich zu Hause wohlfühlt. Darin sehe ich meine Mission. Was ich als Recht zur Erinnerung bezeichne, ist für mich als Museumsarbeiter deshalb so wichtig, weil der Jetztzustand eben nicht nur nicht zufriedenstellend ist, sondern es kommt dabei immer noch zu Diskriminierungen der deutschen Volksgruppe“. Viel zu oft, so Jodlinski, werden die Deutschen bei öffentlichen Diskursen oder Staatsfeierlichkeiten, wie neulich bei der Feier zum 100. Jubiläum der Aufstände, ausgegrenzt. *Chris W. Wagner*

Exklusiv in Pommern unterwegs

Kreuzfahrt mit Alleinstellungsmerkmal von Stralsund nach Stralsund

Stralsund. Schauplatz Ballastkiste. Ein makelloser Spätsommerhimmel signalisiert schönsten Reisewetter. Nach einem Rundgang durch die Stralsunder Altstadt samt Ozeaneums- und GORCH FOCK (I)- Besuch trifft sich die europaweit angereiste Gästeschar auf dem langgestreckten Oberdeck zum abendlichen Auslaufmanöver.

MS JUNKER JÖRG ist ausgebucht, nicht zuletzt wegen der einmaligen Route. Kreuzfahrten sind in, vor allem seekrankheitsfreie auf einem Flusskreuzfahrtschiff. Rund 500.000 Menschen entscheiden sich jährlich für die familiäre Binnenvariante ohne Massenbetrieb – mit zunehmender Tendenz. Der Ostseehafen Stralsund profitierte besonders davon: über 150 Flusskreuzer-Anläufe pro Jahr konnte er zeitweilig verbuchen – das ist fast doppelt so viel wie Rostock-Warnemünde. Hochseekreuzfahrtschiffe ansteuern – und ist seitdem auf diesem Gebiet Spitzenreiter in Mecklenburg-Vorpommern.

„Erstaunlich“, meint ein Relings-Nachbar mit Revierkenntnis, „was man hier in kurzer Zeit alles zu sehen bekommt, sogar richtige Seefahrt mit Wellengang über Sund und Bodden!“ Ein dreistündiger Wassersprung über den Sund und Bodden mit Abendessen vor Sonnenuntergang.

In der Hafeneinfahrt von Greifswald-Wieck wird um 21 Uhr festgemacht. Die einladenden Kneipen des herausgeputzten Dörfchens locken danach zum Absacker. Das altehrwürdige Greifswald am Flüsschen Ryck, Hanse-Schwester von Stralsund, steht am nächsten Vormittag auf dem Pro-

gramm der Stadtführung.

High noon: zwölf Uhr mittags und Leinen los zur dreistündigen Fahrt nach Lauterbach. Die Gäste strecken sich genüsslich in den Liegestühlen aus zum Mittagsschlafchen mit Bräunungseffekt.

Voraus taucht an Steuerbord die naturgeschützte Insel Vilm auf. In ihren Reetdachhäusern urlaubten einst die Spitzenkader der DDR-Staatspartei, unter anderen auch Erich Honecker. Wie zur Bestätigung und Begrüßung pfeift der „Rasende Roland“ über den südri-genschen Hafen. Der dampfende Schmalspurzug hält mit quietschenden Bremsen gegenüber dem JUNKERS Liegeplatz im ältesten Seebad Rügens, das Fürst Malte zu Putbus 1816 aus der Taufe hob. Im nahen Badehaus Goor vergnügte sich einst die adlige Elite. Nur drei Kilometer entfernt davon das Dörfchen Vilmnitz, 1967 Hauptdrehort der deutsch-deutschen Filmkomödie „Die Heiden von Kummerow“.

Schon der Dichter Ernst Moritz Arndt schwärmte von seiner Heimat: „Oh, Rügen! Liebliche Insel, wohin ewig die Liebe sich sehnt...!“ Busausflüger werden am Abend von der Königsstuhl-Aussicht berichten, die schon der Greifswalder Romantiker Caspar David Friedrich gemalt hat. Andere lockt der „Rasende Roland“, dessen Dampf- und Rauchschwaden sie vom offenen Aussichtswagon begierig einsaugen wollen.

Nach drei Stunden Boddenüberquerung taucht voraus an Backbord ein ehemaliger Wachturm auf. Das Dorf Peenemünde machte Weltgeschichte, als 1942 in der Heeres-Versuchsanstalt die ersten V1- und V2-Raketen abgefeuert wurden.



Das Wahrzeichen von Swinemünde – der Windbaken-Leuchtturm auf der Mole

(Foto: Schmidt-Walther)

Grundlage für die spätere bemannte Raumfahrt von USA und UdSSR.

Weiter geht es über die 66 Kilometer lange Insel Usedom, nach Rügen Deutschlands zweitgrößte Insel und einziger Insel-Naturpark, zu ihren mittlerweile schon wieder mondänen Bädern an der Seeseite.

Der Peenestrom, ein Oder-Arm, und das Achterwasser verbinden

Greifswalder Bodden und Stettiner Haff. Irgendwann weitet sich der Blick aufs Oderhaff mit seinen charakteristischen Gittermast-Leuchttürmen noch aus der Kaiserzeit. Deswegen bekam die Fahrinne auch ihren Namen „Kaiserfahrt“. Gegen den träge fließenden Oderstrom schiebt sich der JUNKER der alten Hansestadt Stettin entge-

gen, die 200 Jahre lang bis 1945 pommersche Hauptstadt war. Viele ehemalige Stettiner an Bord sind gespannt auf „ihre“ Stadt.

Am nächsten Tag locken die ansehnlich restaurierte mittelalterliche Altstadt, das Schloss der Pommernherzöge samt ihren Sarkophagen, der rostrote Backsteinbau des Altstädter Rathauses, die gotische Jakobi-Kathedrale und das Schloss der Herzöge von Pommern.

MS JUNKER JÖRG dreht in der Oder, um flussabwärts in vier Stunden durch die Kaiserfahrt übers Haff Swinemünde anzulaufen. Begleitet von himmlischen Trompetenklängen hunderter Kraniche. Bis die 40.000-Einwohner-Stadt in Sicht kommt. Sie ist natürlich geteilt, weil sie zur einen Hälfte auf der Insel Usedom, zur anderen auf der Nachbarinsel Wollin liegt. Zwischen beiden verläuft die Swine, ein Mündungsarm der Oder.

Im 19. Jahrhundert war Swinemünde das bedeutendste und exklusivste Seebad an der Ostseeküste, wegen des ab 1824 einsetzenden Badebetriebes und der Entdeckung heilkräftiger Mineralquellen 1897 auch „Perle der Ostsee“ genannt.

Die Sonne wirft ihre herbstlichen Strahlen wieder auf die Hansestadt Stralsund, Endstation der einwöchigen Reise von Stralsund nach Stralsund. „Die Landschaft ist unser Kapital“, meint der Hafenmeister, und er freut sich, „dass durch die JUNKER JÖRG der maritime Tourismus der Region einen weiteren Schub erhält.“ Ab 2020 ist geplant, das Schiff ganzjährig in Stralsund zu stationieren, um dem Elbe-Niedrigwasser zu ent-

gehen. Damit würde auch die aufwändige Ostsee-Überführung von und nach Kiel entfallen.

Am nächsten Vormittag sagt der erfahrene Hoteldirektor und frühere Reiseleiter Christian zum Abschied: „Ich habe schon viel gesehen, aber dieses Sund- und Bodden-Revier gehört für mich zu den schönsten, die ich kenne.“ Mit Traumerlebnissen von einer Nach-Wende-Reise, wie sie davor niemals möglich gewesen wäre.

Peer Schmidt-Walther

Infos:

Schiffsdaten: MS JUNKER JÖRG; Baujahr: 1991; Bauwerft: De Biesbosch, Dordrecht, NL; Länge: 95 m; Breite: 11 m; Tiefgang: 0,95 m; Hauptmaschinen: 3 x 600 PS Deutz; Tonnage: 1400 t; Renovierung/Umbau: 2012; Passagiere (max.): 112; Crew: 26; Heimathafen: Berlin (einziges Kabinenschiff mit Heimathafen Berlin); Flagge: Deutschland; frühere Namen: THEODOR FONTANE, VIKING FONTANE;

Ausstattung: 56 11 qm-Kabinen (davon 8 große 15 qm-Suiten mit französischem Balkon), Rezeption, Restaurant (eine Tischzeit), kleiner Bordshop, Bibliothek, Sonnendeck, Panorama-Lounge mit Bar, kostenfreies WLAN, Flat-TV, Bewertung: 4 Sterne

Route der achttägigen Reise (Juni bis Oktober): Stralsund-Greifswald-Wieck-Lauterbach/Rügen-Peenemünde/Usedom-Wolgast-Stettin-Swinemünde-Stralsund. Infos, Veranstalter: www.viva-cruises.com

Johanna Odebrecht schuf segensreiche Einrichtung

Über 150 Jahre Dienst am Menschen in Greifswald

Eine Wohltäterin mit Nachwirkung.

In Greifswald kann die Johanna-Odebrecht-Stiftung auf eine über hundertfünfzigjährige Geschichte zurückblicken. Sie wurde per Testament vom 7. Juli 1848 durch Johanna Odebrecht begründet, hat ihren Hauptsitz in der Gützkower Landstraße und genießt bis heute als kirchliche Stiftung in Mecklenburg-Vorpommern wegen ihrer sozialpolitischen Leistungen eine große Wertschätzung. Nach der Wende 1989/90 wurden die ursprünglichen Wirkungsbereiche nochmals erweitert.

Die stifterische Gesamtpalette reicht jetzt vom Krankenhaus Bethanien über ein Altenhilfzentrum, eine Fachklinik für Abhängigkeitsrehabilitation und eine Schule für geistig Behinderte bis zu Suchtberatungsstellen in verschiedenen Städten der Region. Im Haus 1 befindet sich zudem ein Betsaal mit einer Orgel. Die streng pietistische Stifterin, die sich in ihrem Wirken maßgeblich an Johann Heinrich Wichern und dessen „Das Rauhe Haus“ orientierte, schuf sich einst mit ihrem Lebenswerk ihr ganz persönliches Denkmal, mit dem sie über alle politischen Zeitenwechsel bis in die Gegenwart nachwirkt. Sie gehört zu den herausragenden Persönlichkeiten Greifswalds und Vorpommerns, deren Wirken auch

in verschiedenen Schriften Berücksichtigung findet.

Marianna Philippina Johanna Odebrecht wurde am 11. September 1794 in Greifswald geboren. Sie hatte noch vier jüngere Geschwister. Ihr Vater war der Sohn des Greifswalder Bürgermeisters und ein promovierter Jurist, der zunächst als Ratsverwandter sowie Syndikus der Stadt fungierte, für die Verlegung des Oberappellationsgerichts von Stralsund nach Greifswald sorgte und ebenfalls das Amt des Bürgermeisters übernahm. Er galt als überaus wohlhabend. Das Mädchen erhielt eine mädchenstypische Erziehung, verlor früh die Mutter und litt schon als Kind nach einem Unfall an einer dauerhaften Rückgratverkrümmung. Mehr noch. Als junges Mädchen verlor sie ebenfalls im Gefolge eines Unfalls ein Auge. Die Bürgermeistertochter war damit lebenslang behindert und ohne Hoffnung auf eine angemessene Verheiratung. Nach dem frühen Tod des Vaters wurde sie allerdings zur reichen Erbin. Zum repräsentativen Grundstück in der Wollweberstraße gesellte sich die beträchtliche Summe von 90.000 Taler.

Die junge Frau verzweifelte nicht, sah ihre Zukunft in der Wohltätigkeit und begeisterte sich früh für die Sozialarbeit von Johann Heinrich Wichern. Ihr Hamburger Vorbild wiederum hatte

sein Vorbild in Johannes Daniel Falk in Weimar gesehen, der mit dem Rauhen Haus eine „Anstalt zur Rettung verwahrloster und schwer erziehbarer Kinder“ gegründet, nebenbei eine beispielhafte Armen- und Krankenpflege betrieben und damit die Innere Mission der Evangelischen Kirche ins Leben gerufen hatte. Für



Die Johanna-Odebrecht-Stiftung ist eine kirchliche Stiftung in Greifswald. Ihr Hauptsitz befindet sich in einem 1902 bis 1904 errichteten denkmalgeschützten Gebäudekomplex in der Gützkower Landstraße.

(Foto: Odebrecht-Stiftung)

eine solche Tätigkeit nutzte Odebrecht fortan ihr Erbe in Greifswald. Das wurde für Jahrzehnte ihr Lebensinhalt.

Sie kurbelte mit ihrem Namen

und ihrem Geld die Armenversorgung und Krankenpflege an und begründete 1828 in ihrem Wohnhaus eine Armenschule, die sie 1833 in eine Erziehungsanstalt für Mädchen aus schwierigen Verhältnissen umwandelte. Die Wohltäterin sorgte für eine straffe Zucht und ließ sich dabei durch niemand hineinreden, auch nicht

vom Superintendenten, organisierte analog zu Falk eine Rund- und Ausbildung und trug aus ihrem Vermögen alle Kosten. Das reichte von der Unterbringung über die

Kleidung, Verpflegung und das Unterrichtsmaterial bis zur Bezahlung des Lehr- und Aufsichtspersonals.

Ab 1839 betreute sie zusätzlich die Mädchen des Waisenhauses in Greifswald, wofür sie von der Stadt jährlich 100 Taler als Zuschuss bekam. Frau Odebrecht gedieh dabei über die Jahre zu einer Wohltätigkeitsinstitution, die wegen ihrer Konsequenz aber auch gefürchtet wurde. Halbheiten und Schlenkrian duldete sie nicht. Mehr noch. Sie bildete sich durch Hospitation im Rettungshaus in Düsseldorf weiter und plante für diese Einrichtung eine zusätzliche Finanzspritze aus ihrem Erbe. Als diese Anstalt dann nach Schlesien übersiedelte, engagierte sich die Greifswalder Wohltäterin im dortigen Rettungshaus in Kraschnitz in der ihr eigenen Art und Weise. So pendelte Johanna Odebrecht im Alter zwischen Greifswald und Kraschnitz. Zwischendurch traf die Sozialarbeiterin Vorsorge für die Zeit nach ihrem Tode. Sie legte in ihrem Testament von 1848 fest, dass nach Auszahlung ihrer Geschwister das verbliebene Kapital und die Häuser mit ihren Erträgen in eine Stiftung überführt werden, die in der Folge ihre sozialen Projekte in Greifswald und Schlesien in ihrem Sinne weiterführen sollte. Darüber starb die Wohltäterin am 14. April 1856 in Kraschnitz.

Trotz aller von ihr getroffenen Regelungen kam es unter den Nachlassnutzern nach ihrem Tod zum Streit. Es ging ums Geld. Bis dahin, dass das preußische Obertribunalgericht ein Machtwort sprechen musste. Danach fungierte als Verwalter und Testamentsvollstrecker an der Spitze eines Vier-Männer-Gremiums Daniel Joachim Christian Teßmann, der die Stiftung auf den von Odebrecht verlangten Weg brachte und dann selbst als Bürgermeister in Greifswald wirkte. Als dann die städtischen Freischulen nach 1885 die soziale Betreuung verbesserten, wurde die Odebrechtschule geschlossen und alle diesbezüglichen Stiftungsgelder dem Rettungshausfond einverleibt. Damit wurden ab 1902 an der Gützkower Landstraße die Gebäude des neuen Greifswalder Rettungshaus erbaut, die bis heute Bestand haben und als Backsteinkomplex mit historistischen Stilelementen unter Denkmalschutz stehen. Die Johanna-Odebrecht-Stiftung überstand die Einmischungen der Nazis, bewahrte in der DDR im Unterschied zu anderen Greifswalder Stiftungen ihre Unabhängigkeit und erwachte nach der Wende zu neuer Blüte.

Martin Stolzenau

Info:
<https://odebrecht-stiftung.de>

In Misskredit

Zu: „Deshalb haben wir das gemacht“ (Nr. 36)

Die Festrede des Ministerpräsidenten Armin Laschet aus dem Kalifat Nordrhein-Westfalen zum „Tag der Heimat“ hat mich tief verstört.

Wie kann der Festredner die Erwartung aussprechen, dass auch in den nächsten Jahren „Tage der Heimat“ begangen werden, wenn unser Land durch rechtswidrige Handlungen der regierenden Politiker, zu denen auch Herr Laschet gehört, mit kulturfremden Menschen überschwemmt wird? Ein Widerspruch par excellence und Beispiel für die Entfremdung der Politiker von der Wirklichkeit. Auch ohne selbst erlebte Vertreibung gibt es für mich seit der Grenzöffnung 2015 zunehmend keine Heimat mehr. Und so fühle ich mich mit Blick auf die Ergebnisse der Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen wohl nicht alleine.

Und die Einforderung des Festredners von Respekt für den „anderen, der hierherkommt und der eine schwierige Situation hat“, ist für mich eine Frechheit. Den Respekt fordere ich zuallererst von den „Schutzsuchenden“, für die ich als Steuerzahler auch noch mit aufzukommen habe, vor uns Deutschen ein.

Es tut mir leid: Vor Messerstechern, Massenvergewaltigern, kriminellen Straßenräubern und Islamisten habe ich absolut keinen Respekt. Und das eingeforderte Zuhören und gemeinsame Sprechen überlasse ich gerne Herrn Laschet und denen, die diese Menschen gerufen haben und die für diese Missstände verantwortlich sind, und den Kirchen, den Gewerkschaften, „Flüchtlingsvereinen“ und den Arbeitgeberverbänden. Ihr schafft das doch wohl, oder doch nicht?

Und gerade die deutschen Heimatvertriebenen haben es gezeigt, wie Menschen eine „schwierige Situation“ meistern können. Es hieß für sie, für Jahre die Ärmel aufzukrempeln und sich am Aufbau des verwüsteten deutschen Landes wirksam zu beteiligen und nicht in ein vom Krieg verschontes Land zu strömen, um dort ein angenehmes Leben auf anderer Leute Kosten zu führen. Schade, dass man den Erinnerungstag „Tag der Heimat“ durch einen falschen Festredner so in Misskredit bringen kann.

Karl Krugmann,
Erfurt



Alte Werte und moderne Gesellschaft sind in Taiwan kein Gegensatz: Ein Festtag am traditionellen Markt in der Dihua-Straße in der Hauptstadt Taipeh

Bild: Mauritius

In Taiwan heilt die Demokratie die Wunden der Geschichte

Zu: Taiwan robbt dem Westen hinterher (Nr. 38)

Taiwan robbt dem Westen hinterher, weil die westlichen Systeme für viele Menschen attraktiv sind.

Taiwan tief in alten Traditionen verhaftet ist, ist allgemein bekannt. Ebenso wie die Tatsache, dass Taiwan eine offene, lebendige Zivilgesellschaft ist, die auf den Werten von Demokratie, Freiheit, Menschenrechten und Rechtsstaatlichkeit aufgebaut wurde. Es ist liberal und respektvoll im Umgang mit Religion. Hier werden Diversität, Multikulturalismus und Gleichheit akzeptiert und selbstverständlich angenommen.

Eine offene Gesellschaft ist nie ruhig und harmonisch, sondern konfliktbehaftet. Stets konkurrieren Interessengruppen miteinander. Ähnlich sieht es bei der taiwanischen Gesellschaft bezüglich des Themas homosexuelle Ehe aus. Taiwans Verfassungsgericht hatte im Mai 2017 hinsichtlich der Homo-Ehe entschieden, dass das Ehe-Verbot für Homosexuelle rechtswidrig ist, und die Regierung beauftragt, ein entsprechendes Gesetz binnen zwei Jahren zu

verabschieden. Taiwans Parlament hat im Mai 2019 einem entsprechenden Gesetz zugestimmt, obwohl sich die Gegner der Homo-Ehe in dem Referendum im November 2018 durchgesetzt hatten. Eine ganz ähnliche Situation wie in Großbritannien im Zusammenhang mit dem Kampf zwischen Abgeordneten und dem Volk über den Brexit.

Es ist keine Arroganz der Regierung gegenüber dem Willen des Volkes, sondern eine Auslösung durch das Machtverhältnis im Parlament. Taiwaner haben die Freiheit, sich durch Referenden für oder gegen etwas auszusprechen. Aber sie wissen, dass Demokratie in der Regel über Kompromisse funktioniert. Bisher haben wir noch nicht beobachten können, dass die Keimzelle der Gesellschaft in Deutschland durch die „Ehe für alle“ kaputtgegangen ist.

Sie meinen, mit diesem vermeintlichen innenpolitischen Erfolg möchte Präsidentin Tsai die Isolation Taiwans überwinden. Doch daraus wird nichts. Wenn es so wäre, dann läge der Hauptgrund in der Zurückhaltung und „Selbstzwangung“ des Westens gegenüber der Willkür Pekings und

in Taiwans Errungenschaft, sie mit Doppelmoral zu beurteilen.

Es ist Taiwan gelungen, sich von einem autoritär geführten Entwicklungsland hin zu einer prosperierenden Demokratie zu transformieren. Im Zusammenhang mit der Entwicklung der Beziehungen zwischen Taiwan und China ist es erwähnenswert, dass sich nicht wegen, sondern trotz der ernststen Bedrohung durch KP-China in Taiwan eine Demokratie entwickelt hat. Deshalb ist es kein Widerspruch, keine Zugeständnisse unter der militärischen Bedrohung von KP-China zu machen und sich den Dämonen der vergangenen Diktatur unter Tschiang Kai-schek zu stellen.

Weil Tschiang sich 1949 nach der Niederlage im Bürgerkrieg nach Taiwan absetzte, wurde er dort zum Diktator. Um seine Position im Inneren zu sichern und gleichzeitig kommunistische Invasion abzuwehren, führte die Nationale Volkspartei (Kuomintang) unter Tschiang als dem starken Mann ein autoritäres System ein. Vorgeblich im Namen der Eliminierung der kommunistischen Bedrohung wurden Unliebsame aus dem Weg geräumt. An diese Zeit des sogenannten Weißen Terrors erinnern sich viele ältere Tai-

In der Misere

Zu: Deutsche Wirtschaft auf der Kippe (Nr. 34) und: Autobauer in der Krise (Nr. 31)

Dass die DAX-notierten Firmen einschließlich der Deutschen Bank einen Abwärtstrend verzeichnen, bis hin zur Rezession, scheint die Regierung unbekümmert hinzunehmen. Es folgen Entlassungen, Kurzarbeit und Drosselung der Produktion, nur weil man beim Export ausgeruht, die Steigerung der Produktivität vernachlässigt, Fehler in der Führung gemacht, ein Stahlkartell verhindert und die Herausforderungen nicht ernst genommen hat.

Dazu hat die Regierung Steuermehreinnahmen für soziale Wohltaten verteilt. Es kommt hinzu, dass der weltgrößte Chemiekonzern BASF sich nach China verlagert und es andere Industrieunternehmen dem gleichtun. Wenn dann noch der Präsident des BDI dummes Zeug erzählt und die AfD für den Abschwung verantwortlich macht, so haben wir die Misere. Günter Algner, Berlin-Tempelhof

Grobe Unkenntnis

Zu: Rudolf Steiners und Emil Molts gemeinsames Baby (Nr. 36)

Der Artikel (zum Jubiläum der Waldorfschulen, d. Red.) ist nicht dazu angetan, die vielen Opfer und Verdienste der Waldorflehrer zu würdigen oder sich wenigstens dafür zu interessieren.

Die Unkenntnis, die in diesem Artikel zum Ausdruck kommt, hat mich zutiefst beschämt. Hat der Autor auch nur ein einziges Mal eine Waldorfschule betreten oder kennt er sie nur aus den Schriften der Gegner beziehungsweise eines Herrn Zander?

Wir können nach drei Generationen Waldorfschul-Erfahrung nicht die geringste Ähnlichkeit mit diesem Artikel erkennen. Ist es wirklich Zufall, dass sich die Schulen in 100 Jahren so verbreitet haben, völkerverständigend bis in die Türkei oder nach China und Japan?

An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen, heißt es. Lange bevor irgendjemand an „Bio“ und Umwelt auch nur gedacht hat, wurde durch den ach so verachteten und geschmähten Rudolf Steiner der landwirtschaftliche Kurs in Koberwitz gehalten, welcher die biodynamische Landwirtschaft begründete.

Wenn alle Artikel in Ihrer Zeitung so von Unkenntnis, Unsachlichkeit und Einseitigkeit tiefen würden, dann hätte die *Preussische Allgemeine* keine große Zukunft mehr.

Christiane und Peter Kahlert,
Lörrach

Eine Verirrung

Zu: Rudolf Steiners und Emil Molts gemeinsames Baby (Nr. 36)

Der Beitrag über die Anthroposophie nach Rudolf Steiner und die Waldorfschulen lässt erkennen, dass der Autor beides nicht kennt. So findet er auch nicht zu ihrem Kern, der Erziehung zur Freiheit, und kann deren Bedeutung für unsere Zeit nicht würdigen. Was er im Einzelnen anführt, klingt naserümpfend und kopfschüttelnd, sodass man den Eindruck bekommt, dies sei mit Absicht so zusammengestellt.

Man fragt sich, wie informierend andere Beiträge sein mögen, wenn man in Fällen, wo man als Leser sachkundig ist, solche Verirrung bemerkt. Guido Teutsch, Schwerin

Über den 1. September ist noch nicht das letzte Wort gesprochen

Zu: Dem Kriegsbeginn folgten schwere Massaker (Nr. 35)

Überall und in allen Variationen spricht man über die Schuld des deutschen Aggressors. Die Schuldsteigerung findet einen Höhepunkt im Auftreten des deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier bei den Feierlichkeiten zum Gedenken an die Bombardierung von Wielun in Polen durch die deutsche Luftwaffe. Dort sprach er als Vertreter des deutschen Volkes und bat Polen in aller Demut um Vergebung für die an polnischen Menschen verübten Gräueltaten, die durch den „Überfall“ der deutschen Wehrmacht auf das friedliebende Polen erfolgt seien.

An diesem Tag wurde mit keinem Wort der völkerrechtswidrigen Vertreibung der 16 Millionen Deutschen aus ihrer angestammten Heimat gedacht.

Unklar ist, aus welchem Grund dieser Bombenangriff stattgefunden

hat. War dort etwa eine Kavallerie-Brigade gesichtet worden? Oder war es ein zufällig ausgewählter Ort, um Krankenhaus und Kirche zu zerstören? Dass Russland am 17. September 1939 auch in Polen eingefallen ist, wird nur beiläufig erwähnt. Die Verluste der polnischen Bevölkerung werden großzügig dem deutschen Schuldkonto zugerechnet.

Im ARD-„Presseclub“ dieses traditionsträchtigen Tages schreibt man auch noch die Ermordung von 20 000 polnischen Offizieren und Teilen der polnischen Intelligenz dazu. Das war offensichtlich ein Hinweis auf die Verbrechen in Katyn, die jahrzehntelang von sowjetischer Seite den Deutschen angelastet worden waren. Doch mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden unter Gorbatschow 1990 gewisse Archive in Moskau geöffnet, die den Beweis erbrachten, dass der NKWD der Sowjetunion – vor dem Einmarsch deutscher Truppen in dieses Gebiet – 20 000 bis 25 000 polnische Offiziere und Mitglieder der polnischen Intelligenz massakriert hatte. Im „Presseclub“ ging man davon aus, dass zwar die polnischen Offiziere vom sowjetischen NKWD ermordet worden seien, dass jedoch die

größere Schuld Deutschland zu käme, denn Deutschland wollte angeblich ja die ganze polnische Oberschicht ausrotten.

Eine weitere schwere Schuld wird den Deutschen durch die Zerstörung Warschaws angelastet. Unerwähnt bleibt dabei, dass Polen sich weigerte, Warschau als offene Stadt zu erklären, wie das mit Paris und Rom geschehen war, die nicht durch Kampfhandlungen zerstört worden sind.

Darf man heute noch etwas Positives über die Vergangenheit berichten? Nach dem Krieg wurde es den lizenzierten Medien vorgeschrieben, dass sie nichts Negatives über die Siegermächte schreiben und sagen dürfen und nichts Positives über das besiegte Deutschland. Das ist stark verinnerlicht worden, und man hat den Eindruck, dass es heute immer noch Gültigkeit hat.

Wie weit ist es der Allgemeinheit bekannt, dass die polnischen Offiziere, die während des Polenfeldzuges in deutsche Gefangenschaft geraten waren, in zwölf Gefangenenlagern (Oflag) untergebracht waren? Dort hatten sie die Möglichkeit, unter polnischen

Professoren, die aus anderen Kriegsgefangenenlagern zugeteilt wurden, wie auf einer Universität zu studieren und Examina abzulegen. In den entsprechenden Lagern wurden mit Hilfe des Roten Kreuzes Bibliotheken eingerichtet, die bis zu 25 000 Bücher je Lager enthielten.

Wie ist dieses Verhalten in Einklang zu bringen mit dem angeblichen Wunsch der deutschen Führung, die polnische Intelligenz auszurotten? Wird es nicht allmählich Zeit, dass man die Wahrheit aussprechen darf, ohne gleich stigmatisiert zu werden?

Am Kriegsausbruch waren viele schuld

Der 1. September ist ein Gedenktag, an dem Polen die schon mehrmals gestellte Forderung nach Reparationszahlungen wiederholt hat. Ist es da nicht an der Zeit, dass man offenlegt, wie es zu diesem Kriegsausbruch gekommen ist, den man allein Deutschland zur Last legt, indem man die Vorgeschiede einfach übergeht, verschweigt?

Es ist jedoch wichtig, sich zu erinnern, was dieser Katastrophe vorausgegangen ist. War Deutschland wirklich der Alleinschuldige? War es ein einvernehmliches

Leben, nachdem Polen wieder ein selbstständiger Staat geworden war?

Wenn man sich die Entwicklung Polens anschaut und mit Deutschland vergleicht, erkennt man einen gravierenden Unterschied. Deutschland hat durch den Krieg ein Drittel seines Staatsgebietes verloren, und 16 Millionen Menschen, die dort lebten, sind aus ihrer angestammten Heimat vertrieben (nicht umgesiedelt worden, wie es verarmlosend klingen soll!), sondern auf sehr brutale Weise vertrieben worden. Circa 2,5 Millionen sind dabei umgekommen. Dieser Völkermord, geschehen am eigenen Volk, ist dem Bundespräsidenten nicht einmal ein Wort des Erinnerns wert, geschweige denn des Gedenkens.

Das Gegenteil ist der Fall. Durch sein demutsvolles Verhalten überträgt er alle Schuld auf seine Mitmenschen. Wie ein Damoklesschwert steht ein Schild über allen Köpfen: „Deutschland hat den Krieg mit seinem plötzlichen Überfall auf Polen angefangen und ist daher an allem Leid schuld, das dieser Krieg über die Welt gebracht hat.“ War es wirklich ein brutaler Überfall auf den ahnungslosen Nachbarn? Oder

war die Situation nicht eine ganz andere?

Wenn man heute Schriften maßgeblicher US-Amerikaner liest, zum Beispiel von Louis Nizer „What to do with Germany“, so erfährt man, dass die Deutschen den Amerikanern als ein seit Urzeiten krieglüsternes und räuberisches Volk dargestellt werden, das unbedingt vernichtet werden müsste.

Das war auch ganz im Sinne des damaligen britischen Premierministers Winston Churchill – wenn auch aus etwas anderer Sicht. Ihm ging es um die Vernichtung der erstarkenden deutschen Wirtschaftsmacht. Und der internationalen Finanzwelt gefiel es nicht, dass Hitler sich vom Dollar unabhängig machen wollte.

Wäre es nicht an der Zeit, um ein friedliches Zusammenleben zu erreichen, in Wahrheit über die damaligen Geschehnisse zu sprechen? Inge Keller-Dommasch, Jönchen/Schweiz

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Voll im Rausch

Berlin erfasste in den 1920er Jahren eine Morphinwelle – Die Modedroge war erst zwei Jahrzehnte zuvor erfunden worden

Seit jeher haben die Menschen eine Hang, sich – wie der Dichter Charles Baudelaire es nannte – „künstliche Paradiese“ mit Drogen zu schaffen. In den 1920er Jahren war in Berlin Morphium die Drogenmode Nummer 1. Als schmerzbetäubende Arznei wurde es im Ersten Weltkrieg vielen Verletzten verabreicht, die später davon abhängig wurden.

1804 entdeckte der Paderborner Apothekergeselle Friedrich Wilhelm Sertürner den aus der Mohnpflanze gewonnenen Wirkstoff „Morphin“, der im Laufe der Zeit umgangssprachlich zum „Morphium“ wurde. Dass das auch euphorisierend wirkende Opiumderivat trotz erheblicher Nebenwirkungen bei unzumutbarer Anwendung einmal Eingang in die Lebenswirklichkeit bestimmter Kreise zur Förderung der Kreativität finden würde, hätte sich Sertürner wohl nie träumen lassen.

„Mit bleichen Gesichtern und erschlafenen Zügen, die Augen starr und gläsern, hocken die Kokainisten, in sich zusammengefallen, auf ihren Bänken. Im Gegensatz hierzu ist der Morphiumist an seinem geröteten, etwas aufgedunsenen Gesicht zu erkennen. Auch seine Augen blicken ins Leere.“ Mit diesen Sätzen beschrieb der Berliner Schriftsteller Adolf Sommerfeld in seinem 1923 erschienenen Kriminalroman „Die Tanzdiele am Kurfürstendamm“ die grauenhaften Zustände in einer fiktiven Drogen-„Lasterhöhle“. Erst im letzten Drittel des Buchs konfrontierte er den Leser damit, der sich zunächst in Sicherheit gewähnt hatte, weil das Buch zunächst als harmlose Liebesgeschichte begonnen hatte.

Doch dann ging Sommerfeld bewusst in eine Form der Anklage über, um nicht zuletzt auch Abschreckung zu erzielen. Der Leser erschauerte bei diesem Einblick in menschliche Abgründe nur kurz, schenkte sich danach genüsslich eine Tasse Mokka ein,



Voll abhängig von der Nadel: Ein Morphinist in den 1920er Jahren

Bild: akg-images

um dann wieder zur Tagesordnung überzugehen, während ein imaginärer Sommerfeld mahnend den Zeigefinger auf diejenigen richtete, die für die Herstellung und den lukrativen Vertrieb der Drogen verantwortlich waren.

Bereits 1919 hatte der Stummfilm „Morphium“ die Zuschauer gleichermaßen verstört und faszi-

niert. Der Film war Teil einer „Trilogie des Rausches“, die mit dem Film „Opium“ eingeläutet wurde und schließlich 1923 mit „Die Opfer des Kokain“ böse endete.

Eine Droge reichte nicht mehr, die Zeit war schnelllebig, man musste immer weiter, wollte immer mehr – wenn man es sich leisten konnte. Der kreative Schub

und Glücksrausch wurde nun selber in der Wahrnehmung zur Droge, und deshalb war auf einmal alles Morphium: Theaterstücke, Pantomimen, Sketche, Tänze. Auch der Berliner Kurt-Ehrlich-Verlag, der sowieso auf eher „anrühliche“ Literatur spezialisiert war, die oft nur knapp an der Zensur vorbeischrämte, sprang be-

gierig auf den Drogenzug auf und ließ den Schriftsteller Edmund Edel „Sylvias Liebesleben“ fabulieren, die natürlich die „Tragödie einer Morphinistin“ war und die die Verlagskassen klingeln ließ.

Artikel in einschlägigen Tageszeitungen beschrieben detailliert das „Flair“ der verruchten Lasterhöhlen. Wer mental stark war, erkannte, dass das nichts für ihn sein konnte. Bei anderen war die Neugier geweckt, die zusätzlich auch noch durch Journalisten wie Leo Heller geschürt wurde, der sich gerne in solchen Höllen bewegte, um sie literarisch zu verarbeiten, natürlich nur mit Polizeischutz. Dabei durfte er den befreundeten Kommissar Ernst Engelbrecht schon mal auf einer Razzia begleiten. Das Ziel: die „Kokainhöhle“ um die Ecke. Blitzschnell wurde der Laden durch Engelbrecht und seine Mannen gestürmt und hochgenommen, etliche Drogenbosse und abhängige Konsumenten, die sich nicht ausweisen können, einkassiert.

Heller beschönigte nichts, seine Drogenhöhle war ein wahres Panoptikum, wo man übersteuerten Sekt schlürfte und sich dem zweifelhaften Vergnügen des Anblicks einer mageren Nackttänzerin hingab, die sich zum Klavierspiel dilettantisch an „Schönheitstänzen“ versuchte: „Die bleiche Pianistin unterbricht ihr Spiel. Vom Lied ‚Nur eine Nacht sollst Du mir gehören‘ war sie höchstens bis zur Nacht gekommen.“

In Kultur und Literatur war das Thema für den Betrachter eher abstrakt, und nicht jeder hatte den Mut und das Geld, seiner Neugier nachzugeben und sich die „Stätten des Lasters“ in der Realität anzuschauen. Sehr real wiederum war das Problem für die Berliner Polizei, die in diesen ungewissen Zeiten seit der Ausrufung der Weimarer Republik sowieso durch ständige Unruhen alle Hände voll zu tun hatte. Der Drogenschmuggel war ein Problem, ebenso häuften sich Fälle von Morphinumdiebstählen aus Lazaretten. Die Presse berichtete

unverblümt über Selbstmörder, die sich mit Morphium das Leben nahmen.

Kriminelle gingen noch weiter und benutzten die Droge, um ihre Opfer zu betäuben und dann auszurauben. Darauf spezialisiert war zum Beispiel Rose Gentschow, Stieftochter eines Danziger Gutsbesitzers, die unverschuldet durch eine schwere Krankheit zunächst in Morphiumabhängigkeit und dann in eine hoffnungslose Abwärtsspirale geraten war und sich aus eigener Kraft nicht daraus befreien konnte. Sie verfiel komplett der Droge und wurde dann von einem Zuhälter dirigiert und angestiftet, Männer anzulocken, sie zu betäuben und auszurauben.

Doch eines Tages ging der Plan nicht auf und ein Kaufmann starb an einer Überdosis. Vor Gericht beteuerte Rose ihre Unschuld, es sei ein Versehen gewesen. Im Jahr 1924 wurde sie wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang zu zwei Jahren und sechs Monaten Gefängnis verurteilt, woraufhin der Romanautor Joseph Roth den Fall literarisch im „Prager Tagblatt“ in dem Feuilletonartikel „Rose Gentschow“ verarbeitete. „Sie verkaufte sich nur, um sich betäuben zu können“, hieß es darin über die bedauernswerte Kreatur, die unwiderruflich abhängig vom „Morphium der schmerzenden Seele“ war.

Das gehäufte Vorkommen von Drogenmissbrauch in den 1920er Jahren hatte 1925 zum Genfer Opiumabkommen geführt. Doch dann verdoppelte sich bis 1928 laut „Genfer Opium-Kommission des Völkerbunds“ die Weltproduktion von Morphium auf 80 000 Kilogramm. Vor bald 90 Jahren wurde (am 10. Dezember 1929) dann ein neues Opiumgesetz herausgegeben, das fast unverändert bis 1971 gültig blieb. Es regelte verschiedene Bereiche wie Erstellung, Erwerb und Abgabe von verschiedenen Betäubungsmitteln und stellte sie unter Aufsicht des Reichsgesundheitsamts. *Bettina Müller*

Einen Bärenhunger

Im Herbst fressen sich Braunbären ihren Winterspeck an – In den Karpaten ernähren sie sich auch gerne mal von menschlichen Abfällen

Es ist 23 Uhr, das Tageslicht hat sich verabschiedet. Laternen beleuchten spärlich die Strada Jepilor. Von einem Wohnungsbalkon ruft jemand herunter: „Keinen Blitz verwenden!“ Gegenüber den Hochhäusern stehen Müllcontainer. Die Behälter sind von Drahtkäfigen umgeben, obenauf liegt Wellblech. Die Türen zu den Drahtverschlägen sind sperrangelweit offen. Eine Frau fährt mit dem Auto vor, um ihren Müll abzuladen. Sie sagt, sie würde hier nicht in den Wald gehen. Der beginnt direkt hinter den Containern.

Hinter geparkten Autos ducken sich ein paar Touristen. Neugier hat sie hierher gelotzt. Nach einer Stunde hat sich ihr Warten gelohnt. Eine Bärin mit zwei putzigen Kleinen im Schlepptau streift keine 20 Meter entfernt am Waldrand entlang. Für Sekunden ist das Trio zu sehen, dann verschwindet es wieder im Dunkeln.

„Sie kommen jeden Abend zu den Mülltonnen“, hatte der Taxifahrer versichert und gesagt, er habe keine Angst vor ihnen. Zwei Jungs aus der Siedlung erzählen vom letzten Todesopfer hier. Ein einheimischer Betrunkener. „Die Bären riechen den Alkohol“, sagen sie. Und Blitzlicht könne die Tiere aggressiv machen.

Racadau, ein Stadtteil von Kronstadt in Rumäniens Karpaten, ist eine Trabantensiedlung unter vielen, die zu Ostblockzeiten in die Landschaft geklotzt wurden. Mit einer Besonderheit: Sie liegt direkt am Fuße eines dicht bewaldeten Bergs. Und der Wald ist riesig. Es ist das Bergmassiv Piatra Craiului, das nach Kronstadt hinabmündet – die Königsteiner Alpen, Heimat von Wolf, Luchs und Braunbär. Bären lassen sich in der Dunkelheit regelmäßig im Schatten der Hochhäuser sehen.

Nacht für Nacht durchstöbern sie die Container nach Lebensmitteln – ein Spektakel, das Touristen wie Einheimische anlockt. Die Behörden in Kronstadt haben reagiert. Die Abfallbehälter werden häufiger entleert, die Container schließen besser als früher, Schilder warnen vor den Bären.

In den Karpaten leben rund 5500 Braunbären auf einer Fläche von der Größe Bayerns. Andere Schätzungen sind pessimistischer. Einerlei: Es ist der größte Bärenbestand Europas außerhalb Russlands und die mit Abstand größte Population in der EU.

Bären sind Allesfresser und Opportunisten, die nehmen, was sich bietet. Im Frühjahr sieht man sie grasen, mal auch ein Rehkitz



Gefährliche Nähe: Bären auf Futtersuche

Bild: Imago

oder Lamm schlagen, im Sommer und Frühherbst suchen sie nach Beeren, Wurzeln, Insekten und Nüssen, gegen Winterende sind ihnen Aas und geschwächte Tiere willkommen. Im Herbst ist ihr Appetit besonders groß, der Winterspeck will angesetzt sein. In dieser Phase der Fresssucht plündert der Bär Felder, bricht Bienenstöcke auf und reißt junges Vieh. Oder durchwühlt Abfälle.

Braunbären sind ihrer Natur nach scheue Einzelgänger und eigentlich Kulturflüchter. In der Regel trollen sie sich, wenn sie Menschen gewahr werden. Risikant sind vor allem Begegnungen

mit Bärinnen, die Junge mit sich führen – oder wenn ein Hund dabei ist, denn den betrachtet eine Bärin als Wolf, der ihre Jungen reißen will.

In Rumänien wurden in den vergangenen 100 Jahren 24 tödliche Bärenangriffe erfasst. Oft waren Touristen die Opfer. Mal campierten sie verbotswidrig in Bärenland, mal versuchten sie Bären zu füttern, mal raste ein Bär, der vor einer Treibjagd floh, in eine Gruppe Wanderer. 2008 wurde in den rumänischen Karpaten ein deutscher Tourist von einem Bär schwer verletzt, der in dessen Zelt nach Fressbarem

suchte. In den Bärenländern Italien, Frankreich, Österreich und Spanien hat es im gleichen Zeitraum keinen Todesfall durch Bären gegeben. In Skandinavien gab es zwei tödliche Unfälle, nachdem Jäger von verwundeten Bären überrascht worden waren.

Braunbären sind auf dem Erdball sehr weit verbreitet. Auf etwa 200 000 Tiere in freier Wildbahn wird ihr Bestand geschätzt, davon leben allein über 100 000 in Russland, die meisten anderen in Alaska und Kanada. In Europa – ohne Russland – sollen es etwa 14 000 sein, zehn Populationen, verteilt auf 26 Staaten. Die „Rote Liste“ der vom Aussterben gefährdeten Arten gibt den Bären den Status „nicht gefährdet“. Regional sieht das anders aus. Im Kernland der USA ist der Braunbär sehr rar, in Europa ist die Situation durchwachsen. Finnland, Schweden, Russland, Estland, Rumänien, Bulgarien, die Slowakei und alle Länder Ex-Jugoslawiens haben gesunde Bärenbestände, in West- und Mitteleuropa sieht es mit Ausnahme der Abruzzen eher mau aus.

In Teilen Europas geraten Mensch und Braunbär in unvermeidbare Konflikte. Jahrhundertlang ist die Anziehungskraft, die Bienenstöcke, Viehställe und Fall-

obstwiesen auf Bären ausüben können. Ein Schauplatz des Bären-Mensch-Konflikts sind Rumäniens Karpaten. Die meisten Menschen dort leben noch von der Holz- und Almwirtschaft. Dass vereinzelt Bären im Umfeld der Dörfer auf Beutezug gehen, ist den Menschen nicht fremd. Hirten wappnen sich mit Herdenhunden, Pferche werden gut gesichert. Zudem werden Rumäniens Bären im Wald zugefüttert – um den devisenträchtigen Jagdtourismus zu fördern. Die Extrakost Mais oder Schlachtabfälle hält das Gros der Tiere davon ab, in Dorfnähe aufzutauchen.

So gibt es weniger Schadensmeldungen in Gebieten, in denen die Bären zugefüttert werden, vermutlich weil Angriffe auf Schaf- und Rinderherden oder Bienenstöcke vor allem bei Nahrungsknappheit auftreten. Ausgleichszahlungen des Staates fallen dort seltener an, wo der Waldanteil hoch ist und es wenig Agrarflächen gibt. In Wäldern können sich Bärenpopulationen ungestört ausbreiten und kommen weniger mit Tierherden in Kontakt.

Europaweit werden jährlich rund 3200 Zahlungen geleistet, um Schäden durch Bären zu regulieren. Am teuersten kommt es in Norwegen. *Kai Althoetmar*

Erste Schritte zur Vermeidung von Müll

In einer Zeit, in der die Produktion von Plastik immer weiter steigt, entsteht immer auch eine Gegenbewegung. In diesem Fall ist es der Verzicht auf Müll. Der Ratgeber von Olga Witt „Ein Leben ohne Müll“ zeigt Wege auf, wie jeder Müll vermeiden kann. Da gibt es zum Einen die Möglichkeit, in den Nichtverpackungs-Läden einzukaufen. Zum anderen bietet sich jedoch eine Vielzahl von andern Müllvermeidungsmöglichkeiten.

Schon das Buch selbst ist besonders. Es wurde nach dem „Cradle-to-Cradle-Verfahren“ produziert, bei dem nur gesundheitlich unbedenkliche Substanzen zum Einsatz kommen. Damit kann dieses Buchpapier zu 100 Prozent wiederverwertet werden, was bei herkömmlichem Altpapier nicht der Fall ist. Der Umschlag besteht aus 50 Prozent Wiesenkräutern, die anstatt 6000 Liter Wasser pro Tonne Holzstoff für die Produktion von Papier nur einen einzigen Liter Wasser benötigen. Natürlich wird das Buch unverpackt verkauft, um Müll zu vermeiden. Hier hat der ökologisch bewusste Leser ein gutes Gefühl, das allerdings nach den ersten Seiten schon wieder verschwindet.

Der Sinneswandel der Autorin benötigte erst einmal eine sechsmonatige Südostasien-Reise nach der Trennung von ihrem Partner. Vermutlich soll dieser Einblick in die Privatsphäre Witts nicht nur eine Beziehung zu den Lesern

knüpfen, sondern auch zeigen, dass nicht jeder für die Müllvermeidung gemacht ist. Mittlerweile lebt die Autorin glücklich mit Mann und Kindern und so gut wie ohne Müll. Um nicht ungerecht zu wirken: Das Buch bietet tatsächlich viele Strategien, mit denen auf Müll verzichtet werden kann.

Zunächst erhält der Leser Einblick in das Thema Müll allgemein. Wo gibt es ihn, was ist

Umstellung erfordert mehr Zeitaufwand

Mikroplastik, wie wird Müll entsorgt? Am Ende steht natürlich der Appell, Müll zu vermeiden. Es geht los mit der Verwendung von Mehrweg- anstatt Einwegprodukten: Keine Abschminktücher mehr, denn es gibt den Waschlappen, keine Papier-, sondern Stoffservietten. Ob man jedoch wirklich wieder zu Stofftaschentüchern zurückgreifen möchte, bleibt jedem selbst überlassen. Noch intimer ist der Verzicht auf Toilettenpapier. Stattdessen könnte man eine Handbrause benutzen.

Im nächsten Kapitel „Essen & Trinken“ geht es um Verpackungen mit diversen Exkursen zu den Themen Glas und Palmöl. Essig,

Öl und Gewürze können in speziellen Geschäften in mitgebrachte Gefäße gefüllt werden. Es wird nicht verschwiegen, dass es nicht einfach ist, solche Geschäfte zu finden. Immer wieder wird der Leser darauf hingewiesen, dass Verpackungen aus Kunststoff nicht gesundheitsfördernd sind und so ein Verzicht auf Verpackung und damit Müll auch der Gesundheit zugutekommt.

Weitere Kapitel beschäftigen sich mit Lebensmittelverschwendung, Reinigungsmittel, Körperpflege mit etlichen Rezepten wie der Herstellung von Shampoo, Gesundheit, Kleidung und Textilien, Büro, Werbung im Briefkasten, dem Nutzkreislauf (Reparieren statt wegwerfen), wie man richtig entsorgt und dass auch das Umfeld eine wichtige Rolle spielt beim Müllvermeiden.

Eines der letzten Kapitel zeigt dem Leser, wie man Feste müllfrei feiert – ohne Geschenkpapier zum Beispiel. Das letzte Kapitel vereint alle Argumente, die für eine Müllvermeidung sprechen, wobei die Betrachtung nicht einseitig ist. Zum Beispiel wird

beim Thema Zeitsparen zuerst darauf hingewiesen, dass auf der einen Seite Zeit eingespart wird, auf der anderen jedoch, Stichpunkt Einkaufen, man viel mehr Zeit aufwenden muss, um die Produkte unverpackt zu erhalten.

Als Anhang findet der Leser eine Link-Sammlung für das Internet, und die Endnoten aus dem gesamten Buch sowie ein Register, mit dem schnell das Gefundene werden kann, was den Leser in puncto Müllvermeidung besonders interessiert.

Dieser Ratgeber hinterlässt den motivierten Leser vielleicht etwas ernüchtert, weil nur ein Ansatz von Müllvermeidung in einem „normalen“ Umfeld mit der ganz normalen Zeitnot möglich ist, bietet aber dennoch einen Einstieg. Und ein bisschen weniger Müll macht schon einen Anfang.

Christiane Rinser-Schrut



Olga Witt: „Ein Leben ohne Müll. Mein Weg mit Zero Waste“, Tecum-Verlag, Baden-Baden 2019, broschiert, 269 Seiten, 20 Euro

Christian Diors Aufstieg

Paris 1944: Die junge Amerikanerin Oona Riley, wegen ihres roten Haars „Copper“ genannt, ist mit ihrem Mann Amory, einem Kriegsreporter, nach Frankreich gekommen. Die deutsche Besatzungsmacht ist bereits abgezogen, doch in der Stadt der Liebe herrschen Not und Mangel. Schwarzhandel, Prostitution und Schmuggel treiben Blüten. Und doch ist so etwas wie eine Aufbruchstimmung und aufkeimende Hoffnung auf ein sich normalisierendes Leben zu spüren.

Copper passt sich zunächst den Bedürfnissen ihres untreuen und charakterlosen Gatten an, doch als Schwester mehrerer Brüder, die früh die Mutter verloren hat, weiß sie sich durchzusetzen. Einem von Alkohol und Drogen bereits stark gezeichneten Kollegen ihres Mannes hilft sie, seine Artikel und Fotos rechtzeitig abzuliefern. Als sie schließlich die Affären ihres Mannes Leid ist und der gemeinsame Freund seiner Alkoholsucht zum Opfer fällt, übernimmt Copper heimlich dessen Arbeit und verlässt ihren Mann. Zuvor hatte die junge

Frau bereits Gelegenheit gehabt, Kontakte zur schillernden Welt internationaler Künstler und Bohemiens aufzunehmen. In ihr reift der Wunsch, Journalistin zu werden und über Frauenthemen zu schreiben. Sie begegnet dem aufstrebenden Modedesigner Christian Dior, der ihr ein guter Freund wird und dessen Aufstieg zum berühmten Modeschöpfer sie begleitet.

Der gebürtige Südafrikaner Marius Gabriel zeichnet in seinem Roman „Die Muse von Dior“ ein Zeitkolorit des Nachkriegs-Paris. Wenn auch nicht immer historisch korrekt, so ist der Roman doch eine äußerst unterhaltsame und lesenswerte Lektüre. Für die englische Originalausgabe erhielt Gabriel 2018 den „Historical Romantic Novel of the Year Award“.

Manuela Rosenthal-Kappi



Marius Gabriel: „Die Muse von Dior“, Rowohlt Verlag, Hamburg 2019, broschiert, 338 Seiten, 12,99 Euro

Danzig damals und heute

In der bekannten Reihe historischer Landkarten aus dem Blochverlag ist ein weiteres Mosaikstückchen erschienen. „Danzig 1938/Gdansk heute“ stellt im Maßstab 1:10000 einen Plan der Stadt von 1938 und einen aktuellen in gleicher Darstellung und Größe nebeneinander. Der Plan stellt das Gebiet des von den westlichen Hügeln Hagelsberg und Bischofsberg und vom Mottlau-Umfluter eingefassten Festungsbereiches Danzigs dar. Hier liegen die historischen Stadtteile und ein Großteil der historischen Werften am Ufer der Toten Weichsel. Der als „bessere Wohngegend“ geltende Stadtteil Langfuhr [Wrzeszcz] ist im Maßstab 1:20000 auf der Hauptkarte dargestellt.

Auf der Rückseite gibt es neben dem zweisprachigen Stra-

ßenverzeichnis eine Kurzbeschreibung der wichtigsten Sehenswürdigkeiten und einen aktuellen Plan des Stadtteiles Oliva. Die 1937 gültigen Straßennamen sind in Rot neben den aktuellen Namen verzeichnet. Eine Überlagerungskarte des zentralen Bereiches der Stadt, auf der über dem Plan von 1938 in Rot das heutige Straßennetz mit den polnischen Straßennamen dargestellt ist, verdeutlicht, wie originalgetreu der Wiederaufbau der Rechtstadt nach der Kriegszerstörung stattgefunden hat. PAZ



Blochplan: „Danzig 1938/Gdansk heute“, Stadtplanerei Blochplan, Berlin 2019, Faltkarte, 60 x 42 Zentimeter, gefalzt 15 x 21 Zentimeter, 6,95 Euro

Älterwerden ist nichts für Feiglinge!“ Dieser Satz des Film- und Fernsehstars Joachim Fuchsberger ist fast schon zum geflügelten Wort geworden. Und da immer mehr Menschen in Deutschland älter und schließlich alt werden, ist die Aufforderung zu mehr Courage ja auch gar nicht so abwegig. Zahlreiche Bücher wollen dabei mittlerweile Hilfestellung leisten. Oft geht es über Gemeinplätze nicht hinaus oder man malt – wie etwa der frühere Nahost-Korrespondent Sven Papke – ein dunkles, melancholisch stimmendes Bild.

Wenn jemand wie hier Josef Aldenhoff aus der Psychiatrie und Neurobiologie kommt, lange wissenschaftlich gearbeitet hat und heute Therapeut ist, schaut man genauer hin, was er zum Alter sagt, zumal ähnliche Bücher von ihm schon viel Zustimmung gefunden haben. Für Aldenhoff ist ganz klar: Mit dem Alter beginnt die „spannendste und interessanteste Lebensphase überhaupt!“ Warum? „Weil wir frei sind! Frei für neue Erfahrungen, frei, um

Mut zum Altwerden

Neues zu lernen, frei, das Leben neu zu genießen.“

Aldenhoffs Buch ist eine einzige Aufforderung, im Alter nicht in einen Ruhezustand zu treten („Ruhestand ist nicht!“), sondern im Gegenteil beweglich zu sein im wahrsten Sinne des Wortes und sich geistig offen für Neues zu zeigen. Bewegung, so sagt er, müsse zur Grundlage des (neuen) Alltags werden, genauso regelmäßig und

Lebensabschnitt, der spannend ist

kontinuierlich wie Essen und Reinigung. Und Essen? Natürlich in Maßen, aber letztlich doch immer das, wovon man spürt, dass es einem bekommt und gut tut.

Das alles ist sehr ausführlich und anschaulich geschrieben, in manchen Passagen auch ein bisschen allzu locker nach dem Motto: Hoppla, jetzt fangen wir ein neues Leben an. Aber der Grundtenor ist richtig: Der Autor will

Mut machen, dem Alter offen und in positiver Einstellung zu begegnen. Ernster wird er dann ohnehin, wenn es in der zweiten Buchhälfte um Krankheit und Tod geht. Es ist eine Binsenweisheit, vor der wir uns gleichwohl ständig zu drücken suchen, dass Krankheiten, Schmerz, Behinderungen und nötige Pflege irgendwann zunehmen werden, was den Autor übrigens zu einer bitteren Kritik an der Pflegesituation in Deutschland veranlasst.

Am Ende dann ein sensibles Nachdenken über die letzten Lebensmomente; Aldenhoff setzt sehr auf die Hilfen der Palliativmedizin: „Das Tröstlichste überhaupt: die Patienten nicht alleine lassen.“

Ob das Buch – was es will! –

Mut macht und Zuversicht gibt, hängt letztlich von Mentalität und Lebenssituation jedes Einzelnen ab. Ein Plädoyer ist es auf jeden Fall, sich nicht durch Ängstlichkeit und Unsicherheit das Leben zu vergällen. Aldenhoff zitiert den früheren Fernsehunterhalter Alfred Biölek. Auf die Frage, was für ein Verhältnis er zum Älterwerden habe, sagte dieser: „Ein entspanntes, es gibt ja keine Alternative.“

Dirk Klose



Josef Aldenhoff: „Bin ich schon alt oder wird das wieder? Älter werden für Ungeübte“, Bertelsmann Verlag, München 2018, gebunden, 330 Seiten, 20 Euro

Was muslimische Kinder lernen

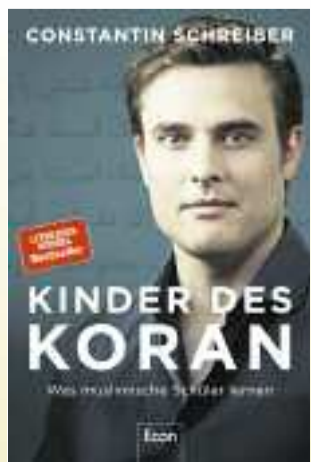
Mit welchen „Gift“ es deutsche Lehrer in ihren Willkommensklassen zu tun haben, lässt sich einem neuen Buch von Constantin Schreiber „Kinder des Koran“ entnehmen, das Schulbücher aus den Herkunftsländern der Asylsucher untersucht hat. Fast immer hat das „Gift“, wie der Titel bereits sagt, etwas mit dem Koran zu tun.

Der Jurist und Journalist Schreiber hat angesichts der Massenzuwanderung aus islamischen Ländern seit 2015 sein Metier kurzfristig geändert und ist unter die Aufklärer gegangen. Weil er, wie nur ganz wenige Deutsche, perfekt Arabisch kann, hat er seine Arbeit seit dieser Zeit der Aufklärung darüber gewidmet, was sich Deutschland mit der Aufnahme von 1,7 islamischen Asylsuchern

in nur wenigen Jahren wirklich zugemutet hat. Er ist zunächst in die Moscheen gegangen und hat dort verdeckt sich angehört, was dort gepredigt wird.

Das Ergebnis in seinen Buch „Inside Islam“, waren abgrundtiefe Hasspredigten eines politisierten Islam gegen den Westen und gegen die „Ungläubigen“, die in die Hölle gehen werden, wo ihnen die Gastfreundschaft gegenüber dem Islam nicht einmal

gedankt wird. In seinem neuesten Buch ist Schreiber noch einen Schritt weitergegangen. Er hat sich die Schulbücher aus fünf islamischen Ländern besorgt und diese, von Fachleuten unterstützt,



Constantin Schreiber: „Kinder des Koran. Was muslimische Schüler lernen“, Econ Verlag, Düsseldorf 2019, broschiert, 298 Seiten, 18 Euro

nach wissenschaftlichen pädagogischen Gesichtspunkten analysiert, wohlwissend, dass das, was heute den Schülern beigebracht wird, das ist, was noch 50 Jahre lang den gesellschaftlichen Diskurs des jeweiligen Landes bestimmen wird.

Die Schulbücher stammen nicht von oft selbsternannten, jeglicher Bildung fernen Predigern, wie im ersten Buch, sondern von qualifizierten Pädagogen der jeweiligen Länder, die sie im Auftrag staatlicher Ministerien geschrieben haben. Das Ergebnis war nicht minder niederschmetternd als im ersten Buch. Um den Lesern ein eindringliches Bild des Lehrgiftes zu vermitteln, das in muslimischen Schulbüchern vermittelt wird, hat sich Schreiber strikt an die originalen Lehrbei-

spiele aus diesen Ländern gehalten und diese in deutscher Übersetzung wiedergegeben. Obwohl Schreiber nicht gezielt nach Negativem in seiner Recherche gesucht hat, wie er selber im Vorwort schreibt, ist er massenhaft

Schulbücher aus fünf islamischen Ländern studiert

auf solches in den Schulbüchern gestoßen, ohne lange zu suchen.

Die Schulbücher aus den fünf in Betracht gezogenen islamischen Ländern dienen der Aberrichtung von Schülern zu eben jenen „Kindern des Koran“, von de-

nen im Buchtitel die Rede ist. Sie sollen aus Kindern gläubige Nachbeter einer islamisch legitimierten Herrschaft machen, die zu Gefolgschaft in der Gemeinschaft erzieht und nicht zur Mündigkeit freier Bürger, die selbst bestimmen können, ob und mit wem sie Gemeinschaft suchen. Für dies alles sei ein Klima der Angst, Gewalt und Zwang notwendig, das ebenfalls der Koran frei Haus liefere. Viele dieser „Kinder des Koran“ sind seit 2015 in Deutschland, deshalb geht das neue Buch von Schreiber auch die Bürger in Deutschland etwas an, denn die Zuwanderer haben viele schulpflichtige Kinder und Teenager mit diesem Wissen und Weltbild mitgebracht, das sich via Smartphone täglich auffrischen lässt.

Bodo Bost

MELDUNGEN

Gewalt gegen Schiedsrichter

Berlin – Das Sportgericht des Berliner Fußballverbandes hat den Kreuzberger Klub BSV Al-Dersimspor vorläufig für alle Spiele gesperrt. Auslöser des harten Urteils war der tätliche Angriff eines Spielers auf einen Schiedsrichter. Beim mutmaßlichen Täter handelt es sich um den langjährigen Kapitän der ersten Mannschaft. Der Fußballverband will ein Exempel statuieren, um der wachsenden Gewalt gegen Schiedsrichter zu begegnen. *H.H.*

Baikalsee in Gefahr

Irkutsk – Dem saubersten Süßwassersee weltweit droht eine ökologische Katastrophe. Seine große Beliebtheit bei Touristen droht dem tiefsten und ältesten See der Welt zum Verhängnis zu werden. Anhaltende Besucherströme sorgen nicht nur für mehr Abwässer, sondern auch für mehr Müll. Umweltschützer schlagen Alarm. Probleme bereiten wildes Zelten, nicht an Kläranlagen angeschlossene Hotels und Brände durch Grillen. *MRK*

ZUR PERSON

Im Gehäuse der Ideologie

Die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di hat ein großes Problem. Seit Gründung sank die Zahl der Mitglieder um ein Drittel auf jetzt unter zwei Millionen. Unter dem bisherigen Vorsitzenden Frank Bsirske – einem Grünen – politisierte sich die Gewerkschaft noch mehr als zuvor und verlor damit offenbar ihre Kernkompetenz Lohnforderungen und Tarifverträge aus den Augen. Bsirskes nun beim Ver.di-Kongress in Leipzig gewählter Nachfolger **Frank Werneke** ist vom Lebenslauf her anders als sein Vorgänger: SPD-Mitglied, und gelernter Arbeiter im Druckgewerbe. Bsirske hatte sich mit politischen Fragen beschäftigt, die mit Arbeitnehmerinteressen nichts zu tun haben. So warnte er im Vorfeld der Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen vor der AfD: „Ihre Radikalisierung ins Völkische lenkt davon ab, dass sie in der Sozialpolitik eher einer radikalisierten FDP gleicht.“

Unter Werneke könnte sich der Trend zur Ideologisierung noch verschärfen: „Der technische Fortschritt, der Klimawandel und die zunehmende soziale Ungleichheit verlangen von uns zukunftsgerichtete Antworten“, so der neuen Ver.di-Chef. Teile seiner Vorstellungsrede klingen wie die Ausführungen des Genossen Walter Ulbricht auf dem SED-Parteitag 1958: „Arbeitslosigkeit ist zuallererst eine Krisenerscheinung unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems – keine individuelle Schuld.“

Auch schon legt der neue Gewerkschaftsführer seinen Schwerpunkt eher auf allgemeine ideologische Stellungnahmen: „Wie es um den Zusammenhalt der Gesellschaft bestellt ist, hängt ganz entscheidend von einer gerechten Verteilung der Einkommen ab.“ Eine Rückkehr zu echten Arbeitnehmerfragen erwarten Kritiker von dem neuen Ver.di-Chef kaum. *F.B.*



Bild: Ver.di



Macht endlich Notstand!

Warum Sebastian Kurz den Falschen verpflichtet ist, wie eine gute Regierung bestimmt wird, und was uns Eritrea lehrt / Der satirische Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Die Österreicher sind ja schon seit Langem ein Ärgernis. Die machen, was sie wollen, und wählen den, den sie für richtig halten. Und der kooptiert dann mit denjenigen, die er passend findet.

Wie rücksichtslos sie dabei durchs Beut „unserer Werte“ stampfen, hat der immergute Claus Kleber konsterniert mit ansehen müssen. Der Frontmann des „Heute Journals“ wollte dem Wahlsieger Sebastian Kurz den Schwur abnehmen, dass er endlich umsetzt, was „die deutsche Regierung, die Benelux-Regierungen, die Frankreich-Regierung und so weiter“ von ihm verlangen, nämlich dass er eine neuerliche „Allianz mit den zweifelhaften Rechtsnationalen in Österreich“ ausschließt.

Doch was antwortet dieser freche Kerl? „Nein“, denn er sei seinen Wählern verpflichtet und „nicht dem Ausland und auch nicht irgendwelchen Medienvertretern“. Wem ist Kurz verpflichtet? Seinen „Wählern“? Und wenn da nun Rechtspopulisten dabei sind? Oder Klimaskeptiker? Oder Anhänger von kontrollierten Grenzen? Also Nazis?

Wer sich solchen Gestalten verpflichtet fühlt und nicht den Regierungen in Berlin, Paris, Brüssel „und so weiter“, der soll sich nicht wundern, wenn er mit härtesten Sanktionen zu rechnen hat. Heiko Maas, als unser Außenminister im Grunde ja zuständig für Strafaktionen gegen aufsässige Fremdstaaten, bringt es auf den Punkt: „Die Feinde der Freiheit verdienen keine Freiheit!“

Kleber fasste sich glücklicherweise rasch wieder und brachte die Lage auf den Punkt: „Da ist es ja gut, dass die Österreicher mit der gegenwärtig regierenden Expertenregierung ohne politische Parteien so zufrieden sind.“

Nach dem Bruch der ÖVP-FPÖ-Koalition und der Abwahl von ÖVP-Kurz als Kanzler hatte man in Wien eine Art Direktorium eingerichtet, das frei von Parteien und Einmischungen des Wahlvolks die Regierungsgeschäfte übernahm. Eine Regierung für den Ausnahmezustand, gewissermaßen.

Für einen wie Kleber offenbar generell die ideale Konstruktion

für den Fall, dass das Volk nicht will (also wählt), wie er und die Seinen es sich vorstellen. Herrschen, ohne sich dem demokratischen Zirkus aussetzen zu müssen, herrlich. Solche Notstandskabinette haben völlig freie Hand!

So sehr Staatsfunke Kleber das jetzt aber auch genießen mag, die Sache hat einen Haken. Wenn Kurz seinen Koalitionspartner erwählt hat (womöglich gar wieder die zweifelhaften Rechtsnationalen!), gilt wieder der Volkswille vom Wahltag.

Und das sollen wir einfach so hinnehmen? Da müsste doch was zu machen sein! Keine Sorge, ist es auch, die klugen Köpfe sind

„Notstand“ herrscht, mit dem man dem unreifen Volk verlickern kann, dass sein Wille im Moment leider nicht zählt, weil es „Wichtigeres“ gibt. Eine Stadt nach der anderen erklärt neuerdings den „Klimanotstand“. Fürs Erste ist das wohl eher symbolisch gemeint. Aber man muss die Leute ja erst mal dran gewöhnen, was langsam geschehen sollte, damit sie nicht plötzlich aufwachen. Nach und nach werden sie ihre Entmachtung schlucken, wenn ihnen erklärt wird, dass Einwände zurzeit nicht diskutiert und Entscheidungen nicht per Abstimmung gefällt werden können, weil die Zeit zur Weltrettung drängt und daher „Notstand“ herrscht.

Wer dennoch dazwischenquatscht, wird eisern an die Wand gespielt. Dabei sind alle Tricks erlaubt, wie etwa das „Spiegeln“. „Spiegeln“ nennt man es, wenn Sie jemandem genau das vorwerfen, was Sie selbst gerade gemacht haben. Beispielsweise, wenn Sie jemanden grundlos „Schuft“ nennen und ihn gleich darauf anklagend fragen, warum er Sie beleidigt habe. Schlau, was?

Um zu illustrieren, wie der Dreh in der Wirklichkeit funktioniert, müssen wir leider noch mal auf das Mädchen Greta zurückkommen. Mit hasserfülltem Ge-

sicht war sie in einer aggressiv anklagenden Tirade auf die Weltöffentlichkeit losgegangen: „Wie könnt ihr es wagen, meine Träume und meine Kindheit zu stehlen!“ zeterte sie und drohte, dass nunmehr eine Linie gezogen würde. Sie erinnern sich.

Hätte ein „Klimaskeptiker“ in diesem Ton gepoltert, würde man ihn geradewegs der „Hassrede“ überführen. Im Falle von Greta lesen wir dagegen auf „Focus-Online“ die Überschrift: „Psychologe erklärt, woher der Hass auf Greta Thunberg kommt.“ Die Schwedin habe ja bloß „mit einer emotionalen Ansprache aufgerüttelt“. Ihre Kritiker im Internet

„wettern“ stattdessen gegen die Aufrüttlerin, so das Magazin. Es werden Beispiele genannt: Einer meint, Greta „nervt“, ein anderer will sie zum Psychiater

schicken, und ein Dritter fragt sich, „mit was für einem Recht legt das Kind Beschwerde ein ... Leben wir in einem Kindergarten?“ Ja, „Hass“ kann so grausam sein, wo Greta doch nur „emotional“ war.

Der Psychologe führt den „Hass“ der Genervten, der Besorgten und der Fragesteller darauf zurück, dass wir in Deutschland eine „extrem gereizte Gesellschaft“ hätten, die „annimmt, dass man ihr etwas wegnehmen könnte“. Na sowas! EEG-Umlage, CO₂-Steuer, Entwertung des eigenen Autos durch Diesel-Kampagne, Fahrverbote, Baukosten-Explosion durch immer neue Klimaauflagen ... Wie kommen diese Figuren nur auf die krude Annahme, dass man ihnen etwas wegnehmen „könnte“? Ts,ts,ts ...

Diese „Gereizten“ sind offensichtlich üblen Fake News aufgesessen. Auch so ein Wort, das man bei den „Spiegeln“ gern in Stellung bringt.

Allerdings hat die Methode einen Haken. Ein Teil des Volkes hat den Trick durchschaut und „spiegelt“ seinerseits die Spiegler. Und was geschieht, wenn man ein Spiegelbild spiegelt? Genau: Im Nu stehen die Dinge wieder richtig herum und man erkennt die

Wahrheit, wie sie ist. Nämlich dass diejenigen, die ständig mit dem Vorwurf der „Hassrede“ herumschleudern, in Wirklichkeit selbst vom Hass zerfressen sind. Oder dass die Wahrheit ausge-rechnet dort stecken könnte, wo jemand „Fake News“ draufgeklebt hat. Und dass sich der friedliche Bürger lieber in Sicherheit bringen sollte, wenn er einer Meute begegnet, die laut „gegen Gewalt und Intoleranz“ demonstriert.

Im Heimatstadtteil des Verfassers lief neulich wieder irgend so ein „Event“ auf dem zentralen Platz. Was genau, war von draußen nicht zu erkennen. Näher herangehen mochte ich nicht, denn schon von Weitem hörte man eine Männerstimme grell ins Mikrofon bellen: „Wir sind tolerant!“, und nochmal: „Wir sind tolerant!“ Es hörte sich an wie ein fanatischer Kampfaufruf, nein, wie eine Drohung: Und wagt es ja nicht, anders zu sein als wir!

Ob ich der Einzige war, der den Schwindel durchschaut hat? Kaum, denn deutlich zu erkennen war, dass der Kläffer seine Parole in ziemlich dünn gesätes Publikum schrie. Haben die Leute etwa verstanden, was da gespielt, also falsch gespielt wird? Wählen die demnächst womöglich was „Zweifelhaftes“?

Ein bedenklicher Verdacht, der uns zurückführt zu Claus Kleber und seiner klugen Idee von einer guten Regierung. Warum sollte es so ein Regime, das sich keinem Volkswillen zu beugen hat, nur in Österreich geben? Und warum nur für eine gewisse Zeit?

Ungarn, Polen, Tschechien, Brexit-Britannien oder bis vor Kurzem (und nach den nächsten Wahlen vermutlich wieder) Italien: Überall erkennen wir schließlich, dass das „Volk“ es nicht hinkriegt, die Richtigen zu wählen. Das Beste wäre es, die EU teilte den Ländern von Brüssel aus die Regierungen zu, die dann ganz sicher ohne „zweifelhafte“ Elemente auskämen. Natürlich müsste man das den Leuten als bloße Übergangslösung verkaufen, beispielsweise notwendig geworden durch den bereits fertig konstruierten „Klimanotstand“.

Eritrea wird schon seit 1993 von einer „Übergangsregierung“ beherrscht. Geht also.

MEINUNGEN

Der „Spiegel“ (28. September) zitiert FDP-Chef **Christian Lindner**, der vor den Irrwegen der „Energiewende“ warnt:

„Wir werden den Planeten nicht retten, indem wir einen Morgenthau-Plan für Deutschland umsetzen und die Deutschen zu veganen Radfahrern machen.“

Der ehemalige Leiter der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen, **Hubertus Knabe**, kritisiert die vom Bundestag beschlossene **Abwicklung der Stasi-Unterlagenbehörde** in seinem eigenen Blog (23. September):

„Die Frage, wer die Akten des DDR-Staatssicherheitsdienstes in Zukunft verwalten soll, mag politisch interessierten Zeitgenossen vergleichsweise unbedeutend erscheinen. Für Deutschlands Umgang mit der kommunistischen Vergangenheit ist sie es jedoch nicht. Schon jetzt haben Geschichtsvergessenheit und die Wiederbelebung antikapitalistischer und sozialistischer Ideen ein beunruhigendes Ausmaß erreicht.“

Die 22-jährige Studentin **Michal Kornblum** schreibt im Portal „Apollo news“ (25. September) zu den **Vorwürfen**, mit denen **Greta Thunberg** die Welt übersättigt:

„Ich habe Mitleid mit Greta. Ihre Kindheit wird ihr gestohlen – aber nicht von der Weltgemeinschaft, sondern von allen Menschen, die sie wie eine Attraktion zur Schau stellen, von ihren Eltern, ihren Managern. Von den Politikern, die die Vernunft haben sollten, zu erkennen, was mit dem Mädchen passiert, sie aber trotzdem auf jede Bühne zerren und noch mehr Spiritus in das Feuer von Gretas Weltuntergangängsten gießen.“

Nur, weil er sich mit AfD-Chef **Jörg Meuthen** traf, wurde der **Geschäftsführer der Hessischen Filmförderung, Hans Joachim Mendig**, gefeuert. **Peter Grimm erschreckt** der Vorgang, wie er auf „Achtgut“ (25. September) schreibt, denn er sende ...

„... an jeden in einer öffentlichen Position ein fatales Signal: Allein schon ein Gespräch mit den Falschen könnte heutzutage mit Karriereende bestraft werden. Das Verharren in der eigenen Filterblase und Wagenburg verheißt hingegen Sicherheit, aber das sollten gerade öffentliche Amtsträger nicht kultivieren.“

Altbundespräsident Joachim Gauck plädiert im „Focus“ (28. September) für **Toleranz**:

„Auch linksliberale Kreise müssen lernen zu tolerieren ... Was mir ... bedrohlich erscheint, ist, dass viele in diesen linksliberalen Kreisen sehr pauschal alles ablehnen und sogar als Gefahr für die Demokratie verurteilen, was rechts von der politischen Mitte oder rechts der Union ist.“

Früher als **Betreuerin im Strafvollzug tätig**, hat sich **Gabriela B.** dann als „**Flüchtlingshelferin**“ engagiert. In der „Welt“ (26. September) warnt sie vor **Fehlanreizen der deutschen „Willkommenskultur“**:

„Viele haben längst verinnerlicht, dass es fast alles umsonst gibt ... Deutschland wird das Hauptzielland bleiben – auch weil unser Sozialstaat falsche Anreize setzt und oft wie ein Magnet wirkt.“